

Ercheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage "Neue Welt" 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einzeln in der Post-Zeitungs-Veranstaltung für 1895 unter Nr. 7125.

Vorwärts

Infektions-Gebühr beträgt für die fünfspaltrige Zeitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr Vormittags geöffnet.

Lehrsprache: Amtl. Fr. 1895.
Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Sonntagabend, den 5. Oktober 1895.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Quittung.

Im Monat September gingen bei der Parteikasse folgende Beiträge ein:

Machen, rote Kirmes 1,10. Apolda, D. G. 10.— Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 6. Kreis (Moabit) 100.— (darunter Stromstr. 5.—, Ernstfest Moabit 6,82, v. d. rothen Laubenbesitzern 6,80, Alt-Moabit Nr. 90 1.—, v. d. Laubenbesitzern Moabit 4,10). 6. Kreis (Schönhauser Vorstadt) 150.— (darunter Parteispedition 97,15). Berlin, diverse Beiträge: A. B. 50.—, P. S. 50.—, Pufferkolonne Priskow, Bau Gutsmann 4.—, Gutfabrikant 100.—, Eine Kotte deutscher, aber nicht hochverrätherischer Kandidaten 5.—, Durch Bloßfeld, Hufstienstr. 21, 3.—, Schreyer 8,80. Personal der Buchbinderei Bading 10.—, H. K., Alexandrinenstr. 25, 10.—, Rote Buchbinder, Grünstraße 5.—, Käuf Gutmacher, Königsstr. 25, 11.—, Sächsischer Genosse in Moabit 20.—, Gesammelt von den Zielbewußten, Mansteinstr. 3, 2,50, Felsenberg 15.—, Durch 2, 0,85, Rottenbruder M. G. 1.—, Kommiss B. G. 1.—, Amerik. Auktion Lindenstraße 2,95, Gemischter Chor, durch G. Vids 4.—, Humboldt 1,80, Rote Stammgäste von Wallwitz und ein Leipziger 7.—, D. B. 40.—, Bierkonsumenten d. Kontobücher-Fabrik v. A. J. 5.—, Prozepte von der Tischlerei von Walter, Büschingstr. 7, 10.—, A. S. 0,50, Kotte lustiger Stolpieler Restaurant „Einigkeit“, Weinstr. 21, 3.—, Dr. M., Maassenstraße, 9.—, Mitglieder d. U.-Dr. für August-Sept. 9,85, Heralles 5.—, Arbeiter v. Schuster n. Nr. 17,45, A. W. in B. 10.—, Boppard 6.—, Barmbeck, Achthunderttag 10.—, Bernburg, 3. u. 4. Rate 100.—, Breslau, von zwei abgegangenen durchrottenen Gardemännern 5.—, Cassel, durch J. G. 100.—, Cottbus, durch den Vertrauensmann 100.—, Cottbus S. 10.—, Döbeln, Romanus 10.—, Elbing, Parteibeitrag eines verr. Holzarbeiters 2,40, Hlenzburg, eine nicht einschreibende Wette 6.—, Frankenhäuser am Kyffh. 10.—, Frankfurt a. M. 500.—, Friedrichshagen, von den organisierten Genossen durch den Vertrauensmann 50.—, Genua, A. B. 5.—, Gera und Umgegend, v. Genossen 50.—, Hamburg, Ueberich, v. Bau Harvesthuder Weg 26,95, Hamburg, 2. R. 1000.—, Hamburg, Böhlung u. Mühle 36.—, Hamburg, Zigarrenfabr. Köhler 10.—, Hasedt bei Bremen 50.—, Hamburg, Ueberich, Einigkeit 15.—, Harburg 300.—, Heinrichsdorf, freiwilliger Beitrag 2.—, Hamburg, die lustige Nr. 7 Bellealliancestr. 15.—, Hamburg, Zimmerer vom Bau Grundbesitzer 50.—, Haynau i. Schl., Ueberich, vom Zigarrenkonf. der Handschuhfabrik Kippermann 10.—, Jlimenau 30,85, Jlimenau, Wablüberich, 69.—, Kellinghusen, Köhler'sche Zigarrenfabr. 25.—, Königsberg, R. M. 20.—, Lägerdorf, Sedanrummel 6,40, Leipzig, rother Holzwurf Meyer 2,50, Luxemburg, L. 200.—, Wylau, von einer Kotte Menschen gez. zur Sedanseier 8,90 (dar. v. Arb. v. Schmidt u. Ko. 3,50), Wlatau, von 2 Schwarzern gef. auf einer roten Hochzeit 5.—, Wühltröfz 1,75, München, v. Genossen 300.—, Neudorf b. Rowawitz 1.—, Nordbain 10,50, Neudamm 4.—, Neuchlan 4.—, Pforzheim 30.—, Prenzlau, B. 330, Reichsbach i. B., amerikan. Auktion auf dem verbotenen Parteitag 1,50, Reichsbach i. B., alte Garde, 3. Quart. 50.—, Spremberg, durch den Vertrauensmann 30.—, Springe, B. 6,60, Tannenberg, B. 6,60, Trier, A. J., aus dem Kreise Saarburg 3.—, Waldheim 23,40, Waldeheim, B. 6,60, Waldheim 41,50, Werder a. D. 1,70, Werder a. D., B. 3,30.

Berlin, den 4. Oktober 1895.

Für den Parteivorstand.
A. Gerisch, Rahbachtstr. 9, I.

Skizzen

(Nachdruck verboten.)

aus dem Südamerikanischen Hinterlande.

57

Dann kamen ihm ganz allmählich auch die Erinnerungen an die jetzt vergangenen Ereignisse, obwohl sie ihm nur wie ein ganz schattenhafter Traum erschienen... eine Schänke, in der er gefessen... viel Blut und Donner. Er vertiefte sich vorläufig gar nicht in diese Gedanken, sondern begann damit von neuem leben und denken zu lernen wie ein Kind, das mit den Gegenständen zufrieden ist, die es umgeben und mit diesen seine ersten Gedankenreihen bildet. Sonderbarerweise erinnerte er sich erst am nächsten Tage daran, daß er auch eine laute Sprache besitzen müsse, und benützte diese Erinnerung dazu, die alte Dienerin zu fragen, wo er sich befinde.

Auf der Estancia Cerro Desgracias, sagte diese und ermahnte ihn, vorläufig nicht zu sprechen. Ganz richtig, sann er nach; wo konnte er auch anders sein, als in Cerro Desgracias, und so nahmen seine Gedanken immer festeres Gefüge und umschriebene Formen an. Er begann über den Schatz des Lopez nachzusinnen, über das Telegramm, was er erhalten, über Buenos Aires; daran, daß dort wohl alles drunter und drüber gehen möge; und dabei begann er zu frieren und sich zu schütteln und mit den Händen zu klappern wie einer, den das Sumpffieber ergriffen hat, und er mußte sich fest in seine Decken einwickeln, worauf der Schweiß ausbrach und er in einen langen angenehmen Schlaf verfiel. Als er darauf wieder zum Bewußtsein kam, waren seine Gedanken klar und hell wie sie je vorher gewesen waren und er fühlte sich stark und kräftig. Er vermochte es, sich im Bett aufzurichten und ganz salblütig über seine

Karl Marx über das Kleinbauernthum.

(Schluß.)

(Aus dem III. Bande des „Kapital“.)

Der Untergang des Parzellen-Eigentums.

Die Ursachen, an denen es untergeht, zeigen eine Schranke. Sie sind: Vernichtung der ländlichen Hausindustrie, die seine normale Ergänzung bildet, infolge der Entwicklung der großen Industrie; allmähliche Verarmung und Ausfaltung des dieser Kultur unterworfenen Bodens; Usurpation, durch große Grund-eigentümer, des Gemeineigentums, das überall die zweite Ergänzung der Parzellenwirtschaft bildet und ihr allein die Haltung von Vieh ermöglicht (also würde die Erhaltung des Gemeineigentums nicht als Mittel zur Vergesellschaftung der Produktion, sondern zur Erhaltung des Parzelleneigentums dienen!); Konkurrenz der, sei es als Plantagenwirtschaft, sei es kapitalistisch betriebene Großkultur, Verbesserungen in der Agrikultur, die einerseits Sünden der Preise der Bodenprodukte herbeiführen, andererseits größere Auslagen und reichere gegenständliche Produktionsbedingungen erheischen, tragen auch dazu bei, wie in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts in England.

Das Parzelleneigentum schließt seiner Natur nach auch: Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit, gesellschaftliche Formen der Arbeit, gesellschaftliche Konzentration der Kapitale, Viehzucht auf großem Maßstab, progressive Anwendung der Wissenschaft.

Wucher und Steuerwesen müssen es überall verelenden. Die Auslage des Kapitals im Bodenpreis entzieht dies Kapital der Kultur. Unendliche Zerplitterung der Produktionsmittel und Vereinzelung der Produzenten selbst. Ungeheure Verschwendung von Menschenkraft. Progressive Verschlechterung der Produktionsbedingungen und Vertheuerung der Produktionsmittel ein notwendiges Gesetz des Parzelleneigentums. Unglück fruchtbarer Jahreszeiten für diese Produktionsweise.

Eines der spezifischen Uebel der kleinen Agrikultur, wo sie mit freiem Eigentum am Boden verknüpft ist, entspringt daraus, daß der Bauer ein Kapital im Ankauf des Bodens auflegt. Bei der beweglichen Natur, die hier der Boden als bloße Waare annimmt, wachsen die Besitzveränderungen, sobald bei jeder neuen Generation, mit jeder Erbtheilung, der Boden, vom Standpunkt des Bauern aus, von neuem als Kapitalanlage eingeht, d. h. daß es von ihm gefaufter Boden wird. Der Bodenpreis bildet hier ein überwiegendes Element der individuellen falschen Produktionskosten oder des Kostenpreises des Produkts für den Einzelproduzenten.

Sein kleines Grundeigentum besetzt sich noch viel mehr die Illusion, daß der Boden selbst Werth hat und daher als Kapital in den Produktionspreis des Produkts eingeht, ganz wie eine Maschine oder ein Rohstoff. Man hat aber gesehen (bei der allgemeinen Analyse der Grundrente), daß nur in zwei Fällen die Rente, und daher die kapitalistische Rente, der Bodenpreis, bestimmend in den Preis des Bodenproduktes eingehen kann... Und beides ist am wenigsten der Fall bei der Parzellenwirtschaft und dem kleinen Grundeigentum, weil gerade hier die Produktion zum sehr großen Theil den Selbstbedarf befriedigt, und unabhängig von der Regulierung durch die allgemeine Profitrate erfolgt. Selbst wo die Parzellenwirtschaft auf gepachtetem Boden betrieben wird,

umfaßt das Pachtgeld weit mehr als unter irgend welchen anderen Verhältnissen einen Theil des Profits und selbst einen Abzug vom Arbeitslohn... Die Ausgabe von Geldkapital für Ankauf des Bodens ist also keine Anlage von agrischem Kapital. Sie ist pro tanto eine Verminderung des Kapitals, über das die Kleinbauern in ihrer Produktionsphäre selbst verfügen können. Sie vermindert pro tanto den Umfang ihrer Produktionsmittel und verengert daher die ökonomische Basis der Reproduktion. Sie unterwirft den Kleinbauer dem Wucher, da in dieser Sphäre überhaupt weniger eigentlicher Kredit vorkommt.

Man hat gesehen, daß bei gegebener Grundrente der Bodenpreis reguliert ist durch den Zinsfuß. Ist dieser niedrig, so ist der Bodenpreis hoch, und umgekehrt. Normal also müßten hoher Bodenpreis und niedriger Zinsfuß zusammengehen, sobald wenn der Bauer infolge des niedrigen Zinsfußes den Boden hoch zahlte, derselbe niedrige Zinsfuß ihm auch zu günstigen Bedingungen Betriebskapital auf Kredit verschaffen müßte. In der Wirklichkeit verhält sich die Sache anders bei vorherrschendem Parzelleneigentum. Zunächst passen auf den Bauern die allgemeinen Gesetze des Kredits nicht, da diese den Produzenten als Kapitalisten voraussetzen. Zweitens, wo das Parzelleneigentum vorherrscht — von Kolonien ist hier nicht die Rede — und der Parzellenbauer den Grundstock der Nation bildet, ist die Kapitalbildung, d. h. die gesellschaftliche Reproduktion, relativ schwach, und noch schwächer die Bildung von leihbarem Geldkapital in dem früher entwickelten Sinn. Diese setzt voraus Konzentration und die Existenz einer Klasse reicher, mäßiger Kapitalisten. Drittens, hier wo das Eigentum am Boden eine Lebensbedingung für den größten Theil der Produzenten bildet, und ein unentbehrliches Anlagefeld für ihr Kapital, wird der Bodenpreis gesteigert, unabhängig vom Zinsfuß und oft im umgekehrten Verhältnis zu ihm, durch das Uebergewicht der Nachfrage nach Grundeigentum über das Angebot. In Parzellen verkauft, bringt der Boden hier einen weit höheren Preis als beim Verkauf großer Massen, weil hier die Zahl der kleinen Käufer groß, und die der großen Käufer klein ist. Aus allen diesen Gründen steigt hier der Bodenpreis bei relativ hohem Zinsfuß. Dem relativ niedrigen Zins, den der Bauer hier aus dem im Ankauf des Bodens angelegten Kapital zieht, entspricht hier auf der entgegengesetzten Seite der hohe Wucherzinsfuß, den er selbst seinen Hypothekargläubigern zu zahlen hat. Das irische System zeigt dieselbe Sache, nur in einer anderen Form.

Dies der Produktion an sich fremde Element, der Bodenpreis, kann hier daher zu einer Höhe steigen, worin er die Produktion unmöglich macht. Man sieht, wie thöricht es ist, sich über die hohen Bodenpreise zu freuen, die der Bauer bezahlt!

Das der Bodenpreis eine solche Rolle spielt, daß Kauf und Verkauf von Land, Zirkulation von Land als Waare, sich zu diesem Umfang entwickelt, ist praktische Folge der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, soweit die Waare hier die allgemeine Form alles Produkts und aller Produktionsinstrumente wird. Andererseits findet diese Entwicklung nur statt, wo sich die kapitalistische Produktionsweise nur beschränkt entwickelt und nicht alle ihre Eigentümlichkeiten entfaltet; weil sie gerade darauf beruht, daß der Ackerbau nicht mehr, oder noch nicht der kapitalistischen Produktionsweise,

Lage nachzudenken. Krank war er sehr gewesen; denn seine Ellenbogen und Kniee waren spitz und die Muskeln seiner Beine und Arme dünn und schlaff und alle Glieder und der ganze Körper mit einer halbtoth erscheinenden Haut überzogen. Er begriff alles. Daß er arm geworden war; denn er erinnerte sich in diesem Augenblick an jede seiner geschäftlichen Manipulationen so genau, als wenn er sein Hauptbuch und sein Geheimbuch vor sich aufgeschlagen gehabt hätte. Er sannte jeden Posten und rechnete sich vor, daß für ihn gar nichts herauskommen würde und für seine Gläubiger wenig genug, wenn sie nicht mit den werthlosen Papieren zufrieden sein wollten. Er erinnerte sich auch, daß er im Arroyo Tacuaras wohl eiserne Risten angetroffen habe, daß sie aber leer gewesen. Und sonderbarerweise ließ ihn das alles kalt in diesem Augenblick, als ob das Wort Gold niemals eine Macht über ihn besessen hätte. Er begann auch über sich nachzudenken, über seine Vergangenheit und Zukunft, wie er es seinerzeit in Buenos Aires gethan, als er sich seine Zukunftspläne gemacht hatte; aber dieses Mal war es ein anderes Ding um seine Gedanken. Wenn er sich sonst mit seinen Gedanken nicht von seinem eigenen Ich trennen konnte, so kam es ihm heute so vor, als wenn die Person, welche über German Winterfeld nachdachte, eine ganze eigene und von diesem getrennte Persönlichkeit war und er wählte in dieser anderen Person, die sich German Winterfeld nannte, mit einer Kaltblütigkeit, als wenn ein Anatom sein Messer in einen Kadaver senkt, der kein Leben mehr hat und der nun dalegt, um einem andern zum Studium zu dienen. Und damit wurde sein Sinn immer klarer und ruhiger.

Sein Leben lag vor ihm gespalten in seine kleinsten Fäserchen. Er begann mit seinen allerersten Erinnerungen, die so klar vor ihm standen, daß er es ganz genau sah,

wie der erste Mittel, den er als Kind getragen, ein blauer Sammetrock gewesen; und es war ihm, als wenn er diesen unschuldigen Waben in seinem kleinen Nöckchen jetzt vor sich hätte und ihn greifen könnte mit seinen mageren Armen. Und er verfolgte ihn weiter, wie er seinen Sammetrock auszog und wusch und gut that und schlecht bis zu diesem Augenblick, wo er als abgekehrter Mensch in einem fremden Bette lag. Nur als er dann begann, eigentlich das sich zu überlegen, was nun vor ihm stand, verließ ihn wieder seine kalte Ueberlegungskraft und er begann zu weinen und leise zu schluchzen.

Es schien in der ganzen Estancia sich niemand weiter um ihn zu bekümmern als seine Wärterin, die regelmäßig ab und zu ging und manches Mal ganze Stunden in seinem Zimmer verbrachte, wobei sie lautlos irgend eine Arbeit verrichtete. Das Haus schien ganz so still wie seine Krankenstube zu sein. Man hörte kein Geräusch, nicht einmal Sprechen, rein gar nichts. Dann kam auch die Zeit, daß er sich zum ersten Male erhob mit zitternden und wankenden Beinen — er sah dabei, daß seine Kraft noch lange nicht wiedergekehrt war — unterstützt von der Dienerin, und sich in einen bequemen Sessel niederließ, den sie in das Zimmer gebracht hatte und den sie mit einer Menge weicher Kissen versorgte, die sie unter seine spitzen Schulterblätter steckte. Hierbei sah er sich auch zum ersten Male in einem Spiegel und fand es ganz natürlich, daß ihm daraus ein mageres bleiches Gesicht entgegenkam mit langem, dünnem, grauem Haar. Ja, er war wirklich grau geworden in der Zeit seiner Krankheit und hatte doch vordem nur an den Schläfen einige graue Büschel gehabt.

In diesem Sessel sah er eine geraume Anzahl von Tagen; sah hinaus durch das Fenster nach dem schwankenden Bananenblatt und nach dem Stück blauen Himmels, das zwischen dem Grün hervorlängte;

sondern einer, aus untergegangenen Gesellschaftsformen überkommenen Produktionsweise unterworfen ist. Die Nachteile der kapitalistischen Produktionsweise, mit ihrer Abhängigkeit des Produzenten vom Geldpreis seines Produkts, fallen hier also zusammen mit den Nachteilen, die aus der unvollkommenen Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise hervorgehen. Der Bauer wird Kaufmann und Industrieller ohne die Bedingungen unter denen er sein Produkt als Waare produzieren kann.

Das Privateigentum am Grund und Boden.

Der Konflikt zwischen dem Bodenpreis als Element des Marktpreises für den Produzenten, und Nichtelement des Produktionspreises für das Produkt ist nur eine der Formen, worin sich überhaupt der Widerspruch des Privateigentums am Boden und einer rationalen Agrarkultur, und normaler gesellschaftlicher Benutzung des Bodens darstellt. Andererseits ist aber Privateigentum am Boden, daher Expropriation der unmittelbaren Produzenten vom Boden — Privateigentum der einen, das das Nichteigentum der andern am Boden einbegreift — Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise.

Hier bei der kleinen Kultur tritt der Bodenpreis, Form und Resultat des Privateigentums am Boden, als Schranke der Produktion selbst auf. Bei der großen Agrarkultur und dem auf kapitalistischer Betriebsweise beruhenden großen Grundeigentum tritt das Eigentum ebenso als Schranke auf, weil es den Pächter in der produktiven Kapitalanlage beschränkt, die in letzter Instanz nicht ihm, sondern dem Grundeigentümer zu gut kommt. Bei beiden Formen tritt an Stelle selbstbewusster rationaler Behandlung des Bodens als des gemeinsamen ewigen Eigentums, der unveräußerlichen Existenz — und Reproduktionsbedingung der Klasse sich ablösender Menschengeschlechter, die Exploitation und Vergewaltigung der Bodenkräfte (abgesehen von der Abhängigmachung der Exploitation, nicht von der erreichten Höhe der gesellschaftlichen Entwicklung, sondern von den zufälligen ungleichen Umständen der einzelnen Produzenten). Bei dem kleinen Eigentum geschieht dies aus Mangel an Mitteln und Wissenschaft zur Anwendung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit. Bei dem großen, durch Exploitation dieser Mittel zur möglichst raschen Bereicherung von Pächter und Eigentümer. Bei beiden durch die Abhängigkeit vom Marktpreis.

Die Kritik des kleinen Grundeigentums löst sich in letzter Instanz auf in Kritik des Privateigentums als Schranke und Hindernis der Agrarkultur. So auch alle Gegenkritik des großen Grundeigentums. Von politischen Nebenbedürfnissen wird hier natürlich in beiden Fällen abgesehen. Diese Schranke und das Hindernis, welche alles Privateigentum am Boden der agrarischen Produktion und der rationalen Behandlung, Erhaltung und Verbesserung des Bodens selbst entgegensteht, entwickelt sich haben und drüben nur in verschiedenen Formen, und im Kampf über diese spezifischen Formen des Uebels wird sein letzter Grund vergessen. [Ist das nicht verzerrt?]

Das kleine Grundeigentum setzt voraus, daß die bei weitem überwiegende Majorität der Bevölkerung ländlich ist, und nicht die gesellschaftliche, sondern die isolierte Arbeit vorherrscht; daß daher der Reichtum und die Entwicklung der Reproduktion, sowohl ihrer materiellen wie geistigen Bedingungen, unter solchen Umständen ausgefallen ist, daher auch die Bedingungen einer rationalen Kultur. Auf der anderen Seite reduziert das große Grundeigentum die agrarische Bevölkerung auf ein beständig sinkendes Minimum, und setzt ihr eine beständig wachsende, in großen Städten zusammengedrückte Industriebevölkerung entgegen; es erzeugt dadurch Bedingungen, die einen unheilbaren Riß hervorrufen in dem Zusammenhang des gesellschaftlichen und durch die Naturgesetze des Lebens vorgeschriebenen Stoffwechsels, in Folge wovon die Bodenkraft verschleudert, und diese Verschleuderung durch den Handel weit über die Grenzen des eigenen Landes hinausgetragen wird.

Wenn das kleine Grundeigentum eine halb außerhalb der Gesellschaft stehende Klasse von Bauern schafft, die alle Rohheit primitiver Gesellschaftsformen mit allen Qualen und aller Misere zivilisierter Länder verbindet, so untergräbt das große Grundeigentum die Arbeitskraft in der letzten Region, wohin sich ihre naturwüchsige Energie flüchtet, und wo sie als Reservefonds für die Erneuerung der Lebenskraft der Nationen sich ansammelt, auf dem Lande selbst. Große Industrie und industriell betriebene große Agrarkultur wirken zusammen. Wenn sie sich ursprünglich dadurch scheiden, daß die erste mehr die Arbeitskraft, und daher die Naturkraft des Menschen, die letztere mehr direkt die Naturkraft des Bodens verwüstet und ruiniert, so reichen sich später im Fortgang beide die Hand, indem das industrielle System auf dem Land auch die Arbeiter entkräftet, und Industrie und Handel

ihre Seite der Agrarkultur die Mittel zur Erschöpfung des Bodens verschaffen.

(So zerfällt die kapitalistische Produktionsweise die Grundbedingungen der Produktion überhaupt: Natur und Arbeit.)

Politische Uebersicht.

Berlin, 4. Oktober.

Bayerischer Bauernbund und Bund der Landwirthe. Mehr und mehr nimmt der Bayerische Bauernbund die nämliche rein agrarische Färbung einer Grundbesitzer-Interessenvertretung an, wie der Bund der Landwirthe, der in den ostelbischen Junkern seine Kerntruppe hat. Mit Behagen registriert die „Deutsche Tageszeitung“, das Berliner Organ des Bundes der Landwirthe, einen Bericht über eine Vertrauensmänner-Versammlung des Bauernbundes in München, an der auch die Abgeordneten, die zum Programm des Bundes der Landwirthe halten, teilnahmen, und zwar die Abgeordneten Lutz, Beckh, Nipser, Bär, Pfeister, Neuders, Friedl. Es heißt da:

Die Verhandlungen beschäftigten sich: 1. Mit der Beseitigung der Bodenzinsen. Allgemein wurde es als bedauerlich und unhaltbar bezeichnet, daß von allen Staaten nur in Bayern noch die Grundlasten (Zehnt, Gilt u. s. w.) in Form drückender Geldabgaben bestehen, und zwar neben der Grundsteuer. In Bayern werden neben etwa 11 Millionen Grundsteuer 20 Millionen Mark Bodenzinsen (Grundlasten) an den Staat bezahlt. Baron v. Thüngen, Abg. Lutz, Wieland, Abg. Beckh, Sachse sprachen sich übereinstimmend dahin aus, daß das Fortbestehen beider Grundbelastungen eine Ungerechtigkeit und bei der heutigen schlimmen Lage der Landwirtschaft auf die Dauer unerträglich sei. Die Ausführungen des Abg. Lutz fanden den ungetheilten Beifall der Versammlung und wurde derselbe ersucht, einen Antrag auf Beseitigung der Bodenzinsen im Landtag einzubringen. Als Mittel zur rascheren Ablösung der Bodenzinsen wurde insbesondere in Ersparung an Zinsen der Staatsschuld durch Konvertierung der 4proz. Staatsschuld bezeichnet. Dr. Sigl bezeichnete, ohne Zustimmung zu finden, als Mittel die Einführung der Staatslotterie noch preussischem oder sächsischem Muster. — Zweiter Gegenstand war Einführung der allgemeinen progressiven Einkommensteuer an Stelle der bisherigen Steuern. Auch diese Forderung wurde einstimmig gutgeheißen und soll zum Antrag in der Kammer erhoben werden. 3. Wurde beschlossen, nach dem Muster der preussischen Landschaften eine staatlich geleitete Hypothek- und Kredit-Anstalt anzustreben. 4. Staatliche Mobilität-Feuerversicherung wurde als wünschenswert bezeichnet. 5. Die Agitation des Bauernbundes hat darunter zu leiden, daß die Presse es an einheitlicher Leitung fehlen lasse. Eine Korrespondenz nach dem Muster der „Korrespondenz des Bundes der Landwirthe“ wurde als wünschenswert bezeichnet, dieselbe scheiterte jedoch an dem Kostenpunkte. Als wichtig ist die Uebereinstimmung der Abgeordneten des Bauernbundes und der des Bundes der Landwirthe hervorzuheben. In allen großen agrarischen Fragen herrsche zwischen ihnen volle Uebereinstimmung.

Wie aus den Verhandlungen hervorgeht, ist es den Landwirthen sehr wohl bewußt, daß die Aufhebung der Bodenzinsen den Grundbesitzern auf Kosten der Gesamtheit Vorteile bringen muß. Sie mühten sich mit Vorschlägen zur Begleichung des geplanten staatlichen Einnahmeausfalls, die jene Wirkung verschleiern sollen. Ersparung an Zinsen der Staatsschuld nimmt sich zunächst so aus, als ob nur den Leihkapitalisten ein Nachteil daraus erwachsen könne. Wenn aber eine solche Konvertierung überhaupt möglich ist, dann kann und muß sie auch ohne Rücksicht auf die Bodenzinsen vorgenommen werden. Der Ausgabenausfall, der dem Staat aus der Konvertierung erwachsen würde, läme aber dann der Gesamtheit in der Form einer Steuererleichterung irgend einer Art oder einer Mehrverwendung für Kulturzwecke zu gute. Ein triftiger Grund, die Grundbesitzer allein von der Konvertierung profitieren zu lassen, liegt nicht vor. Daß Dr. Sigl eine Staatslotterie, und nun gar nach preussischem Muster — verhandle dein Haupt, Bavaria! — empfiehlt, darf bei den vielen Quersprüngen dieses guten Journalisten und ungeschickten Politikers nicht weiter wunder nehmen. Aber in den ganzen Verhandlungen und in den Schlussbemerkungen liegt eine heilsame Warnung für Agrarpolitiker aller Art, nicht nur für „bayerische Bauern“.

Die ostelbischen Agrarier könnten mit Fug und Recht die Luxemburger Nationalhymne: „Mer wolle bliewe, wat

mer sin!“ auch zu der ihren erheben. Alles Moralpredigen und Liebeswerben der mittelparteilichen Vorführer der Großindustrie-Interessen bringt sie nicht ab von ihrem Werben um „kleine Mittel“ und „große Mittel“ zur Abhilfe der Großgrundbesitzer-Noth. So hat jetzt wieder Graf Ranitz-Podangen in Preussisch-Holland in einer Rede seinen und seiner Freunde festen Entschluß kundgethan, seinen bekannten Antrag wieder einzubringen, wenn nicht die Getreidepreise erheblich steigen sollten. Er erhofft einen besseren Erfolg diesmal als in der letzten Session. Bezeichnend für die Lage ist, daß der Landrath des Kreises dem Grafen Ranitz seinen Segen gab und den Wunsch aussprach, „daß jetzt und immerdar ein ersprießliches Zusammengehen der konservativen Partei mit dem Bunde der Landwirthe möglich sein würde.“ Der Wind aus oberen Regionen muß erheblich agrarischer wehen als zu der Zeit, da Graf Stolberg gemahregelt wurde.

Dreistigkeit. Diese werthvolle Eigenschaft für einen konservativ-antifemistischen Demagogen besitzt der Hofprediger aller Deutschen in hervorragendem Maße. Er benützt die gegenwärtige Situation, um der „Berliner Bewegung“ einen neuen Aufschwung zu geben durch eine Versammlung in Berlin, zu der ein ganzes Resolutionsprogramm vorher im „Volk“ veröffentlicht wird. Das reine Stehaufmännchen, der Stöcker!

Professor Drecher hat auf die Anzapfung des Hofpredigers folgende Erwiderung losgelassen:

Ich bin bereit, der Aufforderung des Herrn Hofpredigers a. D. zu genügen, die Thatsachen anzuführen, auf welche sich mein Urtheil über ihn stützt. Ich werde gern vor Gericht Rede stehen. Dann kann er mir ja auch die nöthige Erklärung zu der Behauptung geben, daß ich „zu den Anklagen, die eine ehrlose Presse“ gegen ihn richtete, „auch meinen Beitrag“ geliefert habe. Seine wiederholten Sticheleien auf meinen Stand als Lehrer, offenbar um diesen und mich herabzusetzen, kann ich in Herrn Stöcker's eigenem Interesse nur bedauern. „Blinder Haß“ ist mir gänzlich fern; nur weil ich wegen des Ausdrucks meiner Ueberzeugung in der bekannten Weise rücksichtslos angegriffen wurde, sah ich mich genöthigt, Dinge zur Sprache zu bringen, über die ich zehn Jahre hindurch rücksichtslos voll geschwiegen hatte.

Herr Stöcker wird aber nicht klagen. Das „Volk“ giebt schon die Erklärung ab, es fehle zu einer solchen Klage die thatsächliche Unterlage. Da muß Herr Drecher also erst deutlicher werden.

Herr v. Bennigsen ringt mit dem Oberbürgermeister Baumbach um die Palme bürgerlicher Militärförderung. In der bereits besprochenen Rede bei der Gymnasialfeier zu Osnaabrück hat er nach einem Bericht des „Hannoverschen Kuriers“ vom 28. September gesagt:

Es sei ihm hier aufgefallen, daß nicht wie im übrigen Hannover die Beamten und Offiziere allein die gebildete Klasse ausmachten, sondern daß in Osnaabrück das Bürgerthum die erste Klasse bildete.

Eine solche Naivität hätten wir wirklich Herrn von Bennigsen nicht zugetraut. Sollte nicht etwa der „Hannover. Kurier“ den Oberpräsidenten mißverstanden haben, dann bliebe den Hannoveranern wirklich ehrenhalber nichts anderes übrig, als ihrem hochgeschätzten Mitbürger den tiefgefühlten Dank für seine Werthung hannoverscher Bildung durch Errichtung eines Bennigsen-Brunnens oder sonst eines Denkmals darzubringen.

Die Interpellation über die Vorgänge in Fuchs muhl in bayerischen Landtage hat der Regierung keine Lorbeeren eingebracht. Schon der Umstand, daß sie das Parlamentsgebäude militärisch besetzen ließ, war ein Eingeständniß dafür, daß sie mit ihrer Antwort sich in Gegenjahz zu der Volksmeinung stelle. Wir beschränken uns heute auf die Wiedergabe der offiziellen Depesche und kommen auf die Kammerdebatten in einem besonderen Artikel zurück. Wolff's Bureau berichtet aus München:

Landtag. Bei der heute fortgesetzten Diskussion über die Interpellation Dr. Schädlers betreffend die Vorgänge in Fuchsmühl sprachen nach einander der Vorsitzende des Ministerraths Freiherr v. Crailsheim und die Minister Freiherr v. Heitrich, Dr. Freiherr v. Riedel, Freiherr v. Aich und Frhr. v. Leonrod. Der Minister Freiherr von Crailsheim erklärte, man könne das Ministerium schwerlich für Handlungen untergeordneter Organe, von denen es nicht rechtzeitig benachrichtigt worden sei, verantwortlich machen. „Wir leben in einem

ab und zu studirte er sein Gesicht im Spiegel. Endlich begann er auch Gehversuche zu machen, tastete sich mit dem Stocke längs der Wand von einer Ecke bis zur andern und befah das Kolibriest aus nächster Nähe. Allmählig belehrte ihn der Spiegel, daß sein Gesicht wieder beginne voller zu werden, und seine Gehversuche, daß die Kraft in seinen Beinen im Wachsen sei. Nach und nach brachte er es so weit, daß er längere Zeit im Zimmer umhergehen konnte, ohne zu ermüden. Nicht ganz so wie früher fühlte er sich; er war nicht mehr das, was er früher gewesen und er wußte es, daß er auch niemals dasselbe werden würde; aber er war doch wieder ein gesunder Mensch an Körper und auch an Geist. Vielleicht waren seine Gedanken gesünder, als sie früher gewesen vor seiner Krankheit. Immer noch hatte er niemand anders zu Gesicht bekommen und er selber hatte bis dahin auch eigentlich keine Lust verspürt, irgend wen zu sehen oder zu sprechen; er war genug mit sich beschäftigt gewesen. Es erschien ihm sogar nicht selten am besten, wenn sein Leben so bleiben möchte, wie jetzt. Eines Tages fragte er die Wärterin nach Matias Patino. Die Alte sagte ihm, daß der Richter vor kurzer Zeit zurückgekehrt sei von einer langen Reise, die er gemacht habe. Er sei beinahe so lange fort gewesen, als die Krankheit Winterfeld's gedauert habe. Nächster Tage würde er erscheinen, um zu sehen, wie es ihm ginge. An Frau Maria Wilson dachte Winterfeld gar nicht einmal, und daß er sich in ihrem Hause befände.

Wieder vergingen einige Tage und er hatte alle Kräfte wiedergewonnen, die er überhaupt gewinnen konnte, und er spürte das Verlangen hinauszugehen ins Freie. Er befand sich eigentlich wie im Freien. Das Fenster stand offen und der Kolibri flog aus und ein; wenn er seine Hand ausreckte durch das Fenstergitter, konnte er die Banane fassen. Aber er verspürte einen ungemein brennenden Wunsch, Kamp zu sehen mit grünem Gras und hohe grüne Bäume. Es wußte die Zeit sein, daß die Lapache blühte, und er empfand eine große Sehnsucht, einmal einen blühenden Baum zu schauen, als wenn unermeßlich lange Zeit verstrichen wäre, daß er keinen gesehen hätte.

Während er noch daran dachte, wie eigentlich eine Lapache in voller Blüthe sich ausnehmen müßte, trat der Richter ins Zimmer. Er kam zu fragen, wie es ihm ging und setzte sich vor ihn hin auf einen Stuhl. Ab und zu warf er einen prüfenden Blick auf die Gestalt des Gesehnen. Er dachte an nichts von dem, was geschehen war, nicht mit einem kleinen Worte. Er fragte nur, wie sich Winterfeld fühle und eine Anzahl harmloser Dinge. Nebenbei erwähnte er, daß er in Asuncion gewesen und in Buenos Aires, und daß seine Geschäfte ihn lange aufgehalten hatten. Weiter nichts und Winterfeld fragte auch nach nichts. Nicht einmal wie hoch das Gold in Buenos Aires stände, wie es bei ihm ansäße, ob er seine Braut getroffen oder Ramirez. Nur von seinem beabsichtigten Gang ins Freie sagte er dem Alten. Ob er sich denn schon so kräftig fühle. Ja, wohl, ganz sicher. Der Richter dachte einen kleinen Augenblick nach, sah ihn noch einmal an und sagte dann, er möchte damit noch warten bis morgen. Es sei heute ein unangenehmer Südwind, der sich bis morgen ändern würde. Am anderen Tage bei schönem Wetter hätte er gar nichts dagegen und würde ihn hinausbegleiten dazu und sich erlauben, ihm eine Weise Gesellschaft zu leisten. Winterfeld war es zufrieden, und der Alte ging. Nach kurzer Zeit schickte er ihm mit der Wärterin ein großes botanisches Werk aus der Bibliothek des verstorbenen Arztes, das über südamerikanische Pflanzen handelte und große farbige Abbildungen hatte. Winterfeld blätterte lange in dem Buch, als wenn ein Kind ein Bilderbuch hatte, und vertiefte sich in die Betrachtung der Palmen und der Lapache. Auch in der Nacht träumte er von diesen Bäumen und sah sie vor sich, während er große und phantastische Reisen in dem Chaco machte.

Am anderen Nachmittag, die Sonne stand schon ziemlich niedrig, kam Matias, um ihn hinauszuführen. Auf der Veranda vor dem Hause standen zwei Stühle, ein großer Schankelstuhl für Winterfeld mit einem Tisch davor, auf welchem etwas Wein stand, und ein anderer Stuhl für den Richter. Winterfeld athmete in vollen Zügen die Luft ein, die ihn umwehte. Dann wandte er sein Auge nach links nach dem Walde, wo er vor kurzem das Gold gesucht

hatte. Eine rosafarbene Wand stand vor ihm in der Ferne, von Blüten des hohen Baumes gebildet. Der ihm befand sich das zauberische Panorama des tropischen Sonnenuntergangs mit seinen magischen Lichtreflexen.

„Ja, die Lapache ist schön...“ sagte der Alte und streich sich mit der braunen Hand über das weiße Haar... „Trinken Sie Ihren Wein und schauen Sie nach den Blüten und der Sonne.“

(Fortsetzung folgt.)

Kunst und Wissenschaft.

Im Schillertheater hätte ein Lustspiel, wie „Die Maler“ von Wilbrandt auch bei einer weniger guten Aufführung eines sreundlichen Erfolges sicher sein können. Der lebenswürdige, nirgendwo vordringlich auftretende Humor, der über dem kleinen Stück stets die behaglichste Temperatur ausbreitet, wird vor allem von harmlosen Leuten geschätzt, die nach der Geschichte zwist und Streit weder an Schnoddengeleiten noch an Pikanterien Ergötzen finden, sondern sich unter möglicher Schonung der Verstandeskräfte einfach und billig ergötzen wollen. Am Donnerstag Abend kam dem leicht im voraus zu berechnenden Erfolge noch eine für die Verhältnisse des Schiller-Theaters recht passable Aufführung zu stehen. Held Oswald fand in Herrn Albert Patry einen Vertreter, der weder zu lebern, noch zu überschwänglich war, sondern schlicht und recht die leichtfertige Künstlerfreudigkeit zu verkörpern wußte. Ihm zur Seite stand als kluge Gese eine Künstlerin, die sich seit der vorigen Saison vorthellhaft herangebildet hatte; wir entfallen uns nicht, Fräulein Zilling je so temperamentvoll gesehen zu haben, wie in der Maleraufführung. Etwas gar zu sehr Welt- und Salondame war allerdings Fräulein Vanus; die fast spitzfindige Manier, in der sie ihre Rolle spielte, gehört gleich den schimmernden Kleidern, die diese Künstlerin trug, nicht in ein Lustspiel von Wilbrandt hinein. Die kleineren Partien waren meist in guten Händen; namentlich Herr Schmaus als „Abique“ wußte manche drastische Pointe in seine dankbare Rolle hineinzulegen. Die Regie hatte in Ausstattung des Künstlerateliers vortreffliches geleistet.

Rechtsstaate, in dem die Selbsthilfe verboten sei, und der Schutz des Privateigentums die erste Pflicht der Behörden ist. Der Bezirksamtmann habe pflichtgemäß gehandelt. Wenn ein Abgeordneter aus der Vermittlung des Regierungspräsidenten im Falle Stern eine Parteiloyalität der Regierung folgere, so beweise gerade der auf das Gutachten des Ministerrathes erfolgte abschlägige Bescheid des Gnadengesuches die Unparteilichkeit der Regierung. Die Frage der Revision der bestehenden Gesetze, damit auch des Fortgesetztes, bedürfe einer ernstlichen, ruhigen Prüfung, welche in Gemeinschaft mit der Kammer vorzunehmen die Regierung gern bereit sei. Minister v. Heilich wies darauf hin, daß der Bezirksamtmann bis zum letzten Augenblick sein Möglichstes zur Erhaltung des Friedens gethan habe. Die Hauptschuld an den unglücklichen Ereignissen bleibe der seitens der Fischmüller geleistete Widerstand. Finanzminister Frhr. v. Kiedel bezeichnet eine Abänderung der Lehensgesetze unter der Regentschaft nach der Verfassung als unmöglich. Dagegen werde eine Reform der Bestimmungen über die Ablösung von Naturalleistungen ernstlich erwogen.

Deutsches Reich.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ behauptet in einer Notiz über den für den Breslauer Parteitag bestimmten Bericht unserer Reichstagsfraktion, Reichstags-Abgeordneter Fischer habe in einer Berliner Versammlung angegeben, es hätte sich am 6. Dezember beim Eigenbleiben einiger sozialdemokratischer Abgeordneter beim Hoch auf den Kaiser um eine Absicht und nicht um einen Zufall gehandelt, wie im Bericht unserer Reichstagsfraktion gesagt ist. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat damit die böswillig falsche Berichtserstattung über sozialdemokratische Angelegenheiten um ein neues Blatt bereichert. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte in Beziehung auf das Kaiserhoch in einer Sitzung einstimmig beschlossen, keine Demonstration zu machen. Reichstags-Abgeordneter Fischer hat in diesem Sinne gesprochen, nicht aber eine Aeußerung gethan, die die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ zu ihrem Schluß berechtigt hätte.

Versicherungs-Gesellschaften als Boykott. Im Herbst vorigen Jahres konnten wir die Mittheilung machen vom dem Boykottbeschlusse der internationalen Landleitenden Feuerversicherungs-Gesellschaften gegen den Schweizer Kanton Glarus. Die Staatsmacht mußte dort insofern zurückweichen, als von der beschlossenen staatlichen Feuerversicherung vorläufig Abstand genommen wurde.

Ein ähnlicher Boykott ist gegenwärtig in Szene gegen die Stadt Freiburg i. Br. Diese Stadtgemeinde ist willens, die bereits bestehende staatliche Versicherung für Gebäude auszubauen und dieselbe auch auf Mobilien auszu dehnen.

Weil nun nicht der gesammte badische Staat, sondern nur die eine Stadt in dieser Weise vorgehen will, trachtet dieselbe, das Risiko zu vermindern (es wäre ja möglich, daß ganze Straßenzüge niederbrennen) durch Rückversicherung eines Theils der Summen bei einer oder mehreren Aktiengesellschaften. Zu diesem Behufe richtete die Stadtverwaltung zunächst eine Anfrage an eine französische Gesellschaft. Zum „Erbschein“ war man gegangen, weil den deutschen Prozentpatrioten, genannt Versicherungsdirektoren, schon nichts Gutes zugetraut wurde. Aber auch die französische Gesellschaft lehnte ab und machte zudem dem Verbands deutscher Versicherungsgesellschaften davon Mittheilung. Es wurde Beschluß gefaßt, daß jeder Verbandsgesellschaft unterzogen ist, sowohl der Stadt Freiburg im Breisgau als auch jedem anderen Kommunalverbande Rückversicherung zu gewähren. Außerdem erging Anfrage an die ausländischen Gesellschaften, ob sie sich diesem Vorgehen anschließen wollen. Für die meisten derselben heißt das: Entweder — oder! Hüßt du dich nicht, dann ist's auch mit unserer sonstigen Geschäftsverbindung vorbei. Mit Arbeiterverhältnissen verglichen, ist's etwa so: Nicht allein das boykottirte Bier eines Krämers darf nicht gekauft werden, sondern auch dessen Stiefelweiche und Seife, und der Fabrikant, welcher beides liefert, wird in Verzug erklärt. Besonders bezeichnend ist, daß man sich nicht begnügt, die Stadtverwaltung Freiburg zu boykotten: Auch der Bürgermeister persönlich wurde als Triebkraft des ganzen Liebesvoll benimmt. — Bei der ganzen Verbindung, in welcher alle Versicherungsgesellschaften zu einander stehen, kann es nicht Wunder nehmen, wenn auch die Ausländer dem Ringe sich angeschlossen haben. Freiburg wird klein beigegeben müssen. Die Stützen von Thron und Altar, Träger edler, erlauchter und durchlauchter Namen, die den Direktoren und Aufsichtsräthen der Versicherungsgesellschaften angehören, werden abermals einen Sieg feiern, — natürlich für die Wahrung berechtigter Interessen. Bei den Arbeitern ist aber der Boykott ein sträfliches Zwangsmittel, entspringen dem verdammenswerthesten Terrorismus. — Es geht nichts über die zweierlei Moral unserer Gesellschaft!

Das Einführungs-gesetz des Entwurfes eines bürgerlichen Gesetzbuches harrt noch der Durchberatung in der Kommission. Voraussichtlich wird die Beratung noch vor Ablauf dieses Monats zu Ende geführt werden. Nach Abschluß der Beratung sollen eine Anzahl Materialien, die mit dem Gesetzentwurf in Beziehung stehen, z. B. das Handelsgesetzbuch, die Wechselordnung, die Zivilprozeßordnung, von Sonderkommissionen in Beratung genommen werden. Der Kommission zur Durchberatung des Handelsgesetzbuchs soll Oberregierungsath Hoffmann vorstehen.

Reform der Handelskammern. Zu einem Gutachten über die Reform des Handelskammerwesens sind die Handelskammern vom preussischen Handelsminister aufgefordert worden. Die Fragen, die dabei in Betracht kommen, sind nach der „Frankf. Ztg.“ folgende:

1. Aktives Wahlrecht zu den Handelskammern (§§ 5 und 6 des Gesetzes vom 24. Februar 1870). a) Besteht ein Bedürfnis, die Abgabe der Wahlstimme durch den im Handelsregister eingetragenen Prokuristen zuzulassen? Und zwar allgemein? oder nur für Handelsgesellschaften? oder für Zweigniederlassungen? b) Empfiehlt es sich, Personen, die ihr Geschäft aufgegeben haben, das aktive Wahlrecht zu belassen? Bei Bejahung: von welchen Voraussetzungen ist die Belassung des Wahlrechts an solche Personen abhängig zu machen? c) Ist es angezeigt, nachberechtigten Personen weiblichen Geschlechts die Ausübung des Wahlrechts in eigener Person zu gestatten?

2. Passives Wahlrecht (§§ 7 und 8 a. a. O.). a) Empfiehlt es sich — bejahenden Falls — unter welchen Voraussetzungen — Personen, die ihr Geschäft aufgegeben haben, die Wahlbarkeit zur Handelskammer zu belassen? b) Ist das Erforderniß des Wohnsitzes innerhalb des Kammerbezirks (§ 7 Biffer 2) als Voraussetzung für die Wahlbarkeit beizubehalten? c) Ist an der Vor-schrift des § 8 festzuhalten, wonach mehrere Gesellschafter oder Vorstandsmitglieder einer und derselben Gesellschaft nicht gleichzeitig Mitglieder derselben Handelskammer sein dürfen?

3. Wahlverfahren (§§ 10—13 a. a. O., §§ 135 und 136 des Justizministergesetzes). Haben sich die geltenden Vorschriften über das Wahlverfahren bewährt? Welche Änderungen sind zu empfehlen?

4. Wahlperiode (§ 16 des Gesetzes vom 24. Februar 1870). a) Empfiehlt sich die Verlängerung der dreijährigen Wahlperiode? bejahenden Falles auf 5 oder 6 Jahre? b) Würde es bei vier- oder sechs-jährigen Wahlperioden genügen, alle zwei Jahre Ergänzungen vorzunehmen zu lassen?

5. Veranlagungen (§ 21 a. a. O.). Empfiehlt es sich, den auswärtigen Mitgliedern der Handelskammern die durch ihre Theilnahme an den Sitzungen entstehenden Kosten der Hin- und Rückreise zu vergüten?

6. Handelskammersekretäre. Empfiehlt es sich, in das Gesetz Bestimmungen über die Stellung der Handelskammersekretäre

aufzunehmen, insbesondere a) über die Anstellungsbedingungen, b) über Pensionsansprüche? Welche näheren Vorschläge werden in dieser Beziehung gemacht?

7. Geschäftsjahr und Jahresbericht (§ 32). Empfiehlt es sich, das Geschäftsjahr der Handelskammern auf die Zeit vom 1. April bis 31. März zu verlegen und den Jahresbericht über diesen Zeitraum zu erstatten?

Ein zweiter Fall Lorenz. Demnächst wird in Erfurt die Beleidigungssache unseres Kollegen Hülle gegen den Staatsanwalt Lorenz zur Verhandlung kommen. Ein ähnlicher Fall dürfte auch bald die Nürnberger Gerichte beschäftigen. Am Schluß des in unserem gestrigen Blatte gemeldeten Majestätsbeleidigungs-Prozesses in Nürnberg verwahrte sich der Angeklagte, Genosse Dehne, in energischer Weise gegen die beleidigenden Angriffe des Staatsanwalts. Dieser hatte gegen den Angeklagten den Vorwurf erhoben, daß er in der „Lagespost“ „in der schamlosesten und gewöhnlichsten Weise wider besseres Wissen gehandelt habe“, ohne dafür auch nur die Spur eines Beweises beizubringen und behielt sich Dehne die Stellung eines Strafantrages dieserhalb gegen den Staatsanwalt, der sich unter anderem auch mehrfach erlaubte, von „Pressfreiheit“ (im Gegen-satz zur Pressfreiheit) zu sprechen, vor.

Zur Kontrolle der Versicherungs-Gesellschaften. Der Minister des Innern hat nach der „Schles. Zeitung“ an sämtliche Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten von Berlin die Verfügung erlassen, die Lebensversicherungs-Gesellschaften anzuweisen, Bericht zu erstatten über die für die einzelnen Gesellschaften maßgebenden Grundzüge für die technische Berechnung der Prämienreserve. Inabesondere sind mitzutheilen die zur Anwendung kommenden Sterbetafeln, die Zinssätze, die Nettoprämien und Zuschläge sowie eine genaue Beschreibung der Rechnungsweise der Reserven und Prämienüberträge, namentlich auch, ob und wie lange etwa noch die sogenannte Hillmer'sche Methode zur Anwendung kommt.

Herr v. Riederlen-Wächter, der bisherige preussische Gesandte in Hamburg, ist wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ wissen will, zum Gesandten in Kopenhagen anzuweisen. Die Nachricht hat deshalb eine symptomatische Bedeutung für unsere Zustände, weil Herr v. Riederlen die Kränkung seiner Ehre, durch seine Porträtmalung im „Kladderadatsch“ als „Austernfreund“, durch ein Pistolenduell mit dem „Kladderadatsch“-Redakteur Polster rächte. Er wurde nach kurzer Haft begnadigt und figurirt in allen Mamarilla-Dichten, die von hochwürdigen Leuten aufgestellt werden als Glanznummer. Er wird als Gegner der Familie Bismarck angesehen. Deshalb erregte seine Ernennung zum Gesandten in Hamburg bittere Gefühle in Friedrichsruh. Dort wird jetzt seine Beförderung nach Kopenhagen sehr angenehm berühren.

Herr Eugen Richter und Herr v. Hammer-Rein. In der „Freisinnigen Zeitung“ wird zu dem Theile des gestern von uns veröffentlichten Hammer-Rein-Briefes, der sich mit Herrn Eugen Richter befaßt, folgendes gesagt:

Das ist eine ganz falsche Darstellung von Vorgängen, welche seinerzeit sich vollständig in der Öffentlichkeit und im Abgeordnetenhaus abspielten. Eugen Richter hatte nicht die Steuer- und Wirtschaftsreformer sondern Anton Riendorff als einen Bauernfänger bezeichnet, weil dieser Geschäftsführer der Steuer- und Wirtschaftsreformer sich in einem im Original vorgelegten Zirkular Berliner Geschäftshäusern erboten hatte, gegen einige Thaler Werth ihre Verkaufsartikel dem Publikum vom Lande gegenüber in seiner Zeitung, dem „Organ der Steuer- und Wirtschaftsreformer“ zu empfehlen. Dieser Thatbestand ist in Wechselreden zwischen dem Abg. von Below-Saleste und dem Abg. Richter im Abgeordnetenhaus auch im einzelnen klargestellt worden. Niemand hat dabei versucht, auf den Abg. Richter einen Zwang auszuüben.

Ueber den Stand ihrer Privat-Beleidigungssache gegen den Freiherrn v. Hammer-Rein macht die „Frankfurter „Kleine Presse“ folgende juristische Ausführungen: „Die Klage Hammer-Rein's ist durch einen Schriftsatz seines hiesigen ordnungsmäßig bevollmächtigten Anwalts zurückgenommen. Der Schriftsatz ist selbstverständlich aus Frankfurt a. M. datirt und ohne jeden weiteren Inhalt. Da der Beklagte einen bevollmächtigten Vertreter bestritt, so kann auch in seiner Abwesenheit über die Widerklage verhandelt werden (§ 427 Str.-P.O.). Erscheint der Vertreter des Beschuldigten jedoch nicht oder verlangt das Gericht Kraft der ihm zustehenden Befugniß das persönliche Erscheinen des Beschuldigten, so kann das Verfahren in der Widerklage allerdings zum Stillstand kommen, bis der Beschuldigte in Haft gebracht sein wird. Ein Stillstand des Verfahrens könnte auch eintreten, wenn das Gericht verlangt, daß die Ladung zur Hauptverhandlung dem Kläger in Person zugestellt werde und, so lange dies nicht erfolgt ist, zur Hauptverhandlung nicht schreitet. Wenn es daher auch richtig ist, daß durch die Abwesenheit des Klägers das Verfahren in der Widerklage vielleicht längere Zeit ruhen wird, so bleibt dieselbe doch abhängig und kann — so lange nicht Verjährung eingetreten sein wird — fortgesetzt werden, wenn das Hinderniß gehoben ist, das die Abwesenheit des Beschuldigten bildete. Unsere Bemerkung, daß durch die Zurücknahme der Klage die Widerklage nicht berührt wird, war also durchaus richtig.“

Der bekannte urteutsche Agitator Liebermann von Sonnenberg blickt heute noch ehrfurchtsvoll zu seinem früheren Herrn und Meister Freiherrn v. Hammerstein auf. Wie uns geschrieben wird, hat er in seinem Organ, den „Deutsch-Sozialen Blättern“, die Unverstehensheit, ihm folgende verdeckte Publigung mit auf den Weg übers große Wasser zu geben:

„Wie alles bei diesem außerordentlichen Menschen, haben auch seine Vergehen einen Zug ins Großartige.“

Liebermann gehörte, wie zum besseren Verständniß bemerkt sei, zu den eifrigsten Kreaturen Hammerstein's. Beide arbeiteten einander politisch immer in die Hände. Stöcker und Veit zählten, wie Prediger Witte schon 1890 schrieb, ebenfalls zu dieser Koterie. Hammerstein galt in diesen Kreisen erst als der designirte Reichskanzler; welche Stellung Stöcker einnehmen sollte, ist leider nicht ganz klar geworden, aber jedenfalls eine hervorragende. Liebermann pflegte bereits eifrig allerlei Stellen für dies Ministerium in spe an seine urteutsche christlich-deutsch-soziale Hammelherde zu vertheilen. Leider ist nun der schöne politische Traum gescheitert.

Ein Wahlmännchen toller Art hat sich der badische Liberalismus geleistet. Die „Badische Landes-Zeitung“ brachte eine Erklärung ihrer Redakteure Heinrich Flach und Ernst Cloß, worin diese den Landtagskandidaten, unseren Mannheimer Parteigenossen August Dreesbach, „öffentlich des Beiruges“ bezichtigten. Den Beweis dafür zu liefern, ersparten sich die edlen Herren so sehr, daß sie durchaus verschwiegen, wann und wie Dreesbach betrogen haben soll. Dreesbach hat gegen beide Redakteure und gegen die Redakteure zweier anderer Blätter, die die Verleumdung nachdrucken, Strafantrag gestellt. Selbst die gegenrührige Presse Wadens, mit Ausnahme selbstverständlich der nationalliberalen, brandmarkt das Gebahren des nationalliberalen Blattes, einen politischen Gegner im Wahlkampf solchermaßen um die Ehre zu bringen. Die Liberalen dürfen natürlich auch mit dem neuesten Wahlmännchen kein Glück haben, sondern die Erfahrung machen, daß sie nur für ihre eigene Blamage gearbeitet haben.

Zum Fall Kraft. Dem „Bayerischen Vaterland“ geht folgende Erklärung des Lieutenant a. D. Rudolf Kraft, des Verfassers der Broschüre „Glänzendes Klein“:

Ehrengewaltiges. Nachdem die Zeitungsböthe gegen mich wieder neues Leben erhalten hat, wahrscheinlich dadurch, daß die Umwandlung des ehrengewaltigen Spruches über mich durch die Presse bekannt und in ihr erörtert wurde, so bin ich leider gezwungen, ebenfalls auf dem Plan zu erscheinen. Die „Augsburger Abendzeitung“ hat in ihrer Nr. 271 die offizielle Begründung des über mich gefällten Urtheils gebracht, wonach ich eigentlich nichts vorstelle, als einen Verleumder. Da die Entscheidung vom Prinzregenten stammt, steht mir nicht einmal das Recht der Kritik zu und ich muß mich damit trösten, daß weder das Volk, noch das Ehrengewalt in mir einen Verleumder sah. Dem Offiziosus der „Augsburger Abendzeitung“ aber danke ich aus vollem Herzen, daß er so gütig war, die für mich interessanteste Stelle des Urtheils abdrucken zu lassen. Ich wollte mir seinerzeit eine Abschrift nehmen; dieselbe wurde mir aber nicht gestattet. Dank offiziöser Weisheit ist mir der nöthige Schluß meiner eigenen Geschichte mühelos in den Schooß gefallen. Im übrigen möchte ich dem Offiziosus rathen, sich etwas in acht zu nehmen, da ich sonst ebenfalls schweres Geschick auffahren müßte. Wenn dabei die Munition zuerst aufgehen wird, werden wir dann sehen. Sollten aber gewisse Leute glauben, daß sie mich durch Pronotation zu einem Vergehen gegen das Strafrecht verlocken können, so irren sie sich. Ich bin von sehr eingeweihter Seite gewarnt.

Spanien.

Die Schwierigkeiten der Regierung mehren sich. Während im Süden die Gefahr einer republikanischen Erhebung droht, zeigen sich im Norden Anzeichen einer carlistischen Schilderhebung. Die carlistische Bewegung hat bekanntlich ihren Sitz in den baskischen Provinzen, deren Einwohner stets die volle Selbständigkeit von Spanien anstreben. Die spanische Regierung, die der Öffentlichkeit gegenüber alle Schwierigkeiten, in der sie sich befindet, zu verheimlichen sucht, hat das Auftauchen einer neuen carlistischen Bewegung zugehen müssen. In den Cortes (dem Parlamente) erklärte der Ministerpräsident Canovas del Castillo über die in Bilbao entdeckte separatistisch-furcristische Gesellschaft „Ensaladina Basolija“ daß er mit aller Strenge dagegen vorgehen und ihre weitere Propaganda nicht dulden werde. Die Sache sei übrigens bereits in Händen der Gerichte. — Mit diesem Klub hat es folgende Bewandniß. Ihm gehörten 144 junge, und zwar den „besseren“ Ständen entstammende Basken an, die ein „Bizcayarra“ betiteltes Blatt herausgeben, worin die Loslösung der baskischen Provinzen und Navarros von Spanien gepredigt und gegen letzteres die heftigsten Schmähungen geschleudert wurden. Die Sache war insofern von einer gewissen Bedeutung, als die Republikaner (die kubanischen Aufständigen) sie für ihre Zwecke ausbeuteten, indem sie sagten: Wie will Spanien den Separatismus in Cuba unterdrücken, wenn es seiner nicht einmal im eigenen Lande Herr werden kann.

Türkei.

Die Stimmung in Konstantinopel ist noch immer hochgradig erregt. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Belgrad: Nach hier eingetroffenen chiffrirten diplomatischen Depeschen haben sämtliche Botschafter und Gesandte der fremden Mächte bei der Pforte eine Kollektivnote überreicht, worin sie gegen die seit zwei Tagen in Konstantinopel stattfindenden Verfolgungen der Christen protestiren und darlegen, daß die Polizei den Armeniern nicht nur keinen Schutz gewähre, sondern sogar in unerhörter Weise Gefangene und Verwundete tödte. Die Repräsentanten der fremden Staaten verlangen energig sofortige Maßnahmen, damit die großen den christlichen Bewohnern Konstantinopels drohenden Gefahren abgewendet werden, für welche die türkische Regierung verantwortlich zu machen sei.

Amerika.

Zur Präsidentschaftskampagne. Ein Brief des früheren Präsidenten der Vereinigten Staaten, Harrison, spricht sich zu gunsten der republikanischen Präsidentschaftskandidatur von Robert Lincoln, Sohn des ermordeten Präsidenten Abraham Lincoln und früheren Kriegsministers aus.

China.

Nach der schweren Niederlage im Kriege gegen Japan ist China nun in schwere innere Kämpfe verwickelt worden. Die zahlreichen politischen Geheimbünde in China, deren hauptsächlichstes Ziel die Verdrängung der mongolischen Mandschu-Dynastie ist, scheinen zur offenen Revolution übergegangen zu sein. In Japan wird ernstlich mit einem Wechsel der Dynastie, der auch zu einer Aenderung des ganzen Systems führen dürfte, gerechnet. Wie ernst in chinesischem Regierungskreisen die Situation aufgefaßt wird, geht schon allein aus dem Umstande hervor, daß man die Verlegung der Residenz von Peking, die seit dem Jahre 1267 der Sitz des Kaisers war, nach einem gesicherten Orte in Zentral-China plant.

Partei-Nachrichten.

An die Parteigenossen der Provinz Brandenburg!

Nachdem die Neuwahlen der Mitglieder der Agitations-Kommission stattgefunden und dieselben damit für 1895/96 die Verpflichtung übernommen haben, die Agitation in der Provinz nach jeder Richtung hin zu fördern, bringen wir den Genossen zur Kenntniß, daß alle Briefe und Sendungen (Bestellungen auf Agitationsmaterial, Gesuche um Referenten etc.) an Carl Dimmick, Berlin SO., Elisabeth-Ufer 55, zu richten sind; alle Gelder wolle man adressiren an Otto Antrid, Berlin W. Steinmeßstr. 60. — Um den Verkehr, insbesondere auf schriftlichem Wege, mit den Genossen in der Provinz ungehindert pflegen zu können, ersuchen wir, uns jeden Wechsel der Vertrauenspersonen bezw. jede Wohnungsveränderung derselben sofort mitzutheilen. Auch ersuchen wir die Genossen, ihr Augenmerk darauf zu richten, daß uns neue Adressen vertrauenswürdiger Personen hauptsächlich aus denjenigen Orten überwiesen werden, mit welchen wir bis jetzt in Verkehr zu treten nicht in der Lage waren.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Die Agitations-Kommission

für die Provinz Brandenburg.

S. N.: Carl Dimmick, Berlin SO., Elisabeth-Ufer 55.

Die in der Provinz erst einenden Partei-Organen werden um gefl. Abdruck vorstehender Notiz gebeten.

Die „National-Zeitung“ meint in einer Besprechung des Berichtes unseres Parteivorstandes, daß die von der Breslauer Generalversammlung des Verbandes der deutschen Buchdrucker gefaßte Resolution: „Bei der jetzt üblichen Stofflosigkeit, das gewisse Geld“ immer mehr auf das Minimum herabzudrücken bei möglichst hohen Leistungen, würde diese Entlohnungsweise zur Zeit nur das Herabfallen des Lohnes, wie die Beschränkung der persönlichen Freiheit herbeiführen“, sich gegen sozialdemokratische Betriebe richte. Das ist Hinkerei. Die Generalversammlung des Verbandes der deutschen Buchdrucker hat die Resolution nicht wegen der sozialdemokratischen Buchdrucker, sondern aus Rücksicht auf die lohnverschlechternde Tendenz der überwiegenden Mehrheit der bürgerlichen Buchdrucker gefaßt.

Der westfälische Provinzial-Parteitag wird am 10. und eventuell noch am 11. November in Bielefeld abgehalten. Als Tagesordnung ist vom Agitationskomitee vorgeschlagen: 1. Bericht des Agitationskomitees, Referent Blexer. 2. Au-

träge betreffend die Presse. 3. Stand der Agitation in den einzelnen Wahlkreisen; Anträge betreffend die Agitation. 4. Die Stellung der Sozialdemokratie zu den Konsumvereinen. Referent: Bunte. 5. Der internationale Arbeiter- und Sozialistenkongress in London. Referent: Lütgenau. 6. Sonstige Anträge.

Agrarprogramm. Eine in Suhl in Thüringen abgehaltene Parteiversammlung des Kreises Schleusingen erklärte sich für die Umarbeitung des jetzigen Entwurfs und für dessen Erledigung durch den nächstjährigen Parteitag, ferner für das dauernde Weiterbestehen der Agrarkommission.
Verworfen wurde das Agrarprogramm in Flensburg; die Kommission soll weiter bestehen, um brauchbares Material zur Landagitation zu schaffen. Im gleichen Sinne entschied eine Parteiversammlung in Gera.

Delegierte zum Breslauer Parteitag. Apolda: Baudert. — Kreis Schleusingen in Thüringen: Walter aus Stüberbach. — Flensburg: Vering.

Todtenliste der Partei. Der in Ruffenhäuser bei Stuttgart als Schuhmacher in Stelle gewesene Parteigenosse Eduard Lindemann in Anhalt ist am Sonnabend Abend auf dem Wege nach Cannstatt bei der Verteidigung eines Fremden gegen dahergiehende Rowdies von einem dieser Wurschen erschossen worden. Linde erkrankte sich eines ausgezeichneten Verwundeten, was die große Zahl der leidtragenden Parteigenossen und Kollegen bewies, die seinem Sarge folgten.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.
— Reichstags-Abgeordneter Herbert wurde vom Stuttgarter Landgericht in abermaliger Verhandlung von der Anklage der Majestätsbeleidigung freigesprochen. Das erste Urteil, das auf zwei Monate Gefängnis lautete, war vom Reichsgericht wegen Vereidigung eines der That verdächtigen Zeugen — des früheren Faktors Biela — aufgehoben worden. In der zweiten Verhandlung kam das Gericht zur Freisprechung, weil es in der betreffenden Notiz überhaupt keine Majestätsbeleidigung erblickte.

— Das Landgericht in Briesg sprach den Parteigenossen Wittau aus Strehlen von der Anklage der Majestätsbeleidigung frei und legte die Kosten des Verfahrens der Staatskasse zur Last. Wer entschädigt ihn nun für die seelischen Qualen der unschuldig erlittenen Untersuchungshaft? Kein Mensch. Hat es doch im Deutschen Reich selbst damit noch gute Wege, daß unschuldig Inhaftierte finanziell entschädigt werden.

— In Rottbus nahm die Polizei beim Vertrauensmann Lehmann eine Hausdurchsuchung vor, wobei nicht einmal dessen Mandat zum Breslauer Parteitag Gnade fand. Vorausgegangen war der Haupt- und Staatsaktion eine amtserichtliche Vorladung Lehmann's in Sachen des Sedanfest-Flugblatts.

— In Dortmund erhielt Dr. Lütgenau vorige Woche eine polizeiliche Vorladung zu einer Vernehmung, der er nicht Folge leistete, weil sie seiner Auffassung nach ungesetzlich war. Da im Falle des Ausbleibens die Vorsführung angedroht war, so wandte er sich beschwerdeführend an den Oberbürgermeister, und da dieser die Beschwerde ablehnend beschied, rief er telegraphisch den Regierungspräsidenten um Schutz gegen die angedrohte Vorsführung an, da nach einer Reichsgerichts-Entscheidung von 1888 keine Vorsführung besteht, einer polizeilichen Vorladung zu einer Vernehmung Folge zu leisten. Die Antwort des Regierungspräsidenten blieb aus, dafür erfolgte am Freitag Morgen voriger Woche in der That die zwangsweise Vorsführung. Polizeikommissar Meyer eröffnete Lütgenau, daß er ihn im Auftrag der Staatsanwaltschaft wegen des Leitartikels „Wieder eine Kaiserrede“ zu vernehmen habe, worin eine Majestätsbeleidigung gefunden wurde. Lütgenau lehnte natürlich jede Auskunft an Polizeistelle ab. Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß seinerzeit Bunte von der Polizei in 14 Tagen elf Mal zur Polizei zitiert wurde, sodas er schließlich den vernehmenden Beamten fragte, ob nicht in der Nähe ein Zimmer frei sei, das er beziehen könne.

— In Kaltenordheim im Wahlkreise Eisenach sollte Reichstags-Abgeordneter Reishaus über das Thema sprechen: „Reichstag und Sozialdemokratie“. Das konnte „geeignet“ sein, die „öffentliche Sicherheit und Ordnung in Gefahr zu bringen“, und so wurde die Versammlung verboten. Ob die Befürchtung zutreffen konnte, erhellt mit humorvoller Deutlichkeit aus der Thatfache, daß derselbe Redner in dem bei Kaltenordheim liegenden Orte Oberweid sogar über den „Befreiungskampf der Arbeiterklasse“ sprechen durfte, ohne daß die Sicherheit und Ordnung Schaden genommen hätte.

— Wegen Beleidigung des „freisinnigen“ Nürnberger Magistrats wurde am 3. d. Mts. Genosse Dertel von der Nürnberger Stadtkammer zu sechs Wochen Gefängnis und zur Erziehung der Kosten verurteilt. Dertel hatte in einer Versammlung am 30. Mai die am 27. Mai erfolgte Versammlungsauslösung und das Verhalten des Magistrats in Beziehung auf die Errichtung eines fälschlichen Zentral-Arbeitsnachweises kritisiert und war dabei in seinen Ausdrücken etwas zu weit gegangen, was er selbst zugab, aber durch die fortgesetzten unelendlichen Polizeimaßnahmen erklärte. Der Staatsanwalt hatte zwei Monate beantragt.

— Das Urteil im Massenprozeß gegen die Angehörigen des ehemaligen Nürnberger Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins, das am 3. Oktober verkündet wurde, lautet gegen zwei Vorstandsmitglieder auf je 40 W. oder 8 Tage Haft, gegen zwei andere auf je 25 W. oder 5 Tage Haft, für 47 Mitglieder auf je 10 W. Geldstrafe oder 2 Tage Haft. Insgesamt beträgt die Geldstrafe 600 M. Zugleich ist die Schließung des Vereins ausgesprochen. Ein Mitglied wurde freigesprochen, gegen sieben andere wurde die Verhandlung verlagert.

Soziale Ueberblick.

Der Kampf gegen das Schwitzsystem wird nun auch unter den Schneidern Württembergs in Angriff genommen. Die Agitationskommission hat statistische Fragebogen verfaßt, um sich über die Verhältnisse in der Schneiderei genau zu orientieren. Die Agitation soll hierauf auf Grund dieses Materials in Angriff genommen werden.

Die Verkürzung der Arbeitszeit in den drei Uhrenfabriken in Schramberg (Württemberg) auf zehn Stunden pro Tag hat schon seine guten Früchte gezeitigt. Die dortige Strohmantelfabrik Haas u. Cie. sowie die Emailschilder- und Zifferblätterfabrik Schwelger u. Ehne haben nun ebenfalls die Arbeitszeit auf zehn Stunden pro Tag herabgesetzt.

Aus der Gerichtshube. In L. wurde eine als Zeugin geladene Arbeiterin vom Schöffengericht zu fünf Mark Ordnungsgeld verurteilt, weil sie eine halbe Stunde später als in ihrer Ladung geschrieben stand, zum Termin gekommen war. Sie hatte die Terminsanktion: 1/4 Uhr für 1/4 Uhr gelesen. Der Termin konnte jedoch noch abgehalten werden, da die am Prozeß beteiligten Personen zur Stelle waren, als die Zeugin eintraf. In einer andern Sitzung verurteilte dasselbe Schöffengericht ungerne streng. Ein als Zeuge geladener Fabrikbesitzer, Amtsvorsteher und Lieutenant a. D. war überhaupt nicht erschienen und mußte erst aus seiner Wohnung geholt werden. Er entschuldigte sich damit, daß er den Termin im Oranger der Geschäfte total vergessen habe. Dem Gericht genügte diese Auskunft, um von der Festsetzung einer Ordnungsstrafe abzusehen. Wie so die Arbeiterin, die eine gerichtliche Handchrift falsch las, für schuldig befunden wurde, als der vergebliche Fabrikbesitzer, Amtsvorsteher und Lieutenant a. D., das gehört zu den vielen Missethätigen, die der Laienwelt in puncto des gleichen Rechts für alle von den beamteten Juristen aufgegeben werden.

Arbeiterrisiko. Aus Schweig a. d. Mosel wird telegraphiert: Bei dem hiesigen Kirchenbau sind am 2. Oktober drei Zimmerleute abgestürzt, von denen zwei gestorben sind.
Im Blockwalwerk der Dortmunder Union wurde beim Verladen von Stahlblöcken der Arbeiter Niemann, Wilhelmstraße, durch etwa 10 Blöcke, die sich zu früh aus der Zange des Krans lösten, begraben. Er erlitt einen Schädelbruch und schwere innere Verletzungen. Das Unglück geschah um 5 Uhr morgens, nachdem der Mann schon seit 24 Stunden in Arbeit gewesen war. Die Frau erhielt leider keine Nachricht von der Werkverwaltung. Als sie am Mittag in gewohnter Weise ihrem Mann das Essen bringen wollte, erfuhr sie zu ihrem Schrecken, daß ihr Gatte schon seit frühem Morgen tödlich verlehrt im Krankenhaus liege. Es war jedenfalls rücksichtslos, die Frau nicht zu benachrichtigen.

Mit der „Berufsgenossenschaftlichen Lohnstatistik“ können die Berufsgenossenschaften jetzt ein Stück mehr verzeichnen. Auch hierbei handelte es sich um einen Versuch, der wie so mancher andere den Zweck haben soll, den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen, ihnen zu zeigen, wie ernst die Arbeitgeber es mit der Durchführung ihrer sozialen Aufgaben nehmen. Alles eitel Dunst! Das Ergebnis war voraussehbar und wohl die wenigsten Berufsgenossenschaften haben den Glauben gehegt, daß aus den bezüglichen Aufstellungen etwas Vernünftiges herauskommen werde. Es gewinnt eben immer mehr den Anschein, als wollten gewisse „tonangebende“ Berufsgenossenschaften und in ihren Vorständen sitzende Kommerzianten sich mit allen solchen Firtelanzereien einen Namen machen oder die allgemeine Aufmerksamkeit von der heissen Entschädigungsfrage weg in ein ruhigeres Fahrwasser lenken. Die bisherigen lohnstatistischen Veröffentlichungen der Berufsgenossenschaften geben ein in jeder Beziehung falsches Bild. Aus ihnen Schlüsse auf Arbeiterverhältnisse zu ziehen, wie man es gethan hat, ist ein geradezu bornirter Fehler. Bis jetzt sind lediglich die sogenannten anrechnungsfähigen Löhne nachgewiesen worden. Diese haben aber nur Werth für die Berechnung der von den Betriebsunternehmern zur Unfallversicherung zu zahlenden Beiträge. Das sehen allerdings auch die Berufsgenossenschaften ein, und sie versuchten nunmehr, die beschäftigten Personen nach Maßgabe der geleisteten Arbeitszeit (Arbeitsdauer) auf Vollarbeiter zurückzuführen. Aber die „Tonangeber“ hatten die Rechnung ohne den widerspenstigen Unternehmergeist gemacht, ohne die heute notorische Uneinigkeit in der berufsgenossenschaftlichen Selbstverwaltung! Eine große Anzahl von Berufsgenossenschaften hat sich nämlich an der Sache gar nicht betheiligt. Wollten die Berufsgenossenschaften nur etwas Erfolg sehen, so war es in erster Linie notwendig, daß in den ihnen alljährlich einzureichenden Lohnnachweisungen jede einzelne beschäftigte gewesene Person mit ihrer Arbeitsdauer und dem verdienten Lohn aufgeführt wird. Eine gesetzliche Verpflichtung hierzu besteht aber nicht, und selbst wenn diese Vorbedingung an sich von allen Unternehmern erfüllt wird, wer bürgt dafür, daß der Unternehmer nun auch alle Löhne oder solchen gleichkommende Beträge bei Aufstellung seiner Lohnnachweisung berücksichtigt? Thatfachen beweisen es und es steht fest, daß gerade in den Monaten Januar und Februar, in der Zeit der Lohnzusammenstellungen, viele Unternehmer von einer auffallenden „Gedächtnisschwäche“ befallen werden! Endlich kommt hinzu, daß laufende von Unternehmern garnicht einmal mit Sicherheit wissen, wie sie ihre Lohnnachweisungen aufstellen haben, und daß die Berufsgenossenschaften garnicht in der Lage sind, jede Lohnnachweisung auf ihre Richtigkeit zu prüfen, so daß alljährlich die Beiträge aus vielen Millionen Mark den Berufsgenossenschaften und damit den Arbeitern entzogen werden. Aus allen diesen Gründen kann von einer brauchbaren berufsgenossenschaftlichen Lohnstatistik nie und nimmer die Rede sein. Daß die Berufsgenossenschaften nicht von vornherein sozial Schläue entwickelt haben, bestätigt nur die vorhin geäußerte Annahme, daß man über nutzlosen Versuchen das wichtigste, die angemessene Entschädigung der verletzten Arbeiter, in den Hintergrund drängen will.

Konkurrenz durch Strafgefängnisse. Die „Rhein-westfälische Arbeiter-Zeitung“ hatte vor einigen Tagen gemeldet, daß 10 Gefangene auf den Werken der Dortmunder Union beschäftigt werden. Hierzu wird noch geschrieben: „Die Gefangenen sind beim Kohleisenladen beschäftigt, eine äußerst gefährliche Arbeit, bei der Unglücksfälle nicht Seltenes sind. Die Gefangenen sind aber, wie noch kürzlich der Dortmunder Gewerbe-Inspektor bedauernd hervorgehoben hat, nicht in der Unfallversicherung und haben also, wenn ihre gefundenen Gliedmaßen im Interesse der Union verstimmt oder ihre Gesundheit und Arbeitsfähigkeit sonst beeinträchtigt werden, keinen Anspruch auf Entschädigung. Wie viel billiger sind sie doch als freie Arbeiter! Es wird ihnen für die Arbeit pro Tag der große Betrag von 80 Pfennig gutgeschrieben. Wieviel die Staatskasse bekommt, ist uns nicht bekannt. Könnte denn der Dortmunder Gewerbe-Inspektor hier nicht gleich seinem Vorgesetzten Kollegen dafür eintreten, daß diese, den freien Arbeitern berechnete Konkurrenz, diese Schwächung der Arbeitsgelegenheit für die zahlreichen Arbeitslosen beseitigt wird und damit zugleich der Uebelstand fällt, daß die Gefangenen bei ungewohnter schwerer und gefährlicher Arbeit unverzüglich ihre Glieder zu Markte tragen müssen?“

Vom Stund der Strohhutnäherinnen. Die Strohhutnäherinnen in der Umgegend von Dresden arbeiten, wie die „Gleichheit“ berichtet, in Afford und werden so schlecht bezahlt, daß ein Wochenverdienst von 5 und 6 Mark keine Seltenheit ist. Da außerdem die Saison sehr kurz ist, so sind die Arbeiterinnen zu der größten Anstrengung ihrer Kräfte gezwungen, wenn sie etwas mehr als das Salz zum Brot verdienen wollen. Die gefehlich vorgeschriebenen Pausen fällen sie meist durch Nebenarbeiten aus, und abends nehmen sie Arbeit mit nach Hause, so daß sie in Wirklichkeit statt der vorchriftsmäßigen 11 Stunden im Tag 15 Stunden und noch mehr arbeiten. Wie flets in solchen Fällen kommt die übermäßige Anspannung der Kräfte nicht den Arbeiterinnen zu gute, sondern den Herren Fabrikanten. Haben die ersteren dank des Nachschustens einen etwas höheren Verdienst erzielt, so setzen letztere beim Beginn der nächsten Saison die Akkordlöhne herunter, die Arbeiterinnen strengen in der Folge ihre Kräfte noch mehr an, um den Ausfall wett zu machen, und so funktioniert die Schraube der Ausbeutung ohne Ende weiter. Die Unternehmer verstehen es, wie auf Kosten dritter „gespart“ werden muß.

Gewerkschaftliches.

Alleinliche Mitteldollungen von Organisationen, vor allem solche über Ausstände oder Aussperrungen, müssen stets den Stempel der betreffenden Organisation tragen.
An die Metallarbeiter aller Länder! In Gent (Belgien) haben in dem Etablissement Vanderekerke 350 Metallarbeiter die Arbeit wegen Lohnunterschieden niedergelegt. 17—24jährige Arbeiter bezogen bisher einen Lohn von 12—20 Cents pro Stunde, während ältere, gute Arbeiter 30—35 Cents pro Stunde verdienten. Aber dieser Lohn war den Unternehmern zu groß, er sollte gesenkt werden. Da unsere streikenden Genossen hartnäckigen Widerstand leisteten und sämtliche Metallarbeiter von Gent sich mit ihnen solidarisch erklärten, glaubten die vereinigten Fabrikanten die Trotzigen würde machen zu können durch eine Aussperrung. So sind nun 2000 Metallarbeiter in Gent ohne Arbeit, aber auch fest entschlossen, den ihnen aufgezwungenen Kampf aufzunehmen. Wir richten nun nicht nur die Aufforderung an unsere Berufsgenossen, den Zug nach Gent zu meiden, sondern wir möchten sie auch dringend ersuchen, ihr Möglichstes zu thun durch finanzielle Unterstützung, um den gegen das übermäßige

und herzlose Unternehmertum kämpfenden Genossen in Gent zum Siege zu verhelfen. Genossen, beweist Euer internationales Solidaritätsgefühl durch die That!

Winterthur, 23. September 1895.
Mit Brudergruß und Handschlag:
Das internationale Informationsbureau der Metallarbeiter.

Gelder sind zu senden an den Sekretär des Exekutivkomitees der belgischen Metallarbeiter: E. Pierron, Rue Vanderkinderen 16, Rolendeck St. Jean, Brüssel.

Auftrag an die Konditor-Gehilfen, Pfefferkuchler und verwandten Berufsgenossen. Kollegen! mit Herannahen der Saison treten wir von neuem an Euch heran, um Euch auf Eure tieftraurige Lage aufmerksam zu machen. Durch Abhalten wissenschaftlicher Vorträge leiten wir unsere Agitation hiermit ein. Sonntag, den 6. Oktober, abends 8 Uhr, findet in Cohn's Festsaal, Beuthstr. 20, ein Vortrag über Schwindsucht statt. Gerade dieser Vortrag ist von großem Interesse, weil ein großer Theil unserer Kollegen von der Proletarierkrankheit langsam dahingerafft wird. Darum Kollegen, unterstüht uns dadurch, daß Ihr unsere Versammlungen besucht und Mitglieder unserer Organisation werdet, um mit vereinten Kräften bessere Arbeitsbedingungen zu erringen. Mit solidarischem Gruß: Die Agitationskommission.

Achtung, Vergolber! Der Generalkreuz dauert unverändert fort. Zugung erschwert den Sieg.

In Offenbach haben die Tischler und Bildhauer der Klimm'schen Werkstätte die Arbeit niedergelegt und ersuchen um Vermeidung des Zugugs.

Zum Streik in Carmaux wurde uns aus Paris unterm 3. Oktober geschrieben: Nach all den Vorgängen zu urtheilen, die sich seit Sonntag in Carmaux abgespielt, kann es kaum einem Zweifel unterliegen, daß die Regierung als Handlangerin des Ausbeuterthums es darauf abgesehen hat, dem Streik ein gewalttames Ende zu bereiten. Und doch ist der Konflikt nicht von den Arbeitern, sondern von Herrn Ruffequier hervorgerufen worden, der zudem noch die von den Arbeitern auf Grund des Befehles vom 27. Dezember 1892 verlangte Einsetzung eines Schiedsgerichts zurückgewiesen hat. Wie die Regierung es aber damals vermied, irgend welchen Druck auf Herrn Ruffequier auszuüben, um ihn zur Annahme des Schiedsgerichtes zu bewegen, so auch später, als die Arbeiter trotz dieser Weigerung und trotz des Ausschlusses ihres zum Bezirksrat gewählten Kameraden Baudot die Arbeit wieder aufnehmen wollten. Die Regierung hoffte eben mit Herrn Ruffequier, die Arbeiter auszuhebeln und so zur bedingungslosen Unterwerfung bringen zu können. Nun aber, dank der reichlichen Unterstützung, die den Streikenden von allen Seiten zufließt — die von der „Petite Republique“ eröffnete Subskription weist allein über 51 000 Fr. aus — diese Hoffnung zu schanden geworden ist, soll der Streik gewaltsam niedergedrückt werden. Darum all die Provokationen, darum die bereits gemeldete Auflösung der am Sonntag Vormittag stattgehabten Streikerversammlung und die gleichzeitig erfolgte Verhaftung des Glasarbeiters Belin, der denn auch bereits vom Gerichtshof von Albi — demselben, der seinerzeit auch Calvignac verurteilt hatte — zu 40 Tagen Gefängnis verurteilt worden ist. Auf Belin folgte gestern Kamerad Michon, der wegen „Rebellion“ — er hatte sich eben einer der Ansammlungen betretenden Verordnungen des famosen Präsidenten Douz nicht gefügt — zu 3 Monaten Gefängnis verdonnert wurde. Seit Sonntag ist es nämlich den Leuten verboten, zweimal dieselbe Strafe zu passiren oder sich vor ihrem Haussthor aufzuhalten. Der sozialistische Abgeordnete Gerauld Richard, der von den Streikenden nach Carmaux berufen wurde, hat denn auch gestern beim Ministerpräsidenten telegraphisch angefragt, ob sich Carmaux im Belagerungszustand befinde, da dieser allein ein solches Vorgehen rechtfertigen würde. In diesem Telegramm weist Genosse Gerauld Richard besonders auf die folgende behördliche Zusamfassung hin. Gegen 10 Uhr vormittags stand eine Frau namens Hauser mit einer Nachbarin im Gespräch, als zwei Jungen, ein Glasbläser und ein Hilfsarbeiter, an ihr vorbeikamen und ihr sagten, daß sie sich eben behufs Wiederaufnahme der Arbeit einschreiben ließen. Darauf gab ihnen Frau Hauser zur Antwort: „Ich bin recht arm, aber wenn es die Noth ist, die Euch getrieben, hätte ich Euch meinen Brottbeil gegeben.“ Eine halbe Stunde darauf ward sie von einem Gendarmen verhaftet. . . . Mit Gannern, namentlich aus den höheren Kreisen, wie die Panama- und Südbahngänger, wird weniger prompt und viel glimpflicher verfahren. Wer wird denn aber auch mit dem „Arbeiterpad“ viel Federlesens machen? Darum sind denn auch gestern nicht weniger als drei Gendarmen-Brigaden nach Carmaux entsendet worden und werden für heute noch weitere 50 Gendarmen erwartet, die berufen sind, die „Freiheit der Arbeit“ zu schützen. Es geht doch nicht über die so hochgepriesene „Neutralität“ der Regierung in den Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit! Aber trotz all dieser Provokationen, zu denen sich heute die gefellte, daß die Direktion, nachdem sie einige Streikbrecher gebunden, einen Glaslosen in Gegenwart des Präsesien feierlichst anzünden ließ, verharren die Streikenden in ihrer bisserigen Ruhe. Hoffentlich verharren sie darin bis zur Wiedererrichtung der Kammer, die für den 22. d. M. angefragt ist, wo dann die Regierung über ihr provokatorisches Vorgehen den sozialistischen Abgeordneten Rede und Antwort zu stehen haben wird.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Nachen, 4. Oktober. (W. Z. B.) Heute begann vor dem hiesigen Schwurgericht die Verhandlung gegen den Bruder Brenaus. Vorsitzender ist Landgerichtsrath Stinshoff, als Staatsanwalt fungirt v. Breme, Verteidiger sind die Rechtsanwält Dier und Samersbach. Es sind 22 Zeugen geladen. Der Angeklagte soll am 4. Juni im Mella-Prozeß einen wissenschaftlichen Meineid geleistet haben durch die Behauptung, Forbes habe bei einem Ausflug nach der Gartenwirtschaft Neulingenbänschen die Tochter der Wittwe Schumacher umarmt, ohne sie zu küssen. Der Angeklagte beharrt dabei, den Vorgang gesehen zu haben.

Nachen, 4. Oktober. (W. Z. B.) In dem Prozeße gegen den Bruder Brenaus wegen Meineids beantragte der Staatsanwalt die Freisprechung des Angeklagten. Die Geschworenen erkannten auf nichtschuldig und der Gerichtshof sprach den Angeklagten frei. Die Kosten wurden der Staatskasse aufgebürdet.

Metz, 4. Oktober. (W. Z. B.) Ein orkanartiger Sturm hat heute Mittag an der Kathedrale einen ansehnlichen Theil der Kupferbedachung des südlichen Langschiffes losgerissen und übereinander gerollt; die Skulpturen sind beschädigt und auf das Pflaster gestürzt. Das Unwetter dauert an.

Marseille, 4. Oktober. (W. Z. B.) Der französische Dampfer „Doria“ trieb in der Nähe von Gatte mit einem österreichischen Schiff zusammen, welches stark beschädigt wurde.

Konstantinopel, 4. Oktober. (W. Z. B.) Staatsrath Sami Bey sowie andere hohe Beamte veranlaßten am Dienstag, daß die Polizei gegen die Zusammenrottungen der Mohammedaner energisch einschritt und daß die Sofas gezwungen wurden, in den Wohnungen zu bleiben.

London, 4. Oktober. (W. Z. B.) Die Abendblätter enthalten eine Meldung aus Konstantinopel, nach welcher auf Grund einer Aussage eines fremden Delegirten der Kommission in Cassin die sensationelle Darstellung der Gräueltaten übertrieben sei. Die gesammte Einwohnerzahl des Cassinthaales habe nicht viertausend Seelen überstiegen. Von den Truppen seien nicht tausende, sondern nur 3—500 getödtet worden. Es sei kein Beweis beigebracht worden über kaltblätige Morde oder über Verflümmelung an Frauen und Kindern.

Die Revision

gegen das Urteil, welches am 17. August d. J. in Essen gegen die Bergarbeiter Schröder und Genossen gefällt wurde, ist, wie wir bereits gestern gemeldet haben, erfolglos gewesen. Die Formalität vor dem Reichsgericht ging, wie wir der „Reichsgerichts-Korrespondenz“ entnehmen, in folgender Weise vor sich:

Vom Schwurgericht Essen wurden bekanntlich am 17. August nach mehrtägiger Verhandlung sechs Angeklagte wegen Meineides zu Zuchthaus verurtheilt, und zwar der Vorsitzende des Bergarbeiter-Verbandes, Ludwig Schröder aus Dortmund zu 2 1/2 Jahren, der Kassirer jenes Verbandes, Johann Meyer aus Bochum zu 3 1/2 Jahren, der Bergmann Graf zu 3 1/2 Jahren, die Vergleute Imberg, Beckmann und Wiking zu je 3 Jahren, außerdem jeder zu 6 Jahren Ehrverlust und dauernder Eideckungslosigkeit. Endlich wurde noch der erst 20 Jahre alte Bergmann Thiel wegen jahrlässigen Falschweides zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt. Aus dem Sachverhalte sei kurz folgendes recapitulirt. Am 3. Februar d. J. hielt der neugegründete Christliche Bergarbeiter-Verband in Baulau bei Herne eine Versammlung ab, zu welcher Schröder mit seinen Anhängern erschienen war. Der Vorsitzende wies sie jedoch hinaus und an der Thür kam Schröder zu Fall. Die „Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“, das Organ des Schröder'schen Verbandes, brachte über die Versammlung einen Artikel, in welchem dem Gendarm Münter vorgeworfen wurde, er habe Schröder zweimal zu Boden geworfen. Gegen den Redakteur dieser Zeitung, Marggraf, wurde sodann Klage wegen Beleidigung Münter's erhoben und das Landgericht Essen verurtheilte ihn am 27. Juni zu einer Woche Gefängnis. Münter hatte eidlich in Abrede gestellt, Schröder gestochen zu haben; die übrigen sieben Angeklagten hatten das Gegentheil beschworen und wurden nach der Verhandlung wegen des Verdachts des Meineides sofort resp. später in Haft genommen. Das Schwurgericht Essen hat sie dann, wie oben erwähnt, zum Erstaunen der ganzen Welt verurtheilt. — Die zu Zuchthaus Verurtheilten hatten Revision eingelegt, die am Donnerstag vor dem 3. Strafsenat des Reichsgerichts von Herrn Rechtsanwält Dr. Victor Niemeyer aus Essen vertreten wurde. Es waren nur prozeßuale Klagen erhoben. In der Schwurgerichtsverhandlung führte der genannte Verteidiger die Verteidigung der Angeklagten Schröder und Imberg. Da er als Zeuge vorgeschlagen worden war, so wurde er durch Gerichtsbeschluss genöthigt, das ihm von den Angeklagten übertragene Mandat niederzulegen. Vorher schon hatte er den Rechtsanwalt Bachhaus für etwaige Fälle seiner Verhinderung substituirt. Das Gericht setzte am 14. August die Verhandlung bis zum 15. August, nachmittags 3 1/2 Uhr, aus und zu diesem Termin erschien dann als Verteidiger Schröder's und Imberg's der Rechtsanwalt Orieving aus Aachen, der erst kurz vorher mit dem Zuge angekommen war. Die Revision vertrat nun die Ansicht, daß durch das eingeschlagene Verfahren die Verteidigung der betreffenden Angeklagten beschränkt worden sei. Rechtsanwält Orieving habe, so führte Dr. Niemeyer aus, der Verhandlung am ersten Tage nicht beigewohnt und so sei ihm das Verteidigungsmaterial, welches derselbe bot, entzogen worden. Die Verhandlung hätte, so meinte er, von Anfang an wiederholt werden müssen. Eine derartige „Numpfortverteidigung“ sei nicht vereinbar mit dem Wesen der notwendigen Verteidigung. Es sei notwendig, daß gegenüber einem Laiengerichtshofe ein Verteidiger stehe, der alle sich aus der gesammten Verhandlung ergebenden Verteidigungsmomente zusammenfasse und dem Laiengerichtshofe vorführe. Dieser Zweck könne durch eine Numpfortverteidigung nicht erfüllt werden. Deshalb könne ein Angeklagter aus gar nicht auf die theilweise Abwesenheit seines Verteidigers verzichten. Weiter rügte Herr Dr. Niemeyer, daß die Angeklagten und die Verteidiger nicht von dem Termin zur kommissarischen Vernehmung des kranken Zeugen Röder in Herne in Kenntniß gesetzt worden seien. Diese Vernehmung hat am ersten Verhandlungstage stattgefunden. Eine Ladung war wegen Kürze der Zeit nicht möglich, auch nahm man wohl an, daß die Verteidiger, weil in der Hauptverhandlung beschäftigt, doch dem Termin zur Vernehmung des Zeugen Röder nicht beizuwohnen würden. Weiter rügte der Verteidiger als unzulässig, die Verlesung des betreffenden Artikels der „Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ und des damals noch nicht rechtskräftigen Urtheils gegen Marggraf, da beide Schriftstücke nicht zu den herbeigeschafften Beweismitteln gehört hätten und ein Grund der Verlesung aus dem Protokoll nicht ersichtlich sei. Er beantragte nicht nur die Aufhebung des Urtheils, sondern auch die Verweisung der Sache an ein anderes Schwurgericht, möglichst weit entfernt von Essen. Der Urtheilspruch habe überrascht und erschreckt nicht nur die öffentliche Meinung, die Presse, sondern auch Ueberraschung hervorgerufen bei Richtern und Rechtsanwälten. Ein derartiges Urtheil, so sage man, würde von gelehrten Richtern nicht haben gefällt werden können. Man sage auch, der Schuldigspruch sei durch politische Erwägungen beeinflusst worden. Die politischen und sozialen Gegensätze seien in der Essener Gegend so außerordentlich scharf, daß ein im wesentlichen aus Industriellen und solchen nahestehenden Personen bestehendes Geschworenengericht kaum unbefangenen über Angeklagte urtheilen werde, die hauptsächlich mit der Begründung angeklagt seien, daß sie als Sozialdemokraten einen Meineid geleistet haben. Es sei unwiderrleglich behauptet worden, daß schon am ersten Verhandlungstage Geschworene erklärt haben, sie seien mit ihrem Urtheile fertig; daß seien Sozialdemokraten, denen glaube man kein Wort. — Herr Reichsanwalt Schumann ging dem Bericht zufolge auf die letzteren Ausführungen des Verteidigers garnicht erst ein. Er erklärte, es könne auch nicht eine einzige der erhobenen Klagen Beachtung finden. Ohne Verteidiger seien die Angeklagten Schröder und Imberg keinen Augenblick gewesen, denn als Dr. Niemeyer einige Male den Saal verlassen habe, sei er laut Substitutionsvollmacht vom Rechtsanwalt Bachhaus vertreten worden. Nach Wiederaufnahme der Verhandlung sei Rechtsanwält Orieving als Verteidiger aufgetreten und könne dies wohl nicht gut gegen den Willen der Angeklagten Schröder und Imberg gethan haben, da er bis zum Schluß der Verhandlung die Verteidigung ohne Widerspruch geführt habe. Die notwendige Verteidigung sei nicht beeinträchtigt worden, denn die Angeklagten hätten während der ganzen Dauer der Verhandlung einen Verteidiger gehabt. Daß dies immer derselbe sein müsse, sei nirgends vorgeschrieben. Was die Verlesung der beiden Schriftstücke betreffe, so sei ein Widerspruch dagegen in der Hauptverhandlung nicht erhoben worden. Sie sei aber auch zulässig gewesen, weil diese Schriftstücke dem Gerichtshofe in den herbeigeschafften Akten vorlagen. Wegen die Verlesung der kommissarischen Aussage des Zeugen Röder habe in der Hauptverhandlung niemand Widerspruch erhoben und dann erledigen sich auch diese Beschwerden. Wenn endlich noch behauptet werde, die Aussage des Zeugen Münter könne nicht in allen ihren Theilen als beeidigt gelten, so sei darauf zu verweisen, daß der Zeuge vor seiner Vernehmung den promissorischen Eid geleistet habe, durch den alle im Laufe der Verhandlung erhaltene Aussagen gedeckt würden, um so mehr, da sich der Zeuge immer wieder auf jenen Eid berufen habe. — Der Verteidiger erwiderte noch kurz und bemerkte, Beweismittel müßten als solche bezeichnet werden, das sei hier nicht geschehen. Wenn die notwendige Verteidigung so formalistisch aufgefaßt werde, wie es seitens des Reichsanwalts geschehen, so müsse er dies als nicht im Sinne des Gesetzes liegend bezeichnen. — Das Reichsgericht erkannte auf Verwerfung der Revision, indem es sich den Ausführungen des Reichsanwalts in jeder Hinsicht angeschlossen.

Friedrich Engels.

Der einzige deutsche Universitätslehrer, der es bisher gewagt hat, als Aufgabe der Wissenschaft nicht die Widerlegung, sondern die Weiterentwicklung des Marx'schen Systems zu bezeichnen, der Breslauer Universitätsprofessor Werner Sombart, widmet unserem Friedrich Engels in seinen Hefen der „Zukunft“ einen Nachruf, den wir, trotzdem wir in so manchem Punkte mit ihm in Widerspruch stehen, unseren Lesern nicht vorenthalten dürfen. —

Es ist ein untrügliches Zeichen für die Einheit und Einmüthigkeit eines Volkes, wenn es in allen seinen Schichten dieselben Hefen und dieselben Helden verehrt. Ein Volkstheil, den eine ganze, ungetheilte Nation vergöttert hat, war noch einmal Garibaldi: an seinem Grabe hat Italien geweint. Seit seinem Tode will es fast scheinen, als ob es nur noch Klassenfeste und Klassenhelden gäbe, als ob die eine Klasse weder mit dem Geiste noch mit dem Herzen mehr an den Festfreunden und an der Heldenverehrung der anderen Klasse sollte Antheil haben.

Unlängst ist in London ein Mann gestorben, der für Millionen und aber Millionen ein geliebter, ein angebeteter Führer und Vater, ein Held war: Friedrich Engels. — und in bürgerlichen Kreisen ist nicht einmal sein Name jebermann geläufig, sehr wenige aber in diesen Kreisen wußten mehr von ihm, als daß er ein revolutionärer Sozialistenführer war. Und das war ein Mann, dessen Popularität in den großen Massen des niedrigen Volkes nicht seinesgleichen kannte, ein Mann, der Triumphe des Erfolges gefeiert hat, wie nur wenige Sterbliche sie haben erleben dürfen, ein Mann, der im Beginne seiner Laufbahn nur einen einzigen Gesinnungsgenossen hatte, zu dem in seinem Alter Millionen als zu ihrem Führer aufschauten, auf dessen Stimme und Rath sie lauschten, als ob ein gottgesandter Religionsführer göttliche Weisheit offenbarte. Und Friedrich Engels ist nicht gestorben als Sektenführer. Er ist gestorben als der anerkannteste Mentor des gesammten Proletariats, wo dieses Klassenbewußt, organisiert ist. Auch die englischen Arbeiter, denen man so gern eine Sonderstellung in der großen proletarischen Armee anweisen will, haben Friedrich Engels als einen der Hingestarten betrachtet, mochten sie oft auch, zumal in früheren Jahren, ihre eigenen Wege gewandelt sein; unter all' den unzähligen Trauerkundgebungen, die bei dem Tode von Engels laut geworden sind, ist mir keine so bedeutsam erschienen wie der einmüthige Beschluß des eben tagenden internationalen Textilarbeiter-Kongresses: der Familie und den Freunden des Toten, der in die Welt die große und mächtige Aufforderung des Zusammenhaltes, die Worte: „Proletariat aller Länder, vereinigt Euch!“ gerufen habe, die Theilnahme des Kongresses auszusprechen. Im Namen der englischen Delegirten beantragte Ashton die Abfindung einer Kondolenzdepesche. Ashton ist einer der Führer der Gewerkschaftsbewegung in Lancashire, und Lancashire ist eine der Hochburgen

würden. Weiter rügte der Verteidiger als unzulässig, die Verlesung des betreffenden Artikels der „Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ und des damals noch nicht rechtskräftigen Urtheils gegen Marggraf, da beide Schriftstücke nicht zu den herbeigeschafften Beweismitteln gehört hätten und ein Grund der Verlesung aus dem Protokoll nicht ersichtlich sei. Er beantragte nicht nur die Aufhebung des Urtheils, sondern auch die Verweisung der Sache an ein anderes Schwurgericht, möglichst weit entfernt von Essen. Der Urtheilspruch habe überrascht und erschreckt nicht nur die öffentliche Meinung, die Presse, sondern auch Ueberraschung hervorgerufen bei Richtern und Rechtsanwälten. Ein derartiges Urtheil, so sage man, würde von gelehrten Richtern nicht haben gefällt werden können. Man sage auch, der Schuldigspruch sei durch politische Erwägungen beeinflusst worden. Die politischen und sozialen Gegensätze seien in der Essener Gegend so außerordentlich scharf, daß ein im wesentlichen aus Industriellen und solchen nahestehenden Personen bestehendes Geschworenengericht kaum unbefangenen über Angeklagte urtheilen werde, die hauptsächlich mit der Begründung angeklagt seien, daß sie als Sozialdemokraten einen Meineid geleistet haben. Es sei unwiderrleglich behauptet worden, daß schon am ersten Verhandlungstage Geschworene erklärt haben, sie seien mit ihrem Urtheile fertig; daß seien Sozialdemokraten, denen glaube man kein Wort. — Herr Reichsanwalt Schumann ging dem Bericht zufolge auf die letzteren Ausführungen des Verteidigers garnicht erst ein. Er erklärte, es könne auch nicht eine einzige der erhobenen Klagen Beachtung finden. Ohne Verteidiger seien die Angeklagten Schröder und Imberg keinen Augenblick gewesen, denn als Dr. Niemeyer einige Male den Saal verlassen habe, sei er laut Substitutionsvollmacht vom Rechtsanwalt Bachhaus vertreten worden. Nach Wiederaufnahme der Verhandlung sei Rechtsanwält Orieving als Verteidiger aufgetreten und könne dies wohl nicht gut gegen den Willen der Angeklagten Schröder und Imberg gethan haben, da er bis zum Schluß der Verhandlung die Verteidigung ohne Widerspruch geführt habe. Die notwendige Verteidigung sei nicht beeinträchtigt worden, denn die Angeklagten hätten während der ganzen Dauer der Verhandlung einen Verteidiger gehabt. Daß dies immer derselbe sein müsse, sei nirgends vorgeschrieben. Was die Verlesung der beiden Schriftstücke betreffe, so sei ein Widerspruch dagegen in der Hauptverhandlung nicht erhoben worden. Sie sei aber auch zulässig gewesen, weil diese Schriftstücke dem Gerichtshofe in den herbeigeschafften Akten vorlagen. Wegen die Verlesung der kommissarischen Aussage des Zeugen Röder habe in der Hauptverhandlung niemand Widerspruch erhoben und dann erledigen sich auch diese Beschwerden. Wenn endlich noch behauptet werde, die Aussage des Zeugen Münter könne nicht in allen ihren Theilen als beeidigt gelten, so sei darauf zu verweisen, daß der Zeuge vor seiner Vernehmung den promissorischen Eid geleistet habe, durch den alle im Laufe der Verhandlung erhaltene Aussagen gedeckt würden, um so mehr, da sich der Zeuge immer wieder auf jenen Eid berufen habe. — Der Verteidiger erwiderte noch kurz und bemerkte, Beweismittel müßten als solche bezeichnet werden, das sei hier nicht geschehen. Wenn die notwendige Verteidigung so formalistisch aufgefaßt werde, wie es seitens des Reichsanwalts geschehen, so müsse er dies als nicht im Sinne des Gesetzes liegend bezeichnen. — Das Reichsgericht erkannte auf Verwerfung der Revision, indem es sich den Ausführungen des Reichsanwalts in jeder Hinsicht angeschlossen.

Die Verurtheilten sind nunmehr also veritable Zuchthäuser. Sie gehen dem Orte der Qualen mit dem Bewußtsein entgegen, daß ihnen in unserem unglücklichen Vaterlande Millionen Proletariat im Geiste die Hand reichen. Das klassenbewusste Proletariat hat durch Wort und That bewiesen, daß es im großen Befreiungskampfe der unglücklichen Ehrenmänner, welche die Zuchthäuser in seinen Augen bleiben, und ihrer armen Angehörigen nimmer vergessen wird.

Grout den heutigen Ordnungstrettern nicht ein wenig vor dieser Thatsache?

Des sogenannten „alten“ Trade-Unionismus, der ehemals anti-sozialistischen Nur-Gewerkschaftler.

Sicherlich werden viele und sehr gebildete Leser fragen: „Wer war dieser Friedrich Engels?“ Wenn ich es, der Anforderung des Herausgebers folgend, hier unternehme, eine leidlich verständliche Antwort auf diese Frage zu geben, so thue ich es nicht leichten Herzens. Dem jüngst Verstorbenen gebührt ein Nachruf, und einen Nachruf an Friedrich Engels kann ich nicht schreiben. Dazu bedarf es der Unmittelbarkeit der persönlichen Beziehung, um den Worten jene Wärme des Tones, jene Ursprünglichkeit des Empfindens zu verleihen, die wir von einer literarischen Todtenmesse heischen, persönlicher Freundschaftsbände, die allenfalls durch die Intimität der politischen Parteigemeinschaft ersetzt werden können. Ich aber habe Engels weder im Leben persönlich gekannt, noch bin ich ein Anhänger seiner Partei; ich kann deshalb nicht mit dem Herzen, sondern nur mit dem Kopfe über ihn schreiben. Und solches Schriftwerk kann wohl hell, aber es kann nicht warm sein. Ein Urtheil ist herzlich; es ist kritisch: es muß auch tadeln, verurtheilen, wo es am Platze scheint. . . .

Die Welt weiß noch wenig von seinem privaten Leben. Es wäre dankenswerth, wenn einer seiner näheren Freunde sich zu Mittheilungen darüber entschließe. Hier wollen wir versuchen, uns ein Bild davon zu machen, was Friedrich Engels als Gelehrter und als einer der anerkanntesten Führer der sozialen Bewegung bedeutete.

Was auch immer von Friedrich Engels man darzustellen und zu schildern beginnt, ob seine Bedeutung für die Ausbildung der sozialistischen Theorie, ob seine Theilnahme an der sozialen Bewegung unserer Zeit: alsbald wird sich uns die Beobachtung aufdrängen, daß das Leben dieses Mannes unverständlich bleibt, wenn wir es nicht im Zusammenhange mit dem Leben und Wirken seines geistigen Vorders betrachten: des Karl Marx. Es ist eine in weiteren als Gelehrten- und Parteikreisen bekannte Thatsache, daß Karl Marx und Friedrich Engels seit ihrer Jünglingszeit — sie zählten fünfundsiebzig und dreißig Jahre, als sie sich kennen lernten — im engsten Freundschafts- und Geistesbunde mit einander gelebt, daß sie in eminentem Sinne zusammen gedacht, gefühlt und gehandelt haben und daß, was des einen Wert ist, vom anderen nicht getrennt werden kann — Gedachtes wie Vollbrachtes —, also daß wir von einem Marx-Engels'schen Lebenswerke zu sprechen gewöhnt worden sind. So sehr wir nun aber auch überzeugt sein mögen, daß der „Arbeitsvertrag“ des einen oder anderen sich nicht wird feststellen lassen, daß, um mit Marx zu sprechen: ihr Wert als das Produkt des „Gesamtarbeiters“ eines auf „höherer Stufenleiter“ produzierenden arbeitstheiligerkooperativen Betriebes erscheint, so drängt es uns doch immer und immer wieder, den Leistungen, dem Eigentümlichen des einzelnen nachzuspüren, an irgend welchen Kennzeichen die Individualität des einen oder des anderen in diesem oder jenem Werk zu entdecken.

lokales.

Um einen unter den Parteigenossen laut gewordenen Wunsch nachzukommen, werden die Versammlungsanzeigen im Inseratenteil fortan unter eine bestimmte Rubrik gebracht werden. Wir hoffen so die Ankündigungen dieser Art übersichtlicher als bisher gestalten zu können. Anzeigen welche für diese Rubrik in der Nummer des folgenden Tages bestimmt sind, müssen jedoch spätestens nachmittags 4 Uhr in unserer Expedition eingereicht sein.

Die Ergänzungswahlen zur Stadtverordneten-Versammlung haben nach Verfügung des Magistrats wie folgt statt: für die dritte Abtheilung: am Freitag, den 8. November cr., von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 7 Uhr; für die zweite Abtheilung: Sonnabend, den 9. November cr., von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, und für die erste Abtheilung: Montag, den 11. November cr., von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 8 Uhr. Die Abgrenzung der Wahlbezirke sowie der Wahllokale wird durch die demnächst erfolgende Bekanntmachung veröffentlicht werden. Jeder Parteigenosse hat die Pflicht, die nächsten fünf Wochen zur Agitation nach Kräften auszunutzen.

Zu der drastischen staatsanwaltlichen Umtaufung der drastischen Majestätsbeleidigungssache Pfund und Genossen in Dierl und Genossen hat sich bislang nur ein bürgerliches Blatt geäußert:

Die Zeitung „Das Volk“ ist das einzige staatsverhaltende Organ, das in dieser Sache kein Blatt vor den Mund nimmt und seine Meinung in folgendem kundgebend wagt: „Wenn eine Sache, die ursprünglich altemäßig „Pfund und Genossen“ heißt, plötzlich in die Sache „Dierl und Genossen“ verwandelt wird, so daß sie vor die Strafkammer des Herrn Brausewetter kommt, die die mit D (soll heißen A. R. d. V.) beginnenden Sachen abzurtheilen hat, so entsteht natürlich leicht der Verdacht, die Umtaufung sei vor sich gegangen, um die Sache vor die Brausewetter'sche Kammer zu bringen.

Läge eine Absicht wirklich vor, so würde es sich um eine beflagenswerthe Neuerung handeln. Daß der Landgerichtsdirektor Brausewetter in seiner Prozeßleitung gegen Redakteure und Sozialdemokraten mit einer besonderen Schärfe vorgeht, ist gerichtsbekannt. Sein Verfahren in dem Gummischlauch-Prozeß war derartig, daß ein Reichsgerichtsrath in der „National-Ztg.“ eine so scharfe Kritik zu veröffentlichten sich gedungen fühlte, daß die Redaktion des Blattes deshalb verurtheilt wurde.

Ein Staatsanwalt, der durch Aenderung des Rubrums (Altenzeichen) die Verhandlung gegen sozialdemokratische Redakteure einem andern Vorsitzenden entzieht und sie Herrn Brausewetter zuwendet, hat den bösen Schein gegen sich. Und den sollte man doch zu vermeiden suchen, weil er leicht böses Blut machen kann.“

So das „Volk“, dessen Charakteristik der staatsanwaltlichen, also im Namen der Regierung geübten Praktiken noch durch eine Erinnerung an die Thatsache vervollkommen werden kann, daß die Kritik, die der Reichsgerichtsrath Währ an dem Verhalten des Herrn Brausewetter zu üben sich verpflichtet hält, wie von vielen Tugendblättern, auch vom „Vorwärts“ abgedruckt wurde. Der Abdruck in der ganzen Presse bis auf ein Blatt blieb unverfolgt; und dieses eine außer der „National-Zeitung“ unter Anklage gestellte Blatt war der „Vorwärts“. Wir sind die letzten, die irgend einer Zeitung eine staatsanwaltliche Verfolgung wünschen, aber zur Charakteristik der neupreußischen Gerechtigkeit verdient der Fall bei dieser Gelegenheit doch wieder in Erinnerung gerufen zu werden.

Im übrigen läßt sich ja auch an der neuesten staatsanwaltlichen Leistung konstatiren, daß die Saat, die unsere Feinde säen, äppig der Ernte entgegenreift, die die Sozialdemokratie halten wird.

Es ist das unverwundliche Recht, daß die lebendige Persönlichkeit geltend macht, als solche, d. h. als Individualität anerkannt und beachtet zu werden; zumal, wenn es sich darum handelt, von einem der beiden Männer zu berichten, wie ich es hier vorhabe.

Wollen wir der Versuchung nachgeben und Antwort auf die Frage heischen: was gehört Engels am „Marxismus“, so stehen uns zwei Auskunftstellen offen: die Schriften der beiden Männer und ihre Auslassungen über ihr Zusammenarbeiten. Wird erst einmal der Briefwechsel zwischen Marx und Engels aus den Jahren 1850 und 1870 veröffentlicht sein, der Zeit, wo Marx in London, Engels in Manchester lebte und die Freunde „fast täglich“ über politische und wissenschaftliche Fragen brieflich ihre Meinungen austauschten, dann wird man viel tiefere Einblicke in die geistige Werkstatt der beiden thun können, als es jetzt möglich ist. Ausprüche über ihre gemeinsame Thätigkeit besitzen wir naturgemäß mehr von Engels als von Marx: erst nach dem Tode von Marx (1883) hat sich häufiger Gelegenheit geboten, jene Frage nach dem Antheil des einen oder des anderen am gemeinsamen Werk aufzuwerfen und zu beantworten: sie drängte sich auf, als Engels es unternahm, den literarischen Nachlaß von Marx zu ordnen und herauszugeben.

Sehr humorvoll, wie es dem Verstorbenen eigen war — er hatte Humor, wo Marx wichtig war —, hat er in einem Briefe an einen Parteigenossen seine Stellung zu Marx wie folgt geschildert: „Ich habe mein Leben lang zweite Violine gespielt und glaube, es zu einiger Virtuosität darin gebracht zu haben, und ich war so damit froh, daß ich dabei eine so gute erste Violine hatte wie Marx. Jetzt aber, wo ich in Vertretung der Theorie selbst erste Violine spielen soll, muß ich mich sehr in acht nehmen, daß ich mich nicht blamire.“ Und über seinen Antheil speziell an der grundlegenden Theorie des marxistischen Systems, der „materialistischen Geschichtsauffassung“, spricht sich Engels so aus: „Daß ich vor und während meinem vierzigjährigen Zusammenwirken mit Marx sowohl an der Begründung wie namentlich an der Ausarbeitung der Theorie einen gewissen selbständigen Antheil hatte, kann ich nicht leugnen. Aber der größte Theil der leitenden Grundgedanken, besonders auf ökonomischem und geschichtlichem Gebiet, und speziell ihre schließliche scharfe Fassung, gehört Marx. Was ich beigetragen, das konnte — allenfalls ein paar Spezialfächer ausgenommen — Marx auch wohl ohne mich fertig bringen. Was Marx geleistet, hätte ich nicht fertig gebracht. Marx stand höher, sah weiter, überblickte mehr und rascher als wir anderen alle. Ohne ihn wäre die Theorie heute nicht das, was sie ist. Sie trägt daher auch mit Recht seinen Namen.“

Es springt in die Augen, daß hier eine rührende Freundschaftsliebe das Urtheil beeinflusst hat, daß sie es wenigstens hat mit bilden lassen. Gleichwohl scheint mir im Wesen wenigstens,

Heber Herrn Gerichtsdirektor Wigulla, der wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt ...

In einer Besprechung des Prozesses macht die „National-Zeitung“ darauf aufmerksam, dass der Staatsanwalt nur 300 M. Geldstrafe beantragte, während das Urteil auf 4 Monate und 3 Wochen Gefängnis lautete ...

Der Wigulla ist für seine Ausschreitungen unermüdet hoch bestraft worden, so hoch als ob er der erste beste Kowak „niederer Standes“ wäre ...

Ein Vokalkonzert, arrangiert und ausgeführt von den Männerschören Nordwacht, Olympia, Norddeutsche Schleiße und den gemischten Chören Freya I, Freundestreue, Glodenrein und Alpenweiden ...

Wie die Wilden werden bei uns heute zivilisierte Menschen dem Publikum vorgeführt, nämlich von Geschäftsinhabern, die auf diese Weise für ihre Waare Reklame machen ...

Die Behandlung des mit Arbeiterfahrkarten versehenen Publikums auf der Stadt- und Ringbahn hat bekanntlich vielfach dem Urfaule zu Beschwerden gegeben ...

Ein solches Fällen hat das auf diese Karten fahrende Publikum entweder die Beförderung auf der Bahn besonders bezahlet oder auch vielleicht stundenlang warten müssen ...

Auf eine Beschwerde, die ein Nixdorfer Einwohner über diese Mißstände an die Bahndirektion gerichtet hat, ist ihm vor kurzem die folgende Antwort zugegangen:

Wir haben die Bestimmung, nach welcher die Rückfahrt auf Arbeiterkarten in einzelnen Fällen, hauptsächlich dann, wenn auf einzelnen Arbeitsplätzen die Arbeit ausnahmsweise erheblich früher als 4 Uhr endet ...

Auch ein Bild vaterländischer Größe. Vollständig besetzt ist gegenwärtig wieder das Strafgefängnis am Pflanzensee ...

qualitativ, wenn ich mich so ausdrücken darf, Engels seine Stellung zu Marx richtig gekennzeichnet zu haben ...

Die aber verhält es sich mit dem Wissen und Können? Hat hier Engels in den mittelbesten Ansprüchen ebenfalls alles gesagt, was sich schon heute sagen läßt über das Verhältnis von Engels zu Marx?

Ich deutete schon an, wo anders wir uns noch Rath holen können: bei den Schriften der beiden. Zwei größere Arbeiten von Engels stammen, wie wir wissen, aus der Zeit, da sich ein marxistischer Einfluss noch nicht fühlbar machen konnte ...

fangene. Im Lazareth befindet sich noch immer der alte Kommerzienrath Wolff, dessen Bankbruch seinerzeit so viel Aufsehen erregte ...

Gegen den verhafteten Rebakteur des „Sozialisten“, Winke, ist jetzt, wie die „Volks-Ztg.“ berichtet, die Anklage wegen Majestätsbeleidigung erhoben worden ...

Zur Umwandlung des Nachwachtdienstes wird mitgeteilt, daß zum 1. Dezember nun auch den letzten der noch im Dienst befindlichen holländischen Wächter, denen der 1. und 2. Polizeihauptmannschaft, gekündigt werden wird ...

Das Berliner Verkehrs-Lexikon (Verlag von Max Schönböcker) ist soeben im zwanzigsten Semester erschienen mit den Winterfahrplänen der Eisenbahnen, Pferdebahnen, Omnibusse und elektrischen Bahnen in Berlin und Umgebung ...

Der Schiffer Richard Erpel ist gefaßt. Wenigstens bringt ein Berichterstatter diese Meldung mit folgenden Details: So sehr derselbe seit langer Zeit gesucht wurde und so wenig antwortete, so hat doch selbst der Staatsanwalt in der Hauptverhandlung wider die Bande Erpel und Genossen erklärt, daß seine Aussicht vorhanden sei, den Flüchtigen wieder zu ergreifen ...

Ein Kindesmord beschäftigt augenblicklich die Kriminalpolizei. Gestern morgen um 7 Uhr sah ein Arbeiter ein Pödel im Pönsenbrücker Kanal schwimmen und fischte es an der Königinstraße heraus ...

Der des Todeschlages am Maybach-Ufer beschuldigte Arbeiter Müller ist, wie gemeldet, nach dem Untersuchungsgefängnis in Moabit überführt worden ...

Der dreizehnjährige Schuhmachersohn Albert J. wurde am Donnerstag Nachmittag auf der Friedrichs-Brücke von einem Omnibus überfahren und so schwer verletzt ...

Ein sonderbarer Todesfall beschäftigt seit gestern die Polizei und die Militärbehörden des 1. Eisenbahn-Regiments. In dem Flur des Hauses Yorstr. 43 wurde gestern früh um 5 Uhr ein Sergeant Wenda von der 3. Kompanie des genannten Regiments tot aufgefunden ...

Marx nationalökonomisch noch völlig unselbständig und steht noch so gut wie ganz auf dem Boden der „Umriffe“ ...

Was ist's mit diesen beiden Jugendarbeiten von Engels? Die „Umriffe“ zu einer Kritik der Nationalökonomie sind, an und für sich betrachtet, entschieden ein reichlich konfus Werklein ...

Aber so wichtig auch die „Umriffe“ uns erscheinen mögen: im ganzen sind sie doch nur der Beweis, daß auf dem in ihnen beschrittenen Gebiete die spezifische Befähigung des Verfassers entschieden nicht lag ...

nicht festgestellt werden, ob der Sergeant einem Unglücksfall oder einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist ...

Zu dem Vorfall wird von anderer Seite berichtet: Der Tod des Sergeanten Wenda ist noch bei weitem nicht vollständig geklärt ...

Beim Rangieren einer Maschine und eines Wagens ist am Donnerstag Vormittag auf dem Militärbahnhof in Schöneberg ein Pionier Köchle von der 1. Kompanie des Eisenbahn-Regiments Nr. 1 zwischen die Puffer gerathen ...

Polizeibericht. Am 3. d. M. vormittags wurde auf dem Hofe eines Grundstücks am Stralauerplatz die Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden ...

Witterungsübersicht vom 4. Oktober 1895. Stationen. Barometerstand in mm, reduziert auf d. Meereshöhe. Windrichtung. Windstärke (Stufe 1-12). Wetter. Temperatur hoch Celsius (90° F.).

Table with 6 columns: Stationen, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temperatur. Rows include Swinemünde, Hamburg, Berlin, Wiesbaden, München, Wien, Gaparanda, Petersburg, Gort, Aberdeen, Paris.

Weiter-Prognose für Sonnabend, den 4. Oktober 1895. Bismlich lässig, veränderliches, vorwiegend trübes Wetter mit Regenschauern und frischen westlichen Winden.

Gerichts-Zeitung.

Haltet der Vorsitzende eines Vereins für die Unterlassungen seines Vorgängers? Diese Frage hat der Strafsenat des Kammergerichts in seiner Sitzung vom 3. Oktober verneint ...

fertigkeit, einen deutlichen Mangel an Begabung für das abstrakte, besonders mathematisch gerichtete Denken, das Marx auszeichnete ...

Die hervorragende und eigenartige Begabung von Engels trat erst in seiner zweiten größeren Arbeit, der „Lage der arbeitenden Klasse in England“, 1845 in die Erscheinung ...

Diese, so scheint mir, bestand vor allem in der — ich gebrauche zunächst ein Schlagwort — historischen Auffassung wirtschaftlicher und sozialer Erscheinungen ...

Die beleidigte Polizeigewalt. Eine Auseinandersetzung mit Bureaubeamten eines Polizeireviers hat dem praktischen Arzt Dr. Steinhoff eine Anklage wegen Beleidigung zugezogen, welche gestern vor der 129. Abteilung des Schöffengerichts gegen ihn verhandelt wurde. Der Angeklagte hatte sein Dienstmädchen entlassen, wobei sich herausstellte, daß ihre Invalidentaxe seit längerer Zeit nicht mit den Invalidentaxen versehen worden war. Er holte das verfaßte nach und schickte die vervollständigte Karte nach dem Polizeibureau. Am folgenden Tage begab er sich dorthin und hat den betreffenden Schuhmann um Ausstellung einer Bescheinigung, daß die Karte seines Dienstmädchens in gehöriger Form von ihm eingeleitet worden sei. Der Schuhmann erwiderte, daß er dazu außer Stande sei, weil die Karte sich bei den Akten des Mädchens befinde, die nach dem neuen Revier geschickt worden seien, wohin das Mädchen verzogen. Der Angeklagte beharrte bei seinem Verlangen und äußerte dabei: „Sie verhandeln mich ja jeder Möglichkeit, dem Mädchen gegenüber den Nachweis zu liefern, daß ich meine Verpflichtung nachgekommen bin; wer steht mir dafür, daß nicht die eingeleiteten Karten richtig zusammengebracht werden?“ Der Schuhmann fand sich durch den Ausdruck „beiraten“ beleidigt, er erwiderte dem Angeklagten: „Sie beschuldigen mich ja, nehmen Sie das Wort zurück.“ Dr. Steinhoff erklärte, daß er dies nicht thun werde. Er verließ das Bureau mit den Worten: „Ich werde mich beschweren und meiner Ansicht nach werden Sie bestraft werden.“ — „Beschweren Sie sich nur, es wird Ihnen doch nichts nützen,“ erwiderte der Schuhmann. Der letztere hatte seiner Behörde von diesem Vorfall Anzeige gemacht mit dem Antrage, den Dr. St. wegen Beleidigung zu bestrafen, das Polizeipräsidium hatte das Schreiben mit dem Anheimgedenken weiterer Verfolgung der Staatsanwaltschaft übergeben und diese hatte das Verfahren eingeleitet. Der Vorsitzende gab sich die größte Mühe, aus den Angaben der Zeugen zu ermitteln, worin denn eigentlich die Beleidigung zu finden sei, der Ausdruck „beiraten“ in der erwähnten Verbindung könne als verlegend doch nicht bezeichnet werden. Ebenso wenig sei die Schlussbemerkung des Angeklagten als beleidigend anzusehen. Der Wachmeister, welcher der Auseinandersetzung beigewohnt hatte, schloß aus dem Umstande auf eine beleidigende Absicht des Angeklagten, daß dieser „etwas laut“ gesprochen habe. Der Vorsitzende wies den Zeugen darauf hin, daß er ja selbst anhergewöhnt laut spreche. Der Staatsanwalt erklärte, daß er in dem ganzen Gespräch etwas Beleidigendes für den Schuhmann nicht finden könne; er beantragte die Freisprechung des Angeklagten, auf welche der Gerichtshof auch erkannte.

Das Vorverfahren gegen die wegen der Ermordung des Dr. Julius Steinthal in Untersuchungshaft stehende Elise Sante ist nunmehr geschlossen und die Anklage erhoben worden. Die Geldin des traurigen Dramas aus der Rostigstraße wird in der am 28. d. M. beginnenden Tagung des Schwurgerichts vor die Geschworenen gestellt werden.

Eine Freisprechung wegen groben Unfugs erzielte der noch jugendliche Tischlergeselle Schreiber vor der 145. Abteilung Amtsgerichts I. Der Angeklagte war im Mai d. J. hier selbst erst zugezogen und besah sich zunächst einmal Berlin. Mit einem Freunde ging er über den Dönhofsplatz, wo ihnen in den Schmuckanlagen der Major Buel vom Garde-Pionier-Bataillon begegnete. Schreiber staunte die blühende Uniform an und flüsterte zu seinem Begleiter: „So'n junger Herr ist schon Major!“, indem er neben dem Offiziere herging. Letzterem war diese Belästigung peinlich und um sie los zu sein, bat er einen Schuhmann, den Begleiter etwas aufzuhalten. Schreiber erhielt dafür ein Strafmandat von 6 M. und beantragte richterliche Entscheidung unter der Begründung, daß er erst ein paar Tage in Berlin war und nicht wußte, daß man Leute auf der Straße nicht ansehen darf. Er wollte dem Offizier nichts zu leide thun und hat auch kein Geld, um die Strafe bezahlen zu können. Der Major bedauerte sehr, daß deshalb sogar das Gericht angerufen wurde, und erklärte, daß er längere Zeit vorher zwar belästigt wurde, aber von diesem Angeklagten nur angefaßt worden sei. Der Gerichtshof konnte hierin auch keine Eldrung der öffentlichen Ordnung finden und sprach deshalb den Bewunderer des Majors frei.

Das Atelier des Malers W. in der Klopstockstraße war an einem Februar-Morgen dieses Jahres der Schauplatz eines blutigen Kampfes. Die Reinigung seiner Wohn- und Arbeitsräume hatte Herr W. der Hüftener-Gebirgs Frau Ziolkowski übertragen. Er hatte sie wegen ungenügender Leistungen entlassen. In dem erwähnten Morgen erschien die Frau in dem Atelier des Herrn W., um mit ihm Abrechnung zu halten. Ihr Ehemann, Stanislaus Ziolkowski stand kampfbereit vor der Thür. Als er drinnen einen Wortwechsel hörte, eilte er hinein, ergriff

ohne weiteres den Maler am Hals und hieb mit der Faust auf ihn ein. Natürlich wehrte sich der Angegriffene, aber er hatte mit zwei Gegnern zu thun. Die Ehefrau J. ergriff zunächst einen Lampenputzler und hieb damit gegen den Kopf des Malers, daß die Scherben herumsflogen und der Getroffene aus vielen Wunden blutete. Dann benutzte sie eine Klopfspeitsche zum Schlagen. Als der Maler am Boden lag, erschien ihm ein Rettungengel in der Person einer jungen Dame, welche in einem durch einen Vorhang abgetheilten Raum des Ateliers Modell gestanden hatte. Kleider hatte sie nicht an, sondern nur eine Decke übergeworfen. Sie eilte dem Maler in thatkräftiger Weise zur Hilfe, indem sie den schweren Fuß einer Lampe ergriff und dies als Wurfgeschloß gegen die die Klopfspeitsche schwingende Frau Ziolkowski benutzte. Die letztere wandte sich nun gegen den neuen Feind, den sie leicht in die Flucht schlug. Das Modell lief, von der Frau J. verfolgt, hülflos die Treppe hinunter. Hierbei hatte es das Unglück, die Decke, die einzige Hülle, zu verlieren. Die junge Dame rettete sich in eine der unteren Wohnungen. Inzwischen war es dem Maler noch schlechter ergangen; Ziolkowski hatte ihn arg zugerichtet. Das kriegerische Ehepaar wurde wegen gemeinschaftlicher schwerer Körperverletzung unter Anklage gestellt und der Ehemann Ziolkowski vom Schöffengericht zu vier, seine Ehefrau zu zwei Monaten Gefängnis verurtheilt. Das Erkenntnis wurde gestern von der siebenten Strafkammer des Landgerichts I. bestätigt.

Bei einem Wirthes wundermüth. Ein Gastwirth hat das Recht, Gästen die ihm nicht passen, die Verabfolgung von Getränken zu verweigern; er ist nicht verpflichtet, jedermann, der sein Lokal besucht, als Gast aufzunehmen. So entschied gestern die 8. Strafkammer des Landgerichts I. unter Berufung auf vorliegende Reichsgericht's Erkenntnis. Der Gastwirth Hauschild betreibt eine Restauration, die fast ausschließlich von Studenten besucht wird. Als eines Abends der Schuhmachermeister Gategast das Restaurationslokal betrat und sich bei einem Kellner ein Glas Bier bestellte, erklärte ihm dieser, daß er nur weiter gehen möge, da ihm nichts verabfolgt werden würde. G. war darüber erstaunt und wandte sich an den Wirth, dieser aber behauptete, daß die Erklärung des Kellners in seinem Auftrage abgegeben sei und forderte den Beschwerdeführer durch eine Handbewegung auf, das Lokal zu verlassen. Herr Gategast strengte wegen dieses Vorfalls die Beleidigungsklage gegen den Gastwirth an, da er es als eine Beleidigung empfand, daß ihm, der sich nicht unanständig benommen und nach seiner Meinung auch nicht unangemessen gekleidet war, die Verabfolgung von Getränken verweigert wurde. Er hatte mit der Klage weder bei dem Schöffengericht, noch bei der Strafkammer Glück. Beide Instanzen waren der Meinung, daß ein Gastwirth das Recht habe, ihm unangenehmen Gästen den Aufenthalt in seinen Räumen zu verweigern und daß eine Beleidigung hierin nicht zu erblicken sei, sobald nicht eine bestimmte Absicht der Beleidigung zu erblicken sei.

Der Wirth sollte dann aber wenigstens Bürger und Arbeiter durch ein Plakat an der Thür warnen, sein Lokal zu betreten.

Das Frankfurter Gewerkschaftskartell ein politischer Verein. Der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells zu Frankfurt a. M., Genosse Trompeter, war seinerzeit vom Schöffengericht zu einer Geldstrafe von 25 M. verurtheilt worden, weil er als Leiter eines Vereins, der öffentliche Interessen verfolgt, die Statuten desselben der Polizei nicht eingereicht habe. Von der Anklage, Frauen im Verein gebildet zu haben, wurde J. freigesprochen. Gegen das Urtheil legten sowohl J. wie die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Der Angeklagte bestritt vor allem, daß das Gewerkschaftskartell als Verein anzusehen sei. Dasselbe hätte überhaupt keine Statuten, seine Angehörigen würden jährlich gewählt und seien Delegirte von Gewerkschaften. Die Strafkammer in Frankfurt trat jedoch der Ansicht des Vorderrichters bei, daß ein Verein vorliege, der gemäß einer gefaßten Resolution bezwecke, die Interessen der in ihm vertretenen Arbeiter gegenüber den Arbeitgebern und dem Staat zu wahren. Der Verein, genannt Gewerkschaftskartell, bleibe bestehen, wenn auch die Mitglieder wechselten. Das Kartell gehe bestimmten politischen Zwecken nach. Sein Vorsitzender hätte innerhalb dreier Tage Statuten bei der Polizei einreichen müssen, wenn auch seitens des Kartells dieselben nicht schriftlich festgestellt seien. Sonach wurde die Berufung des Angeklagten verworfen, während der Berufung der Staatsanwaltschaft stattgegeben und Trompeter zu einer weiteren Strafe von 25 M. verurtheilt wurde mit der Begründung, er habe tatsächlich Frauen in das Kartell aufgenommen und gebildet, d. h. in einem Verein, der politischen Zwecken diene. Trompeter löst die Entscheidung im Revisionswege an, indem er behauptete, die Begriffe „Verein“, „politischer Verein“ und „öffentliche Angelegenheiten“ seien verkannt worden. Der Strafsenat des Kammergerichts wies die Revision zurück. Wenn die Strafkammer das Gewerkschaftskartell für einen Verein mit politischen Zwecken halte, dann sei das durchaus nicht richtig!

Versammlungen.

Die Mißstände in der Leder- und Galanteriewaren-Industrie behandelte H. Sailer in einem Vortrage, der vor den Arbeitern und Arbeiterinnen der genannten Branchen gehalten wurde. Schlechte Arbeitsbedingungen sind besonders vorherrschend bei Lederhans, Simonohn, Schmidt, Heimann und Schülke. Der Redner beklagte, daß von den vorausgesetzten Fragebogen nur ein Theil, und dazu noch mangelhaft ausgefüllt, zurückgekommen ist. Auf Grund dieser Statistik ließ sich feststellen, daß die Werkstattarbeiter, die vielfach noch nach Feierabend im Hause arbeiten, ungefähr 30 M. Wochenverdienst erzielen. Von den Hausarbeitern ist der Lohn auf 15-24 M. angegeben. Der Referent schilderte, daß durch Vereinfachung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für alle Beteiligten sich wesentlich verbessern würden. Die Debatte bewegte sich im selben Sinne; Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Maler. Die Filiale IV. der Maler, Lackierer u. Deutschlands hatte am 1. Oktober ihre Filialversammlung. Die Kollegen Finken und P. Kuntzmann wurden einstimmig in die Fachschul-Kommission delegirt. Weiter wurde bestimmt, daß die Filialversammlungen stets am 1. Dienstag im Monat stattfinden sollen. Kollege Semisch wünschte, daß sich die Kollegen über den für das Jahr 1896 geplanten Streik aussprechen möchten und regt die Frage an, ob derselbe von der Agitationskommission oder der Organisation geleitet werden soll und in der Meinung, alsdann gleich eine Streik-Kommission zu wählen. Zwei Anträge Waldkräm, den Streik von der Filiale aus zu leiten und im Zusammenhang mit dem Malerstreik zu führen, werden angenommen. Dazu sprechen noch Nautenhaus, Guird, Nehring und Link. Letzterer ist der Meinung, schon jetzt die drei Kollegen, welche eventuell gewählt werden, zu nominiren. Es werden darauf die Kollegen Semisch, Nautenhaus und Guird genannt; dieselben sollen in der demnächst stattfindenden kombinierten Versammlung zur Wahl vorgeschlagen werden. Nachdem Nautenhaus noch aufgefodert hat, die Mitglieder zu obiger Versammlung schriftlich einzuladen, ergriff Koll. Link zu seinem Vortrage das Wort. Er fordert von denjenigen, welche für die Organisation agitiren, nicht nur darauf zu sehen, daß recht viele zahlende Mitglieder vorhanden sind, sondern auch, daß die Kollegen sich organisirt fählen.

Lohgerber. Die Streiks in der Lederfabrik von Römer und von Steinlein beschäftigten am 3. d. Mts. eine öffentliche Versammlung der Lohgerber, Lederjuristen und Berufsgenossen, nach einem mit Beifall aufgenommenen Vortrage des

Genossen Mauer über das Thema „Armut und Reichthum und welche Lehre haben wir hieraus zu ziehen?“ Die mitgetheilt wurde, ist in der Römer'schen Fabrik neuerdings ein Streik ausgebrochen. Am 28. September wurden zwei Mann angeblich wegen Arbeitsmangel entlassen. Nach dem ersten Streik hat die Firma Römer den von den Arbeitern geforderten Lohnantrag anerkannt, auch die Bedingung, daß keine Maßregelungen stattfinden dürfen. Dessenungeachtet ist der Tarif nicht inne gehalten worden. Die beiden Entlassenen wurden als gemahregelt betrachtet und nahm der Verband die Sache in die Hand. Die Folge war, daß den Arbeitern der vorerhaltenen Lohn nachbezahlt wurde, aber 6 weitere Arbeiter auf die Strafe verworfen wurden. Daraufhin legten sämtliche Arbeiter die Arbeit nieder, so daß die Firma zum Nachgeben gezwungen wurde. Da die beiden zuerst Entlassenen auf eine Wiedereinstellung verzichteten, sind alle sonstigen Arbeiter wieder eingestellt und ist die Arbeit wieder aufgenommen worden, nachdem sich die Firma zur strengsten Zurückhaltung des Tarifs verpflichtet und auch dem Ausschusse das Recht zugestanden hatte, bei etwaigen Entlassungen die Angabe der Gründe zu verlangen. Das ganze stellt sich als ein Attentat auf die Organisation dar, welches aber durch die Organisation vereitelt worden ist. — Die Situation im Steinlein'schen Streik ist noch unverändert günstig für die Arbeiter. Auch in der vierten Woche des Streiks ist noch keiner der Ausständigen wartelustig geworden. Von anwärts sind 3 Lohgerber zugereist, welche bei Steinlein in Arbeit getreten sind. Dieselben werden jedoch am Ende der Woche die Arbeit ebenfalls niederlegen. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß der Streik bald siegreich für die Arbeiter enden wird, sofern dieselben weiter fest zusammenstehen, woran nicht zu zweifeln ist. Für nöthige Unterstützung wird Sorge getragen werden.

Studenten. Eine öffentliche Versammlung der Studenten, Modelleure und Gipsbildhauer tagte am 3. Oktober in Cohn's Gasthause in der Penthstraße. Schriftsteller H. Schulz hielt einen recht anregenden Vortrag über: „Das Volk und die Kunst“, wofür ihm reichlicher Beifall zu Theil wurde. Den Hauptverhandlungspunkt bildete eine lebhaft besprochene Rede über die durchgängig unhaltbaren Zustände in vielen Werkstätten. Hierzu erging die Mittheilung, daß nur ein kleiner Theil der Kollegen in den 120 Werkstätten in Berlin und der Umgegend sich an den seinerzeit vorgenommenen statistischen Erhebungen betheiligt hat. Das Ergebnis bezüglich der Arbeitszeit war folgendes: In 13 Werkstätten betrug die Arbeitszeit erkl. Personen 10 Stunden; in einer Werkstatt 11 Stunden, in 12 Werkstätten 8 Stunden, in 8 Werkstätten 7 1/2 Stunden, in 5 Werkstätten 8 Stunden, in einer Werkstatt 7 1/2 Stunden. Die Behandlung ist, wie ein Stimmungsbild von der Werkstatt Bieder in Wilmersdorf beweist, eines freien Arbeitsverhältnisses unwürdig. Ebenso regellos, wie die Arbeitszeit, sind die Löhne; diese variiren zwischen 24 und 30 Mark im Durchschnitt; Fälle kamen zur Sprache, in denen bloß 15 Mark verdient wurden. Lebhaftige Klage wurde geführt über Kollegen aus den besseren Ständen, diese übernahmen nach Feierabend noch Arbeit in den kleineren Ständen, wodurch sich hauptsächlich die jüngeren Kollegen empfindlich benachtheiligt fühlen. In betracht aller dieser Mißstände unterbreitete die Agitationskommission der Studenten und Modelleure der Versammlung folgende Resolution: „Die Versammlung erklärt nach Anhören der verschiedenen Ansichten folgendes: In Erwägung, daß die Zustände in unserer Branche ungemein schlecht sind und dieselben vor der Hand nur insoweit beseitigt werden können, als das vor allem eine einheitliche Regelung der Arbeitszeit und Festlegung eines Minimallohnes statzufinden hat, beantragt die heutige Versammlung die Agitationskommission der Modelleure und Gipsbildhauer, alle nöthigen Vorkehrungen zu treffen, um im eventuellen Falle einer günstigen Konjunktur eine Bewegung zur Einführung eines Minimallohnes und Regelung der Arbeitszeit einzutreten. Sämtliche Anwesenden verpflichten sich, soweit sie nicht der Organisation angehören, dergleichen unverzüglich beizutreten, da nur durch kräftige Organisation unsere Forderungen durchzuführen sind.“ Nach kurzer Debatte stimmte die Versammlung der Resolution zu. Zum Schluß richtete Steinarbeiter Winkler nach kurzem Ueberblick über den Steinarbeiterstreik einen Appell an die Versammelten zwecks finanzieller Unterstützung.

Briefkasten der Redaktion.

Saccharin ist ein von Fabrig entdecker Verführungsmittel. Das Wort kommt aus dem lateinischen saccharum = Zucker.

Die Sammelliste Nr. 1084 der Vergolder, welche reichlichweise als verloren bezichtigt wurde, befindet sich in sicheren Händen.

P. L. Derselbe 100. Beträgt der jährliche Mietzins mehr als 150 M., so hört der mündliche Vertrag ohne weiteres mit Ablauf eines Jahres auf. Ist der Mietzins geringer, so ist die Kündigung in Ordnung. — R. Schulke, Frankfurt a. D.

H. Müller, Heuschstr. 30. Sprechen Sie gelegentlich in der juristischen Sprechstunde vor. S. L. W. 12. 10. 1. In 80 Jahren. Wenden Sie sich an das Amtsgericht mit dem Antrag auf Erlass eines Zahlungsbefehls. 2. Rein. 33. 1000. Der Nachlaß haftet für den Mietzins bis zum 1. April 1896.

R. M. 106. W. S. Ja. — Scherling. Ist keine andere Kündigungsfrist vereinbart, so gilt vierteljährliche. Ihr Vertrag besteht, weil er nur mündlich geschlossen ist und einen Mietzins von über 150 M. jährlich beträgt, für die Dauer eines Jahres. Mit Ablauf desselben hört der Vertrag, auch ohne vorausgegangene Kündigung, auf. — W. L. Stralauerstr. Rein.

W. L. 50. Ein Ziegelmacher ist nach richtiger Ansicht Arbeiter, nicht Unternehmer. Verlangen Sie Erhaltung der auf den Unternehmer fallenden Krankenkassen- und Invaliditätsbeiträge vom Unternehmer. — P. M. Wörthstr. Rein.

Streitende 24. In Berlin ist der Schneiderinnung leider das Vorrecht bezüglich der Bezahlung gegeben. — Berlin I. Leider würde Ihnen eine Klage nichts nützen, da das Gericht annehmen würde, es liege ein von Ihnen zu vertretendes Verschwen vor. — O. S. Wenden Sie sich an die Staatsanwaltschaft mit dem Antrag auf Vertheilung der Ihnen zuerkannten 80 M. nebst Kosten. Es haften beide Verurtheilte für's Ganze. — R. Rein.

R. Wendi. Leider besteht eine Frist zur Beantwortung von Eingaben für Behörden nicht. Darüber, daß in Vausachen oft Monate vergehen, ehe eine Zeichnung geprüft und genehmigt ist, wird übrigens bei uns in Berlin noch häufiger wie bei Ihnen geklagt. Sie können lediglich bei der Ausschussbehörde Beschwerde einlegen. — Brüssel 42 R. W. Der Mann hat recht.

H. V. 43. Für Erbschaft der Scheiden, die Kinder unter 7 Jahren geschlagen haben, haftet deren Vater; für solche, die von älteren Kindern geschlagen sind, haften die Kinder selbst. Ob die Scheide verschert war oder nicht, ist gleichgültig. — Pankow 22 W. Ihr Rücktritt war berechtigt. Vom Vorliegen einer strafbaren Handlung kann ganz und gar nicht die Rede sein. — S. J. 200. Die Kosten der Verteidigung hat der Angeklagte selbst zu zahlen. Die Staatskasse hat diese Kosten, sondern auch die dem Angeklagten erwachsenen Auslagen der Staatskasse aufzulegen sind. — L. Ja.

Briefkasten der Expedition.

Für die Familien der im Offener Meinschprozess Verurtheilten gingen bei uns ferner ein:

Gewinn von einem Etablen der drei lustigen rothen Brüder S. 187. 5. Berl. Reichstags-Wahlkreis 500. — Summa 501,87 M. Vereits quittirt 1141,88 M.; in Summa 11916,23 M.

der „historische Kopf“, das zeichnet ihn aus, hat einen Abscheu vor jeder Verallgemeinerung, vor jedem Versuch, Regelmäßigkeit, Gesetzmäßigkeit in der Geschichte zu entdecken; er liebt das Individuelle, das Konkrete, das Persönliche, das Absonderliche; er lebt von der Ausnahme; er ist immer Pragmatiker. Von alledem finden wir bei Engels nichts. Engels liebt die Verallgemeinerung; was er sucht und was er vielleicht allzu rasch zu finden wähnt, sind Gesetze, Entwicklungstendenzen. Und er hat entschieden die Befähigung, ihnen auf die Spur zu kommen; den Blick für das historische Eigenartige eines Zustandes, die Gabe, das charakteristische Moment in einer Erscheinung herauszufinden und die historische Verursachung klarzulegen, die Recht, Nebenstände zu übersehen, Unwesentliches rücksichtslos über Bord zu werfen. Und er weiß, was er will, das bleibt die Hauptsache. Er will die Zustände oder, wie sie ihm erscheinen, die Mißstände, die er beobachtet, als Ausfluß einer ganz bestimmten wirtschaftlichen Organisation, des kapitalistischen Wirtschaftssystems, nachweisen und so dessen Verderblichkeit der Welt vor Augen führen, damit sie sie mit Händen greifen könne. Aber er appellirt nicht etwa an den guten Willen der Menschenfreunde; sie möchten an einer Reform der bestehenden Ordnung theilnehmen. Er sieht vielmehr den Sturm, und zwar den nothen Sturm dieser Ordnung als unvermeidliches Ergebnis der aus dem Kapitalismus selbst hervorgehenden Arbeiterbewegung an. Das hierin einer der Grundgedanken des späteren marxistischen Systems angedeutet ist, werden wir noch sehen. Aber auch nur andeutend. Ja kann in der „Lage“ von der Theorie einer Entwicklung zum Sozialismus, d. h. von dem positiven Theil der marxistisch-englischen Evolutionstheorie nicht mehr als das Gesagte finden. Engels schildert im wesentlichen noch in der „Lage“ das Glend, wie es sieht, wie es empört und wie es zu revolutionären Thaten entflammt und dadurch Geschichte macht. Noch nicht sehe ich, daß er in ihm schon „die Keime einer höheren Gesellschaftsform“ entdeckte, wie es später geschah.

Ich habe ausführlicher bei diesen Jugendwerken von Engels verweilt, weil sie am besten Aufschluß geben über das, was Selbstgeistes an Engels war, was er gleichsam an Sondergut in die spätere Ehe mit Marx einbrachte. Was auch schon nach mancher Richtung hin, zumal bei der zweiten Schrift, der Umgang mit dem älteren Freunde Einfluß ausgeübt haben: im großen ganzen stehen wir doch vor Engels'schem Werke. Das hört nun auf. Schon die nächste Rundgebung, das kommunistische Manifest, ist das gemeinsame Werk von Marx und Engels, und tritt als solches auch äußerlich auf. Von hier an, seit dem Jahre 1847, datirt also die Entstehung des „Marxismus“, als die Rosettsteinleistung von Marx und Engels. Wollen wir auch dann den Versuch machen, den Engels'schen Spuren in dem gemeinsamen Werke nachzugehen: immer müssen wir erst dieses, als ein Ganzes, als Einheit, unserem Verständnis näher gebracht haben, sonst ist jedes Wort verloren.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Sonnabend, den 5. Oktober.
Spernhaus. (Kroll's Theater.)
Dänkel und Gretel. Phantase im Bremer Rathshaus.
Schauspielhaus. Othello, der Mohr von Venedig.
Deutsches Theater. Die Mütter.
Berliner Theater. Penthesilea.
Festung-Theater. Gräfin Fräulein.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
Die Reise nach dem Mars.
Neues Theater. Festa a Marina.
Cavalleria rusticana.
Schiller-Theater. Dinah, der Narr.
Residenz-Theater. Der Rabenvater.
Vorher: Aber die Ehe!
Adolph Ernst-Theater. Paradebummel.
Central-Theater. Eine tolle Nacht.
Alexanderplatz-Theater. Ein Kind der Liebe. Vorher: Wahn und Wahnsinn, oder: Sie ist wahnsinnig.
National-Theater. Die Räuber.
Theater Unter den Linden. Die Chansonette. Burkenliebe.
American-Theater. Bulgarien in Berlin. Die Millionenerbin von Rixdorf.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.)
Sonnabend: Dinah der Narr.
Sonntag Nachm.: Die Journalisten.
Abends: Der zerbrochene Krug.
Die jährlichen Verwandten.

Adolph Ernst-Theater.
Zum 33. Male:
Paradebummel.
Besetzung der Hauptrollen:
Anna Bäckers, Josefine Dora, Ida Schläter, Adolph Ernst, Julius Eymen, Hugo Gäßler, Richard Jürgas, Guido Zielscher, Karl Weiß, Georg Wortsch.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kein Aufgeld.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater.
Alte Jakobstr. 30.
Emil Thomas a. S.
Kovität! Zum 32. Male: Kovität!
Eine tolle Nacht.
Große Ausstattungsposte mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Wilh. Mannsädt und Julius Freund.
Musik von Julius Einödshofer.
In Szene gesetzt v. Dir. Richard Schultz.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Zum 33. Male: Eine tolle Nacht.

National-Theater.
Große Frankfurterstraße 132.
Direktion: Max Samst.
Nur 2 Aufführungen:
Volksvorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Gastspiel des Herrn Oskar Krüger vom Hoftheater zu Braunschweig.
Die Räuber.
Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich von Schiller.
Regie: Max Samst.
Karl Moor Herr Oskar Krüger a. S.
Morgen: Wilhelm Tell.
Nachmittags 3 Uhr: Othello.

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater
25/26. Chausseestr. 25/26.
Vorletzte Woche
des Gastspiels der Liliputaner.
Heute 2 Vorstellungen.
Nachmittag 3 Uhr:
Schneewittchen und die 7 Zwerge.
Abends 7 1/2 Uhr:
Die Reise nach dem Mars.
Sonntag nachm. 3 Uhr und abends 7 1/2 Uhr: Die Reise nach dem Mars. — Kinder nachmittags halbe Preise.

Der größte Tip!!
war's, das
Mannweib
zu engagieren.
Mlle. Mary Arnotis
Das schöne Modell
1 Weib gegen 7 Männer
jeden Abend 9 1/2 Uhr.
Kaufmann's
Variété-Theater
Königstrasse, Kolonnaden.
Ferner 18 Capacitäten.

Urania

Anstalt für volkstümliche Naturkunde.

Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 5-10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
Näheres die Anschlagzettel.

Passage - Panopticum.
42 Mädchen vom andern Ende der Welt (Samoa).



Castan's Panopticum.
Friedrichstr. 165.

!Salambo?

Kaiser-Panorama
(Passage).
Letzte Woche: H. Cyc. Krieger feste, Kanal, Hamburg. Neu! Hochinteressant: Die Krieger in Mex und an den Feldengräbern. Eine Reise nur 20 Pf. Abonnem. u. Vereins-Billets.

Feen-Palast
Surg- u. Wolfgangstr.-Ecke.
Direktion: Winkler u. Fröbel.
Zum 1. Male in Berlin.
Die tollkühnen Hometen der Luft
Stephan u. Olivier fliegendes Trapez.
Paradebummel
Berliner Volkstypen dargestellt v. Wilh. Fröbel, sowie die mit unbeschreiblich Erfolg aufgenomm. 18 neuen Glanznummern.
Anfang: Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr. Entree 30 Pf.

Walhalla-Theater.
Oranienstr. 52, Moripl. neb. Berthelm.
Alfred Bender.
Poffe, Operette, Spezialitäten.
Ein Parvenü. Weibl. Maitäfer.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Alcazar.
Variété- u. Spezialitäten-Theater.
Dresdenerstr. 52/53, Anenstr. 42/43 (City-Passage).
Vornehmster Familienaufenthalt!
Ganz neues Spezialitäten-Programm.
Wer ist der Vater?
Poffe von Anno. Musik von Grimm. Regie: E. Stempel.
Auf. Wochent. 8, Sonntags 6 Uhr. Entree 10 Pf., 30 Pf.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Direktion: R. Winkler.

Die Solisten der beliebtesten
Stettiner Sänger
Meyzel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader)
Singen jetzt statt:
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Konzerthaus Sanssouci
Kottbuserstr. 4a.
Jeden Montag und Freitag:
Victoria-Brauerei
Lützowstrasse 111/112.
Jeden Dienstag:
Böhmisches Brauhaus
Landsberger Allee.



Paster's Festsäle
Neue Königstr. 7.
Mein Saal mit Nebenräumen noch einige Sonnabende zu vergeben. [8891L]
Vier Mark kosten 2 Kabinett- und 12 Visitenkarten bei Böhm, Lindenstr. 43, gegenüber der Zimmerstraße.

Voranzeige. Circus Renz.

Bei meiner diesmaligen Wiederkehr ist es mit einer ganz besondere Ehrenpflicht, dem hochgeehrten Publikum der Haupt- und Residenzstadt Berlin meinen Dank und die traditionelle Anhänglichkeit meines Hauses zu betätigen, da es im Laufe dieser Saison fünfzig Jahre werden, daß der Circus Renz von der Gunst und dem Wohlwollen Berlins getragen, seine Vorstellungen hier gibt. Daß nun diese freundliche Zuneigung, deren sich in erster Reihe mein seliger Vater siebenundvierzig Jahre hindurch zu erfreuen hatte, in den letzten Jahren in gleichem Maße auch auf mich übertragen wurde, zwingt mich zu noch größerer Dankesäußerung. Da ich diese nun nicht in einfache Worte kleiden will, habe ich keine Opfer gescheut, sie durch die That zu bekräftigen, indem ich außer der baulichen Verschönerung des Circus durch Anlage eines komfortablen Foyers und Festsaales auch die bedeutendsten Repräsentanten aller circensischen Künste, die nur heranzuziehen möglich waren, in meine Gesellschaft eingereicht habe, um damit eine fortlaufende Reihe abwechslungsreicher und künstlerisch gediegener Vorstellungen zu schaffen. Ich gebe mich nunmehr der schmeichelhaften Hoffnung hin, mir mit dieser Form des Dankes auch das fernere Wohlwollen des hochgeehrten Publikums erringen und bewahren zu können und empfehle mich mit vorzüglichster Hochachtung ergebenst
Franz Renz, Direktor,
Königl. Preuß. Kommissionsrath.

Nur noch kurze Zeit!
Circus Jansly-Leo.
Friedrich Karl-Ufer.
Sonnabend, den 5. Oktober, abends 8 Uhr:
Grand Soirée equestre.
Doppel-Ringkampf:
Pohl-Maximil. Wanke und Herrn **Oscar Lau.**
Morgen, Sonntag: 2 gr. Vorstellungen. Nachmittags 1 Kind frei.

Nur noch 5 M.
kostet mein als die beste anerkannte Concert-Ziehharmonika
„Germania!“
35-37 cm groß, 10 Tasten, 40 Stimmen, 2 Register, 2 Bässe, 2 Jubalier, 2 Doppelbälge (3 Bälge) mit Nadelklappen, 2 Schräge Orgelstimmen, offene Nickelklaviatur, Stimmen fast unzerbrechlich
Prachtinstrument. Worth das Doppelte.
Schule zum Selbsterlernen gratis. Versandt gegen Nachnahme. Porto 80 Pf. Preisliste gratis und franko.
Robert Husberg, Musik-Export-Haus,
Neuenrade in Westfalen.
NB. Die Instrumente, welche von Konkurrenten zu 5 Mark angeboten werden, liefern ich schon für 4 1/2 M.

Butter und Käse
empfehlen Freunden u. Genossen billigt
Weberstr. 16 und Gerichstr. 31.



versendet eine gut gearbeitete
Concert-Zugharmonika
m. prachtvollem Orgelton, 10 Tasten, offener Nickelklaviatur, 50 starken Stimmen, 3fachem 11faltigem Doppelbalg, Balgfalten m. vernickelten Stahlblech-Schutzdecken, 2 Registern und Doppelbässen zu 8 M. 50 Pf. Dieselbe Harmonika mit 8 Registern und 70 starken Orgelstimmen zu dem billigen Preis von 8 M. Meinen neuen prachtvollen buntillustrierten Katalog versende ich an Jedermann umsonst und postfrei. Eine Schule zum Selbsterlernen mit Tänzen, Märschen und Liedern gebe zur Harmonika gratis.

Empfehle den Genossen meine Restauration, sowie Zahlstelle der Metallarbeiter. Frühstücks, Mittag- u. Abendessen zu 11. Preisen. Auch ist ein Vereinszimmer zu vergeben. 545b
Petit Jean, Brangelstr. 4.
Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich an heutiger Lage in der **Zwinnmünderstr. 120** ein Weis- u. Baisfabrik-Lokal eröffnet habe.
O. Bachgänger.
5676f

Unserem Freunde und Schriftgenossen
Eugen Stern zu seiner heutigen Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.
570b D. Malje. B. Kesse.

Todes-Anzeige.
Am Mittwoch, den 2. d. M., abends 6 1/2 Uhr, starb meine liebe Frau und treue Genossin
Helene Schimansky geb. Jungmann
nach kurzem, aber schwerem Krankenlager an der Bauchfell-Entzündung. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 6. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle in Adlershof statt.
Hermann Schimansky.

Am 1. d. M. verstarb nach kurzem Krankenlager unser braver Kollege, der Schloffer
Christian Brüstle.
Sein Andenken bleibt in Ehren. Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 3 Uhr von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofes Prinzen-Allee aus statt.
Die Kollegen der Firma Leander.

Heute Abend 6 Uhr erscheint:
Junker und Pfaffe.
32 Seiten, reich illustriert, Preis 10 Pf.
Zu beziehen durch alle Partei-Buchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungs-Spediteure, sowie vom Verlag: **Hans Baake,** Berlin S., City-Passage.

Aneas-Bowle
ausgezeichnet, à Fl. 60 Pf., 10 Fl. 5,50 M. inkl.
Johannisbeerwein, herb à Fl. 60 Pf., Dessertwein, süß 75 Pf.
Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-Saft, vorzügl., Liter 1,20 M.
Alter Portwein u. Madeira, à Fl. 1,50 M., 10 Fl. 13,50 M. inkl.
Medicin. Ungarwein, beste Qualität, à Literflasche 2,10 M.
empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin
Eugen Neumann & Co.,
6a Bellealliance-Platz 6a. 81 Neue Friedrichstrasse 81.
8 Oranienstr. 8. 29 Genthinerstr. 29. Potsdam, Waisenstr. 27.

Nordhäuser, Liköre, Cognac, Rum, Ungarweine!
Ein kleiner 5 Pf. **Carl Schindler, Str. 1 M.**
alter 55. Chaussee-Strasse 55. Fl. 1 M.

Im Verlage der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Herz & Co. in Hamburg ist soeben erschienen:
Der
Neue Welt-Kalender für 1896.
Zwanzigster Jahrgang.
Inhalt:
Kalendarium. — Volkswesen etc. — Zwölftägiger Kalender. — Trachtbild- u. Wirtshaus-Kalender. — Sterbefälle im Deutschen Reich im Jahre 1895. — Deutsche Auswanderer 1895-94. — Rückblick. — Wesseln und Warten. — Im Kreislauf des Jahres. — Ein Wärtcher. — Erzählung von Robert Schweißel (mit Illustrationen). — Ganerz und arme Leute zur Zeit der deutschen Reformation. Von Hansfried Wittich. — Ein Bild aus dem Sondershäuser Friedhof. Von W. Siebent. — Am Meer. Gedicht von Jemmo Galm. — Johanna's Erfahrungen. Erzählung von Ulke Sanger (mit Illustrationen). — Allerlei Geschichtliches und Sozialwissenschaftliches über die Japaner. Von Bruno Geiser. — Die Schlacht am Morgarten. Gedicht von Rob. Schweißel (mit Illustration). — Das Licht der Zukunft. Von Dr. G. Bur (mit Illustrationen). — Die Gesundheitspflege des Kindes. Von Dr. Smoboda. — Jüdische Höhen u. Tiefenverhältnisse. Von G. Hallenbock (mit Illustration). — Das neue Reichslandgebäude. Von L. Schinoff (mit Illustrationen). — Ein Rabiner Kriegsgeschichte. Von M. Wittich. — Die gute, alte Zeit. Eine naturhistorische Skizze von H. Volter. — Saat und Ernte. Gedicht von Jemmo Galm. — Aus der Geschichte der preussischen Volksschule. Von Hauermann. — Ein Sohn des Volkes. Von W. Siebent (mit Verzicht). — Die drei Rösser. Russische Volksparabel, erzählt von H. Brandt. — Wir sind nicht fremdbüßig. Gedicht von H. M. — Fliegende Blätter. — Rätsel etc. etc.
Giezu vier Kupfer:
Sambenlopf. — Das Lied der Skandin. — Japanische Mädchen bei der Tee-Emte. — Renovierungsversuche.
Ein farbiges Bild: Verlassen (mit Gedicht). Ein Wandkalender.
Preis 40 Pfennig.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung des „Vorwärts“.

Reell und billig
kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von W. Hitzshko, gegr. 1872, Staligerstr. 13, Ecke Admiralstraße, am Kottbuser Thor. 18878*

Herrn-Hüte 1,25
Knaben-Hüte 85 Pf.
neueste Façons verkauft das Fabrik-Comptoir, jetzt Barnimstr. 4 u. 5 I Sonnabends geöffnet bis 10 Uhr abends

Franz Starosson,
Barbier u. Friseur,
Prinzen-Allee 5-6, empfiehlt sich.
2 Vereinsz. zu 80 u. 20 Pers., auch zu Festlichkeit zu verg. Schützenstr. 18/19.

Ein Etui-Arbeiter,
welcher in Schmuck- und Schaufensterarbeit tüchtig ist, wird gesucht. **Hugo Reimers,** Etuifabrik, Gothersgade 48, Kopenhagen.

Ich habe mich
Mit Roabit 77, 1, Ecke Jagowstr. als praktischer Arzt niedergelassen.
8-9, 4-5. **Dr. Georg Steinitz.**
550b

Freiwillige Versteigerung.
Wegen Todesfall werde ich am Mittwoch, den 9. Oktober, vormittags 10 Uhr, auf dem Grundstück Schornstraße 4 die Werkzeuge eines Selbstgebiere- u. Gärtlergeschäfts, darunter: 3 Drehbänke, 1 Schleifanlange, fünf Schraubstöcke, 1 Schnitt-, 1 Posten Modelle für Thür- und Fensterbeschläge, mehrere Duzend Formeln, 1 Posten diverser vorräthiger Waaren, 1 Dezimalwaage, 1 Handwagen und verschiedene andere Sachen öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigern. 83902*
Potsdam, den 2. Oktober 1895.

Kohlbach,
Gerichtsvollzieher in Potsdam.
Abbruch Gipsstr. 5 und Malackstraße 37 ein großer
Posten Brennholz billig
im Detail zu verkaufen.
Muschelmöbel spottbill. verl. Juvallienstraße 157, II. I.

Arbeitsmarkt.
Achtung!
Parquetbodenleger!
Die Kollegen der Firma **Rosenfeld & Cie.** haben wegen Lohn-differenzen die Arbeit niedergelegt. Bezug auch nach dem Neubau **Schulhaus in Wilmersdorf** ist strengstens fernzuhalten. 76/17*
Die Werkstatt-Kontrollkommission d. Deutschen Holzarbeiter Verbandes.
Kravatten-Guden- und Schilder-arbeiterin verlangt Tschepe, Landsbergerstraße 120. 5616

Möbel,
gebrauchte und neue in größter Auswahl in **Hoppe's Möbelspeicher, Prenzlauerstr. 37,** am Alexanderpl. Plüschgarnituren, Kleiderkabin., Wäschespinden, Sophas, Marmortabletten etc. Ein großer Vorrat gebrauchter Möbel spottbillig. Besonders für Zimmervermieter und Brautleute. 8295L*

Stellung sucht
Kaufmann, 29 Jahre, Parteigenosse, mit Zeugnis der Prima, in der Redaktion eines Partei-Organs oder sonstige. Offerten unter **P. 62 a. d. Exp. d. „Vorwärts“.** 568b

Ein Etui-Arbeiter,
welcher in Schmuck- und Schaufensterarbeit tüchtig ist, wird gesucht. **Hugo Reimers,** Etuifabrik, Gothersgade 48, Kopenhagen.

Stellung sucht
Kaufmann, 29 Jahre, Parteigenosse, mit Zeugnis der Prima, in der Redaktion eines Partei-Organs oder sonstige. Offerten unter **P. 62 a. d. Exp. d. „Vorwärts“.** 568b

Stellung sucht
Kaufmann, 29 Jahre, Parteigenosse, mit Zeugnis der Prima, in der Redaktion eines Partei-Organs oder sonstige. Offerten unter **P. 62 a. d. Exp. d. „Vorwärts“.** 568b

Stellung sucht
Kaufmann, 29 Jahre, Parteigenosse, mit Zeugnis der Prima, in der Redaktion eines Partei-Organs oder sonstige. Offerten unter **P. 62 a. d. Exp. d. „Vorwärts“.** 568b

Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Reichstags-Fraktion.

(Schluß)

Die sogenannte Finanzreform, die bereits im vorhergehenden Jahre vom Reichs-Finanzminister Dr. Miquel vorgelegt und vom Reichstage abgelehnt worden war, kam in dieser Session in kleiner Ausgabe wieder. Die Annahme der Militärvorlage von 1893 fordert ihre Opfer. Anstatt 100 Millionen neuer Steuern wurden zwar diesmal nur etwa 92 Millionen Mark gefordert, welche durch eine neue Tabaksteuer gedeckt werden sollten. Aber die Beschaffung neuer Einnahmen in der Höhe von 100 Millionen Mark wurde als „unbedingte Nothwendigkeit“ bezeichnet. So wie im Vorjahre bezweckte das Gesetz betr. die anderweitige Ordnung des Finanzwesens im Reich in erster Linie, die Einzelstaaten unabhängig von den mehr oder minder großen Einnahmen, die das Reich an Zöllen und Verbrauchssteuern hat, zu machen. Nach Artikel 70 der Verfassung haben die Einzelstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung ein Defizit zwischen Einnahmen und Ausgaben des Reichs durch Matrikularbeiträge zu decken. Dafür erhalten sie jährliche Ueberweisungen, nämlich auf Grund des vom Abgeordneten von Brandenstein 1879 gestellten und zum Gesetz erhobenen Antrages, der sog. Klausula Frankenstein, diejenigen Erträge der Zölle, der Tabaksteuer und (seit 1887) der Brauwasserabgabe, welche die Summe von 100 Millionen Mark in einem Jahre übersteigen. Die unablässig und außerordentlich wachsenden Mehrausgaben des Reichs für den Militarismus hatten von Jahr zu Jahr die Ansprüche an die Einzelstaaten gesteigert, so daß bis 1892/93 die Matrikularbeiträge bedeutend übersteigenden Ueberweisungen allmählich immer geringer wurden und schließlich zu steigenden Mehrzahlungen der Einzelstaaten an das Reich führten. Zudem das Finanzreform-Gesetz die Einzelstaaten nur verpflichtet will, denjenigen Betrag an das Reich zu zahlen, den sie überweisen erhalten, macht es dieselben unabhängig von der Steigerung der Reichsausgaben. Ein Defizit im Reichshaushalt-Gesetz wird dann nicht mehr von den Einzelstaaten gedeckt; diese aber bringen ihre Einnahmen zumeist durch direkte Besteuerung zusammen, welche die ärmere Bevölkerung nicht so drückend belastet als die gerade auf die unbemittelten Schichten am schwersten drückenden indirekten Steuern, durch welche das Reich seine Einnahmen sich schafft. Die Finanzreform würde also zum Erfolg haben, daß jedes Defizit im Reichshaushalt durch Vermehrung der Reichssteuern gedeckt werden würde. Da aber eine progressive Reichs-Einkommensteuer den hartnäckigsten Widerstand bei der Reichs-Finanzleitung wie bei den Parteien des Großkapitals findet, deren Patriotismus stets nur bis zum Gelddruck reicht, so würde jedes Reichsdefizit, jede Vermehrung der Ausgaben, nur durch neue indirekte Steuern gedeckt werden, welche am allerdrückendsten die besitzlose Klasse belasten. Eine Probe solcher Finanzkünste bot die Tabaksteuer-Vorlage. War dieselbe auch gegen die des Vorjahres von 45 auf 82 Mill. M. Mehreinträge zurückgeschraubt, so bot sie doch nichts weiter als eine außerordentlich hohe und drückende Belastung derjenigen Zigarren, die von der ärmeren, d. h. also arbeitenden Bevölkerung geraucht werden. Die Steuer, welche für alle Zigarrensorten ohne Unterschied der Qualität, 25 pCt. für Rauch-, Schnupf- und Kantabak 40 pCt. des Fabrikpreises betragen sollte, muß ja, gerade wegen ihrer gleichmäßigen Höhe, denjenigen am schwersten treffen, dessen Einnahmen nach Pfennigen zählen. Die 4 Pf.-Zigarre, deren Preis auf 5 Pf. gesteigert worden wäre, hätte gar nicht mehr hergestellt werden können, die bisherige 5 Pf.-Zigarre wäre auf 6 Pf. gestiegen, der Konsum dadurch vermindert und, wie selbst die Tabakfabrikanten erklärten, infolge dessen ein Heer von 30 000 Zigarrenarbeitern brotlos gemacht worden. Graf Posadowsky hatte den Tabak als einen reinen Luxusartikel bezeichnet; mit Recht wurde ihm von einem unserer Fraktionsredner entgegnet: „Es muß im Lande peinlich berühren, wenn man hört, wie hier über einen so bescheidenen Genuß der erwerbsfähigen und arbeitenden Bevölkerung, die in Feierabendstunden eine Zigarre oder ein Pfeifchen raucht, oder des Sonntags diesen bescheidenen Genuß sich gönnt, verhandelt wird.“ Daß das Tabakmonopol die Folge der Annahme dieser Vorlage sein würde, durch die außerdem alle die vielen kleinen Fabrikanten, die gerade in der Zigarrenindustrie existieren, ruiniert würden, ja, daß die Vorlage dies bezwecke, um das Monopol vorzubereiten, wurde ebenfalls von unseren Fraktionsrednern dargelegt. Die rege Agitation, welche die Tabakarbeiter in ganz Deutschland entfachteten, rüttelte die Bevölkerung auf; Petitionen gegen die Tabaksteuer mit mehr als 1 Million Unterschriften gingen dem Reichstage zu, und da sich auch die Fabrikanten, die eine Erhöhung ihres Einkommens befürchteten mußten, regten und die ihnen nahe stehenden Parteien unterstützten, wurde die Tabaksteuer-Vorlage in der Kommission wie im Reichstage bei der zweiten Lesung in allen ihren Theilen abgelehnt; dafür stimmten nur die Konservativen, Freikonserwativen und ein Theil des Zentrums wie der National-Liberalen. Daß die Hoffnungen der Regierung nicht für immer begraben zu sein brauchen und daß zur Auferstehung einer solchen Volksbelastung der „nationale Patriotismus“ dienen soll, sprach der konservative Abgeordnete v. Kardorff offen aus, indem er beim Begräbnis der Tabaksteuer-Vorlage erklärte: „So zerrissen in Parteien, wie dieser Reichstag ist, wird sich, glaube ich, kaum jemals ein anderer Reichstag zusammenfinden. Dazu habe ich ein zu gutes Vertrauen zum deutschen Volk; es wird sich daraus befinden, daß das Schlimmste ist, was einer Nation passieren kann; und es wird dahin drängen, daß diejenigen Parteien, welche den nationalen Gedanken vertreten, mal wieder eine Majorität im Reichstage erhalten; und dann wird vielleicht auch die Tabaksteuer-Erhöhung kommen, mögen Sie wollen oder nicht.“

Das arbeitende Volk möge dafür sorgen, daß diese Hoffnung der „Patrioten“, die Ausgaben des Reichs den Verarmten im Lande aufzuhallen, zu schanden wird.

Die Finanzreform war schon in der Kommission begraben worden und kam nicht mehr vor den Reichstag.

Einige Volksbelastungen zu Gunsten der „Patrioten“ durchzuführen, gelang diesen aber doch. Gleich bei Beginn der Session hatte der Abgeordnete Pasasche in Verbindung mit anderen national-liberalen Abgeordneten, denen die Interessen der Zuckerrückstände am Herzen liegen, die Regierung interpellirt, welche Maßregeln die Regierung in bezug auf eine Abänderung des Zuckerverkehrs-Gesetzes zu ergreifen gedenke. 1891 hatte der Reichstag mit Ach und Krach ein Gesetz zu Stande gebracht, durch das die auf Kosten der deutschen Bevölkerung und der Reichskasse den Zuckerrückständen zugewendeten Ausfuhrprämien etwas und allmählich vermindert und die bisherige indirekte in eine direkte Prämie verwandelt wurde, die am 1. August 1895 von 1,25 M. auf 1 M. sinken, dann aber ganz aufgehoben werden sollte. Bis dahin wurden selbst bei diesen Steuererhöhungen die etwa 400 in Deutschland bestehenden Zuckerrückstände eine Exportprämie von

500 Millionen Mark erhalten, eine Prämie, die es bekanntlich zu wege gebracht hat, daß einige Fabriken 80, ja 50 und 60 pCt. Dividende vertheilen konnten. Eine natürliche Folge der kapitalistischen Produktion war es, daß sich, angelockt durch diese auf Kosten des Volkes gezahlten Zuschüsse die Zuckerrückstände und der Rübenbau so ausdehnten, daß der Markt übersättigt wurde, infolge dessen der Preis des Zuckers sank, zumal das Ausland die Prämienwirtschaft nachmachte. Graf Posadowsky, der zugab, daß diese „rein sachlich betrachtet etwas weltwirtschaftlich Verkehrtes“ ist, erklärte bereitwillig seine Hilfsbereitschaft, um den Nothstand der Zuckerrückstände zu beseitigen, natürlich im Interesse der „nothleidenden Landwirtschaft oder des Kleinbauern“. Unsere Fraktionsredner wiesen nach, wie gerade der kleine Bauer von den Zuckerrückständen miserable Preise erhält und sich oft ganz bedeutende Abzüge gefallen lassen muß, die an Prellerei grenzen, dabei sind die Löhne der Arbeiter in den Zuckerrückständen sehr niedrig, die Arbeitszeit lang, die Behandlung eine menschenunwürdige, wie auch die Berichte der Gewerbe-Inspektoren zugeben. In den Provinzen, in denen die Zuckerrückstände ihre angeblich segensreiche Thätigkeit entfaltet hat, ist eine Verkünderung der Bevölkerung eingetreten; polnische Arbeiter mit leider noch so geringen Lebensansprüchen werden in Scharen herbeigezogen, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen in einer Weise ausgebeutet, daß erst das Gesetz einschreiten mußte, um sie wenigstens etwas zu schützen. Der Zucker, der ein Volksernährungsmittel sein sollte, wird der ärmeren Bevölkerung durch die jetzt auf ihm lastenden 18 Pf. per Kilogramm so vertheuert, daß er als Luxus gilt, während auf unsere Kosten das Ausland, besonders England, den steuerfreien und noch durch die Exportprämie verbilligten Zucker erhält. — Im Mai 1895 brachte, entsprechend den Wünschen der Zuckerrückstände, die Regierung einen Gesetzentwurf ein, durch den die Prämien in der alten Höhe von 1,25 M. per 100 Kilogramm bis 31. Juli 1897 belassen wurden. Abermals kämpfte unsere Fraktion dagegen an; unser Redner wies nach, daß wir damit den Standpunkt vertreten, den die Reichsregierung 1891 einnahm, daß diese damals sogar sofort auf 1 M. Prämie herabgeben wollte, das Ausland in der Zwischenzeit ebenfalls seine Prämien indirekt herabgesetzt und der Kleinbauer gar keinen Nutzen von der ganzen Industrie ziehe. Der jetzige preussische Landwirtschaftsminister, von Hammerstein-Bozien, habe, als er noch im Landwirtschaftsrath saß, offen erklärt: „Da, wo die Zuckerrückstände-Industrie herrscht, wird kaum der Bauerland dauernd zu erhalten sein, wenigstens nicht der Kleinbauer.“ Daß nichts! Das Gesetz wurde mit 191 gegen 45 Stimmen angenommen! Die Profitpatrioten hatten gesiegt!

Auch eine Brauwassersteuer-Vorlage wurde angenommen, vorgebildet im Interesse der kleinen Brenner, in Wirklichkeit in dem der Grobbrenner, zu denen die ostelbischen Junker hauptsächlich gehören. Die kleinen Brenner bekamen einen großen neuen Liebesgaben, damit sie nicht dagegen murren, daß die Junker die Millionen einstecken. Die 40 Millionen Mark Liebesgabe, welche den Brennerreien seit dem Gesetz von 1877 jährlich zufließt, und zwar mit 87 Millionen Mark an 3876 große Brennerreien und mit 3 Millionen Mark an 19 257 kleine, sowie die indirekte Exportprämie, welche die deutschen Brennerreien erhalten, haben, wie die Zuckerrückstände nur bewirkt, daß die Produktion der Getränke überstieg, zumal auch hier, wie beim Zucker, das Ausland selbst immer mehr produzierte, so daß Deutschlands ein bedeutender Export an Spiritus fast gänzlich verschwunden ist. Die Vorlage wollte durch eine neue, offene Exportprämie helfen, diese aber nicht von der Liebesgabe nehmen, sondern eine neue Brennsteuer von 6 M. per Hektoliter einführen, die allerdings den kleinen Brenner weniger als den großen, den Brauwassertrinker aber in ganzer Höhe trifft. Zu den 186 Mill. Mark Brauwassersteuer und 40 Millionen Mark Liebesgabe, die jetzt schon von der ärmsten Bevölkerung — denn nur diese trinkt Brauwasser — gezahlt werden, kommen nun noch an 12 Millionen Mark Brennsteuer, um die der Brauwassertrinker vertheuert wird. Unser Fraktionsredner wies nach, wie gemeinschädlich diese Besteuerung wirke und nur der Grobbrenner Nutzen von ihr ziehe, daß ferner die süddeutschen genossenschaftlichen Brennerreien, die gerade kleinen Landwirthen gehören, schwerer davon betroffen werden als die Grobbrennerreien der Junker, auch der Preis des denaturierten Spiritus zu Brenn- und technischen Zwecken vertheuert wird, aber es gelang uns nur, die Eiszugfabrikation gegen diese neue Steuer zu schützen. Die „nationalen Patrioten“ Orlébiens und ein Theil des Zentrums nahmen diese neue Belastung der ärmeren Volksschichten in der letzten Sitzung des Reichstags „als Abschlagszahlung“ an.

Auch eine Novelle zum Zolltarif war den Agrariern zu Liebe eingebracht. Den „nationalen“ Waldbesitzern ward durch Verschärfung der zollfreien Holzeinfuhr im Grenzverkehr eine Liebesgabe gewährt, der ausländische Honig, der in der Pfefferkücherei verbraucht wird, vertheuert, in der trügerischen Hoffnung, dem deutschen Bienenhonig höhere Preise zu sichern, obwohl dieser gar nicht zu diesen Zwecken verarbeitet werden kann, und das amerikanische Baumwollsaamen-Oel mit 10 M. per 100 Kilogramm Zoll belastet, wodurch die Margarine und das Speisefett, die Nahrungsmittel der ärmsten Bevölkerung, die sich Butter nicht kaufen kann, vertheuert wird. Auch hier kämpften unsere Fraktionsredner bei jeder Position gegen die nationale Profitwuth, die selbst vor den Nahrungsmitteln der Verarmten nicht halt macht; aber auch hier vergeblich.

Zu Verbindung mit der Zolltarif-Novelle war eine laienliche Verordnung beraten und gegen unsere Stimmen angenommen worden, durch welche ein hoher Zollzuschlag für die aus Spanien und den spanischen Kolonien kommenden Waaren gefordert wurde, eine Folge des Zollkrieges, der von deutscher Seite besonders lebhaft geführt wird, seit Spanien den deutschen Spiritus unserer ostelbischen Junker nicht mehr ins Land läßt, sondern seinen Bedarf an Spiritus zum Verschneiden der Weine theils selbst, theils aus Schweden deckt.

Feiner war mit der Verathung dieser Zollnovelle diejenige eines Antrages verbunden, welchen Freiherr v. Stumm zwar erst am 18. Januar 1895 stellte, so daß der Antrag noch der Geschäftsordnung auch erst an allerletzter Stelle sämtlicher Anträge, d. h. also gar nicht zur Verathung hätte kommen können; der Präsident v. Pöschow aber meinte, daß der Antrag als eine Resolution zur Zolltarifnovelle zu betrachten sei und stellte ihn sofort zur Verhandlung. Der Antrag stammte von dem Fraktionsredner Cuebrachholz und die daraus hergestellten Extrakte und Präparate, sowie auf andere überseeische Gerbstoffe. Ein früherer antisemitischer Antrag hatte bereits einen Zoll von 10 M. pro 100 Kilogramm Cuebrachholz verlangt. Durch diesen Zoll sollen die Interessen der deutschen Eichenhäutebesitzer gewahrt werden, indem diesen das billige Cuebrachholz ein unbequemeres Gerbstoffkonkurrent ist. Thatsächlich ist aber unsere deutsche Lederindustrie nur durch diesen billigen Gerbstoff groß geworden und würde nun theil verarmt, besonders in bezug auf ihre Exportfähigkeit, wenn wir durch einen besonderen Zoll die Benutzung vertheuern und so verbinderten. Unsere Fraktionsredner wiesen dies mit aller Schärfe nach, die Lederarbeiter aller Berufe schlossen sich unseren Protesten an, in allen Zentren der Leder- und Leder-

verarbeitungs-Industrie hielten wir Protestversammlungen gegen diesen geplanten Zoll ab; die Mehrheit des Reichstags aber nahm im Interesse einer kleinen Kapitalistengruppe die Resolution an und schloß nur die zur Färberei verwendeten überseeischen Gerbstoffe aus.

In den Debatten im Plenum wie in den Kommissionen und an den Artikeln der „nationalen, patriotischen“ Presse konnte man merken, wie unbehaglich den Gegnern unsere Opposition war, durch welche dem Volke gezeigt wurde, daß dieser angebliche Patriotismus nichts ist als ein Decumantel für die Ausplünderung der Beschloßen durch Steuern, Zölle und Liebesgaben.

Und da diese Opposition der Sozialdemokratie seit Jahren mit sachkundiger Schärfe geführt wird, lauerten die Vertreter kapitalistischer Interessen nur auf die Gelegenheit, um uns den Knebel in den Mund zu stecken.

Dazu sollte behilflich sein eine Umänderung der Straf-Prozessordnung. Dieser Gesetzentwurf brachte zwar die von uns von jeher geforderte Entschärfung unschuldig Verurtheilter, sowie die Einführung der Berufung in Strafsachen, aber außerdem eine lange Reihe reaktionärer Vorschläge, wie Verschärfung des Beweisverfahrens vor den Strafgerichten, Vermehrung der Gründe zur Untersuchungshaft u. a. Der Entwurf, den unsere Fraktionsredner bei der ersten Lesung wie in der Kommissionenberathung auf das entschiedenste bekämpften und unzugestanden suchten, kam nicht mehr zur zweiten Lesung.

Einen brutalen Knebel bot der Gesetzentwurf, betreffend Änderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs, des Militär-Strafgesetzbuchs und des Gesetzes über die Presse. Diese Umstrukturvorlage plante, unter Umsturz der bis jetzt mindestens im Gesetzbuch für alle Staatsangehörigen bestehenden Rechts-Gleichheit ein Ausnahmegesetz gegen die Emancipationsbestrebungen der Arbeiter.

Die Auslegungskünste unserer Staatsanwälte und Gerichte hätte sich nicht erst sehr anzuregen brauchen, um jede Organisation und Agitation gegen die kapitalistische Ausbeutung zu vernichten. Denn der Entwurf bedrohte mit Zuchthausstrafe nicht nur diejenigen, welche auf den gewaltthätigen Umsturz der bestehenden Staatsordnung hinwirken oder darauf gerichtete Bestrebungen fördern, sondern verlangte zur Strafwürdigkeit nicht erst eine gewaltthätige That, sondern öffnete im § 129 a der willkürlichen Auslegung Thür und Thor, indem schwere Bestrafung eintreten sollte: „auch ohne daß der Entschluß der Verübung des Verbrechens durch Handlungen, welche einen Anfang der Ausführung enthalten, betätigt worden ist.“ Dazu kam Verschärfung des § 111 (Aufforderung zur Verübung einer strafbaren Handlung), erweitert durch einen neuen § 111 a, der den § 110 außerordentlich ausdehnte; im § 112 war die Aufforderung von Soldaten zum Ungehorsam gegen Befehle der Oberen, im § 130 derjenige mit hoher Strafe bedroht, welcher in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise die Religion, die Monarchie, die Ehe, die Familie oder das Eigenthum durch beschimpfende Äußerungen öffentlich angreift.“ Und § 131 sollte den Miß von noch übrig gebliebener Mäßigkeit einer Kritik vernichten, indem als Verleumdung nicht mehr wie bisher derjenige, der wissenschaftlich erdichtete oder entstellte Thatsachen verbreitet, gelten sollte, sondern wer erdichtete oder entstellte Thatsachen verbreitet, von denen er weiß, oder den Umständen nach annehmen muß, daß sie erdichtet oder entstellt sind.“ Dazu kam noch eine Verschärfung des § 42, 2 des Militär-Strafgesetzbuchs und eine außerordentliche Erweiterung des Reichs einer Verschlagnahme von Druckschriften ohne richterliche Anordnung.

Die Verhandlungen über dieses exzessive Nachwerk, das dazu bestimmt war, die öffentliche Agitation durch Wort und Schrift für unsere Partei lahm zu legen, haben wir durch die im Verlage der Buchhandlung des „Vorwärts“ erschienenen stenographischen Berichte bis in jede Einzelheit den weitesten Kreisen bekannt gemacht, und die bei den Debatten von unseren Gegnern zu Tage geförderten Anschauungen haben nicht gegen uns, sondern für uns agirt. — Die mit so viel Pomp in Szene gesetzte Umstrukturvorlage wurde am 11. Mai begraben.

Die Gesetzentwürfe betreffend die privatrechtlichen Verhältnisse der Innenschiffahrt und der Flößerei gaben unseren Fraktionsrednern, die in enger Fühlung mit den kleinschifflichen Schiffmannschaften und Flößern standen, Gelegenheit, deren Forderungen entgegen den Ansprüchen der Rheeder und Holztransport-Gesellschaften energisch zu vertreten. Die Entwürfe brachten neben wenigen Verbesserungen, die der Staatssekretär zugegeben hatte, bestehenden Rechtsunsicherheiten im Schiffahrtsbetrieb, grobe Verschlechterungen der bisher üblichen Zustände, so daß in vielen Fällen eine Rechtslosigkeit der Kleinschiffer und Schiffmannschaften wie der Flößer gegenüber den kapitalistischen Unternehmern entstand; Schicksalbestimmungen für die Flößerei-Arbeiter fehlten gänzlich. In der Kommission wie bei den Lesungen im Plenum kämpften eine Reihe unserer Fraktionsgenossen bei jedem Paragraphen für eine Umgestaltung der Gesetzentwürfe zu Gunsten der wirtschaftlich schwächeren Kleinschiffer und der Schiffarbeiter. Einige unserer Anträge, welche wesentliche Verbesserungen schufen, fanden zwar Annahme, aber noch blieb zu viel des Arbeitertruhes in den Gesetzen, weder eine Sonntagsruhe, noch eine sechs-stündige (7) Nachtruhe wurden gewährt, und so stimmten wir gegen beide Gesetze, welche die Mehrheit annahm. Auch dem Gesetzentwurf betreffend die Bestrafung des Sklavenraubes und Sklavenhandels konnten wir unsere Zustimmung nicht geben, weil er durchaus keine wirksamen Maßregeln enthielt, sondern nicht als ein Dekorationsstück war, das sich zur Bekämpfung des Sklavenhandels durchaus nicht eignete, weil dieser sich unter Formen vollziehen kann, welche durch dieses Gesetz in keiner Weise getroffen werden. Unsere wiederholten Anträge, den Gesetzentwurf einer Kommission zur sorgfältigen Prüfung zu überweisen, wurden abgelehnt, der Entwurf in zwei Sitzungen kurz vor Schluß der Session durchgejagt und jeder Verbesserungsantrag, den wir stellten, abgelehnt.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Personen des Soldatenstandes des Reichsheeres und der kaiserlichen Marine vom Feldwebel abwärts fand im Prinzip unsere Zustimmung, doch traten wir für Gleichstellung der unehelichen Kinder mit den ehelichen ein, was abgelehnt wurde, für Streichung der Worte „ohne eigene Verschuldung“ bei Todesfall im Dienst, was Annahme fand, für Erhöhung der an die Wittwen zu gewährenden jährlichen Pension von 160 M. auf 225 M., des Waisengeldes von 32 resp. 54 M. auf 150 resp. 200 M., was abgelehnt wurde. Dem gesamten Entwurf gaben wir unsere Zustimmung, da er, wenn auch unvollkommen, dem Staat die Erfüllung einer sozialen Pflicht überweist.

Auch dem Gesetzentwurf wegen Abänderung des Gesetzes betreffend die Gründung und Verwaltung des Reichs-Juvaldenfonds, durch den Mittel für Juvalden aus dem Kriege von 1870/71 flüssig gemacht wurden, gaben wir unsere Zustimmung. Wir hatten beantragt, im Absatz 3 die Bestimmung zu streichen, daß nur an solche, die an den Kriegen „ehrenvoll“ Theil genommen haben, Pensionen gewährt werden, damit nicht etwa parteipolitische Erwägungen bei der Pensionzahlung plahgreifen. Da der Kriegsminister erklärte: „daß nur diejenigen ausgeschlossen bleiben, die sich wäh-

rend des Feldzugs des Hindernis, des Marodirens, der Verwüstung oder der Feigheit und Fahnenflucht schuldig gemacht haben, alle anderen haben ehrenvoll am Feldzuge teilgenommen, so gen wir unseren Antrag zurück und stimmten für den Entwurf.

Ein Gesetzentwurf betr. die Gewerbe-Ordnung brachte verschiedene Bestimmungen, die für uns unannehmbar waren; er forderte eine völlig ungerechtfertigte Einschränkung des Haus- handels, der Wanderlager, ferner daß die Detailreisenden unter die Bestimmungen des Haus- und Wandergewerbes gebracht werden, so daß tausende von Leuten um ihren ehelichen Lebenserwerb kämen. Gleichzeitig gelangte ein Zentrumsantrag zur Verabreichung, der noch weitergehende Beschränkungen der Gewerbefreiheit in bezug auf Haus- und Wandergewerbe enthielt. Unser Fraktionsredner wies die Gemeinlichkeit an dieser Vorschläge nach und stellte in der Kommission den Antrag, eine Reihe von Bestimmungen, welche das Engagementsverhältnis zwischen den Bühnengestellten (Schauspieler, Sänger, Künstler) und ihren Unternehmern regeln, in die Gewerbe-Ordnung aufzunehmen. Dieser Antrag wurde zwar abgelehnt, da er nach der Ansicht mehrerer Kommissionsmitglieder in einem besonderen Gesetzentwurf, jedenfalls aber an einer anderen Stelle der Gewerbe-Ordnung zu verfolgen sei, aber den verbündeten Regierungen zur Kenntnisnahme mitgeteilt. Die Kommission nahm einen Entwurf an, der über die reaktionären Tendenzen der Regierungsvorlage noch hinausging und im wesentlichen dem Zentrumsantrag entsprach. Mehrere Fraktionsvertreter stimmten dagegen; zur Verabreichung im Hause kam die Vorlage der Kommission nicht mehr.

Dem Gesetzentwurf, welcher eine Berufs- und Gewerbe-zählung für 1895 fordert, erteilten wir unsere Zustimmung, nicht ohne daß von unserm Redner eine einschneidende Kritik an dem Mangel sozialstatistischer Untersuchungen durch das Reich geübt wurde. Daß die Arbeitslosenzählung, die zum ersten Mal vorgenommen werden sollte, kein richtiges Resultat geben könne, da die Zählung zu einer Zeit (14. Juni) stattfinden sollte, in der die Arbeitslosigkeit stets gering ist, wies unser Redner ebenfalls durchschlagend nach und ting so dazu bei, daß mit der Volkszählung am 1. Dezember 1895 eine zweite Arbeitslosenzählung verbunden werden wird.

Von Seiten der Agrarier waren einige Anträge gestellt, welche das gemeinschaftliche selbstständige Streben des Großgrundbesitzes zum trassen Ausdruck brachten. Schon in der vergangenen Session hatten die Junker durch den Grafen Kanitz einen Antrag einbringen lassen; sie wiederholten ihn in abgeänderter Form am 13. März 1895 und unter Zustimmung des Reichstags, der allseitig eine offene Aussprache auch von Seiten der Regierung wünschte, kam er schon am 29. und 30. März zur Verhandlung.

Der Antrag Kanitz verlangte von der Regierung einen Gesetzentwurf, wonach:

1. Der Einkauf und Verkauf des zum Verbrauch im Zollgebiet bestimmten ausländischen Getreides, mit Einschluß der Mühlenfabrikate, ausschließlich für Rechnung des Reichs erfolgt.
2. Die Verkaufspreise des Getreides nach den inländischen Durchschnittspreisen der Periode 1850-90, die Verkaufspreise der Mühlenfabrikate nach dem wirklichen Ausbeuteverhältnis, dem Getreidepreise entsprechend, bemessen werden, so lange hierdurch die Einkaufspreise gedeckt sind, während bei höheren Einkaufspreisen auch die Verkaufspreise entsprechend zu erhöhen sind.
3. über die Verwendung der aus dem Verkauf des Getreides und der Mühlenfabrikate zu erzielenden Ueberschüsse derart Bestimmung getroffen wird, daß:
 - a) alljährlich eine den jetzigen Getreidezoll-Einnahmen mindestens gleichkommende Summe an die Reichskasse abgeführt wird.
 - b) zur Ansammlung von Vorräthen für außerordentliche Bedürfnisse (Kriegsfälle), die nötigen Mittel bereit gestellt werden.
 - c) ein Reservefonds gebildet wird, um in Zeiten hoher in- und ausländischer Preise die Zahlung der an die Reichskasse jährlich abzuführenden Summe a sicherzustellen.

Unser Fraktionsredner wies zunächst die Behauptung zurück, daß die soziale Gerechtigkeit, welche sich zur Führerin der agrarischen Bewegung aufgeworfen hat, auch am lauesten vom Reichstag redet, wirklich sich im Nothstande befinde, obwohl zuzugeben sei, daß eine sich immer schärfer zuspitzende Agrarkrise besteht, die in ihrem weiteren Verlaufe von der einschneidendsten Bedeutung für die ökonomische und politische Entwicklung Deutschlands werden wird. Die Getreidepreise sind fortgesetzt gefallen, die Produktionskosten sind namentlich durch die fortschreitende Verfallung sowie durch das unausgesetzte Anwachsen des Steuerdrucks und der Militärlasten erheblich gestiegen. Die Agrarier-Grafen schlagen Staatshilfe vor, wie sie bisher gewohnt waren; hat ihnen doch das Reich seit Jahren Getreidezölle, Fleischzölle, Holzölle, Liebesgaben für den Schnaps und den Zucker bewilligt.

Selbst der Reichskanzler hat zugegeben, daß höchstens 4 Millionen von 19 Millionen der landwirtschaftlichen Bevölkerung einen Nutzen von einer Preissteigerung des Getreides hätten; in Wirklichkeit würden kaum 300 000 Landwirthe einen Gewinn haben. Allerdings verfügen diese über den größten Theil des Bodens; sämtliche Betriebe unter 50 Hektar, gleich 98 1/2 pCt. aller Betriebe, theilen sich in 3 1/2 Mill. Hektar Getreideboden, während die Betriebe über 50 Hektar, gleich 1 1/4 pCt. aller, über 7/8 Mill. Hektar Getreideboden verfügen. Millionen von Landwirthen, die Getreide zukaufen müssen, hätten zusammen mit dem übrigen Volk große Lasten auf sich zu nehmen, um Profite für eine Minderheit von Großgrundbesitzern zu verschaffen. Diese sind aber nicht Landbauer, wie die Bauern, sondern Agrarapitalisten, und wir haben kein Interesse, Parasiten, wie den adeligen und bürgerlichen Bodenpekulanten, durch Annahme des Antrags Kanitz zu einer neuen Hiesenspekulation auf Kosten des Volkes zu verhelfen. Auf dem Boden der kapitalistischen Produktionsordnung gibt es kein Mittel, das die landwirtschaftliche Nothlage wirklich beseitigt.

Der Antrag wurde einer Kommission überwiesen, in der unsere Vertreter noch ausführlich die Gemeinlichkeit des Antrags Kanitz darlegten; eine Beschlußfassung der Kommission wurde durch Schluß des Reichstags verhindert.

Der zweite von den Agrariern gestellte Antrag betraf die Währungsfrage; sie verlangten eine internationale Regelung derselben durch eine Münzkonferenz, zu welcher die verbündeten Regierungen halbamtlich einladen sollten. Zu diesem Antrag wie zu dem vorigen hatten sich Konservative, Freikonservative, Antisemiten und ein Theil des Zentrums und der Nationalliberalen vereinigt. Unser Fraktionsredner nahm gegen die Einführung des Bimetallismus entschiedene Stellung, zeigte, daß derselbe nur den Großgrundbesitzern zu gute käme, die als Schuldner der Banken und Großkapitalisten ein Interesse daran haben, daß sie weniger an Gold in Silber bezahlen, als sie in Gold geborgt haben und daß als Folge der Geldentwertung die Lebenshaltung der Arbeiter sinken müsse, da bei der naturnothwendig eintretenden Preissteigerung durch den Bimetallismus sich am langsamsten Gehälter und Löhne erhöhen. — Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen; der Reichskanzler gab eine zweideutige den Bimetallisten entgegenkommende Erklärung ab.

Ein weiterer Antrag der Agrarier, der aber von den Hörigen bei den Nationalliberalen ausging, forderte, daß der Handelsvertrag mit Argentinien gelündigt werde. Ursache dazu ist die jeta steigende Einfuhr von billigem und gutem argentinischen Weizen, welche verhindert werden soll; dadurch würden aber nicht nur die deutschen Weizenkonumenten geschädigt, sondern auch die deutsche Industrie, die einen lebhaften Export nach Argentinien hat. Auch die deutsche

Seberei, die auf Argentinien's Hante und Quebrachholz angewiesen ist, erlitt großen Schaden, so daß hunderttausende von Arbeitern brotlos wären, wenn der Antrag Gesetz wird. In namentlicher Abstimmung wurde er mit 146 gegen 78 Stimmen einer Kommission überwiesen, die den Antrag annahm; zur weiteren Verhandlung im Hause kam er nicht mehr.

Zum angeleglichen Schutze des Handwerks waren vom Zentrum, Konservativen, Antisemiten und Nationalliberalen Anträge resp. Interpellationen auf Einrichtung von Handwerkerkammern, Einführung des Beschränkungsmaßes und Verbot der Gefangenenarbeit gestellt; unsere Fraktionsredner wiesen nach, daß eine wirkliche Durchführung des Beschränkungsmaßes unmöglich und für die Handwerker nutzlos sein würde. Das Großkapital, das mit Maschinen arbeitet und das Rohmaterial in gros billiger einkauft, richtet mit und ohne Beschränkungsmaßes das kleinrentistische Handwerk zu grunde. Auch eine Einschränkung des Wirkens der Konsumvereine forderten die konservativ-nationalliberalen-ultramontan-antisemitischen Rückwärtler — derselben Konsumvereine, welche zur Zeit Lassalle's als Universalmittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie so hoch gepriesen worden waren! Die Antisemiten brachten auch einen Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, nach welchem Israeliten, welche nicht Reichsangehörige sind, die Einwanderung über die Grenzen des Reichs untersagt wird, und die verkappten Antisemiten des Zentrums und der Nationalliberalen kamen dabei zu Hilfe.

All diesen reaktionären, meist von engbergziger Selbstsucht diktierten Forderungen trat unsere Fraktion entgegen, stimmte aber dem auch in diesem Jahre wieder vom Zentrum gestellten Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes aus Gründen der Gerechtigkeit zu.

Von den Anträgen unserer Fraktion kamen nur wenige zur Verhandlung, zunächst einige von denen, die sich auf Elsaß-Lothringen bezogen, die wir entsprechend dem Beschluß des vorigen Parteitages in erster Reihe gestellt hatten. Wir beantragten: Aufhebung des Diktaturparagraphen, Einführung des Reichsgesetzes für die Presse, für die Gewerbe-Ordnung, und betreffend die Volksvertretung in den Bundesstaaten und in Elsaß-Lothringen, dem Artikel 3 der Verfassung folgenden Zusatz zu geben:

In jedem Bundesstaat und in Elsaß-Lothringen muß eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählte Vertretung bestehen. Das Recht, zu wählen und gewählt zu werden, haben alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts in dem Bundesstaate, in dem sie ihren Wohnsitz haben. Die Zustimmung dieser Vertretung ist zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushalts, stets erforderlich.

Lehterer Antrag wurde abgelehnt, der auf Aufhebung der Diktatur in drei Lesungen angenommen, so daß jetzt der Bundesrath zu entscheiden hat. Konnten wir uns auch nicht der Hoffnung hingeben, daß der Ausnahmestand beseitigt wird, unter dem der „wiedergewonnene Bruderstamm“ sich jetzt 20 Jahre lang auch die wenigen Rechte entziehen lassen muß, welche im übrigen Deutschen Reich vorhanden sind, so boten doch die Verhandlungen unserer beiden eifässigen Abgeordneten beste Gelegenheit, als die Beschwerden der Elsaß-Lothringer zu bringen, unter denen sie so sehr zu leiden haben. Von den anderen eifässigen Abgeordneten sprach sich nur einer gegen das von uns für Elsaß-Lothringen geforderte „Recht auf Gerechtigkeit“ aus: Der Prinz zu Hohenlohe, Sohn des Reichskanzlers. Vater und Sohn meinten, der Diktaturparagraph sei vorläufig noch nöthig, um die Elsaß-Lothringer vor Verführung zu hüten.

Die übrigen Anträge von uns in bezug auf Elsaß-Lothringen kamen nicht zur Verhandlung und von den anderen Anträgen der Fraktion nur noch der betr. das Recht der Versammlung und Vereinigung und das Recht der Koalition. Bei Verabreichung dieses Antrages brochten unsere Redner die Verfolgungen zur Sprache, mit denen politische wie gewerkschaftliche Vereinigungen und Versammlungen der Arbeiter, besonders in Sachsen, bedacht werden, worauf der sächsische Bundesrathbevollmächtigte Graf Hohenlohe zugab, „daß ab und zu eine Polizeibehörde etwas über den Strang geschlagen hat“; das sächsische Vereinsgesetz aber sei ein „Juwel“ der sächsischen Gesetzgebung. Auch die Elsaß-Lothringischen Vereinsverfolgungen wurden gehührend an den Pranger gestellt. Unser Antrag wurde abgelehnt. Alle übrigen Anträge der Fraktion kamen nicht erst zur Verhandlung, weil die für Anträge aus dem Hause festgesetzte Zeit, die Schwerinstage, mit der Verabreichung der Anträge anderer Fraktionen ausgefüllt wurde.

Wir hatten noch beantragt: Aufhebung der Immunität der Reichstagsmitglieder für die Dauer der Sitzungsperiode auch auf die Straftat.

Vorlegung eines Reichs-Vergesetzes. Inhaftigkeit der Gewerbegehilfen für Handlungsgehilfen und Inhaftigkeit weiblicher Personen zum aktiven und passiven Wahlrecht.

Ferner hatten 31 Mitglieder der Fraktion den Antrag auf Aufhebung des Impfgesetzes wieder eingebracht.

Die vom vorigen Parteitage beschlossenen Anträge wurden, wie der vorliegende Bericht zeigt, bei jeder passenden Gelegenheit, besonders bei der Statberatung, zur Sprache gebracht und ansfährlich begründet. In eine Annahme derselben durch die kapitalistische Reichstagsmehrheit ist nicht zu denken. Der Reichstag ist jetzt für die Arbeiterklasse nur die Stätte, wo offen scharfe und im ganzen Lande vernehmliche Kritik an der herrschenden Mißwirtschaft geübt werden kann, und daß die Fraktion nach besten Kräften und in wirkungsvollster Weise dieser Aufgabe nachgelommen ist, beweist das Wählen der bestehenden Klassen gegen das bestehende Reichstagswahlrecht, das den Bestillosen die Möglichkeit gibt, Vertreter der von den herrschenden Klassen so tief geschasten Sozialdemokratie in den Reichstag zu entsenden.

Mögen sie uns hoffen, wenn sie uns nur fürchten! Gerade ihre Verfolgungen werden nur die Schaar derjenigen vermehren, die mit uns das gemeinsame Ziel verfolgen.

Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!

Versammlungen.

Der Wahlverein des 2. Kreises hielt am 3. Oktober im Lokal von Zubeil seine vierteljährliche Generalversammlung ab. Genosse Antick erstattete den Vorstandsbericht und konstatierte hierbei, daß die Reorganisation des Wahlvereins vollzogen und alle Bezirke durch Führer besetzt seien. Diesen erwachte nunmehr die Aufgabe, die in ihrem Bezirk wohnenden lässigen Genossen zum Beitritt in den Wahlverein zu bewegen. Um den Verein mehr und mehr zu einer Bildungshätte zu gestalten und das Vertrauen der Mitglieder zu dem neuen Vorstand, der seit dem 8. August die Geschäfte leitet, zu befestigen, habe derselbe sich zunächst veranlaßt gesehen, mehr Sphären in die zu haltenden Vorträge zu bringen, d. h. die Referenten nicht erst einige Tage vorher für ein von ihnen selbst zu wählendes Thema zu gewinnen suchen, sondern diesen die zu behandelnde aktuelle Frage vorher zu bezeichnen. Wie Antick hervorhob, ist es ihm gelungen, für das Winterhalbjahr eine Reihe tüchtiger Redner zu verpflichten; Genosse Zubeil wird zwei Vorträge über „Unser Programm“, Auer zwei über „Die Geschichte der Partei“, Schippel zwei über „Die Ursachen der Krise in der Landwirtschaft und unsere Stellung dazu“, Pfannkuch über „Die Vereinsgesetze“ und Wurm über naturwissenschaftliche Fragen Vorträge halten. Eine Reihe weiterer redner-

rischer Kräfte haben noch keine bindende Erklärung abgegeben, daher wäre es angebracht, daß die Mitglieder rechtzeitig die bezügliche Wünsche dem Vorstand unterbreiten. Der Bericht des Kassiers Griefe wies folgende Zahlen auf: mit dem Bestand (179,46 M.) betragen die Gesamteinnahmen 480,86 M., die Ausgaben 571,64 M., mithin verblieb ein Ueberschuß von 109,22 M. Hieron wurden dem Vertrauensmann 100 M. überwiesen. — Stadtverordneter Herzfeld hielt nunmehr einen Vortrag über „Kommunales“, worin er in kurzen Zügen die Thätigkeit unserer Vertreter im „rothen Haus“ und das Verhalten der Geldsack-Majorität zu den von ihnen eingebrachten Anträgen beleuchtete. Die Diskussion der beifällig entgegengekommenen Ausführungen Herzfeld's gestaltete sich sehr lebhaft. Adromait verwies auf die durch aus ungenügende Bezahlung der städtischen Arbeiter, besonders der in den Parkanlagen. Schwann wünschte ebenso wie Griefe Berg, daß unsere Vertreter jährlich etwa zweimal in öffentlichen Volksversammlungen Bericht erstatten. Fisch schnitt die Schulbuchfrage an; er findet es sonderbar, daß jede Schule innerhalb ein und derselben Verwaltung besondere Lehrgegenstände verlange, was dem kinderreichen Arbeiter eine fast unerschwingliche Ausgabe verursache. Von Rosenthal wurde gefragt, ob die 17 500 Quadratmeter Terrain, welche der Magistrat nachträglich dem Komitee der Gewerbe-Ausstellung überwies, ebenfalls gratis hergegeben wurden? Stadtb. Zubeil bemerkte zunächst, daß der „Vorwärts“ sehr ausführlich über die Sitzungen im „rothen Hause“ berichtet, indes verkannte auch er nicht, daß es sehr zweckmäßig wäre, wenn sich die Wahlvereine oder öffentliche, von den Vertrauenspersonen einberufene Volksversammlungen mehr wie bisher mit den Vorgängen im kommunalen Leben beschäftigen würden. Zu einer im Bureau eingelaufenen Frage, ob die Direktoren von den Buchhändlern Prozente erhalten, äußerte sich Redner, daß es ein offenes Geheimnis sei, daß Schulräthe, Direktoren oder dergl. meist Verfasser bezw. Herausgeber von Schulbüchern sind und dann auch selbstverständlich ein Interesse daran haben, daß „ihre“ Bücher immer wieder neue Auflagen erleben, wofür sie vom Verlags-Buchhändler natürlich Honorare erhalten. Der Gewerkschafts-Kommission konnte Redner den Vorwurf nicht ersparen, daß sie bei Gelegenheit des Antrages auf Errichtung eines Zentral-Arbeitsnachweises den Stadtverordneten nicht das versprochene Material zugeföhrt habe. Weiter bemängelte Zubeil die Zustände des Rathsfellers in sanitärer Hinsicht und stellte eine diesbezügliche Interpellation in Aussicht. Ueberhaupt verdiene die vielseitige Thätigkeit unserer Vertreter im Rathhaus eine größere Beachtung seitens der Genossen, als ihr im allgemeinen entgegengebracht wird, daher erklärte sich Redner auch für eine inzwischen eingelaufene, unten abgedruckte Resolution. In der weiteren Debatte, worin auch die Frage der Bedürfnisanstalten für Frauen, das Vermietten anstalt unentgeltliche Vergeben der Turnhallen an Arbeiter-Turnvereine, der Mangel an geeigneten Spielplätzen für Kinder, die Vaubuden, Pferdebahnfrage und sonstige kommunale Angelegenheiten pöntilirt wurden, beteiligten sich die vorbenannten Redner wiederholt. Nach einem Schlußwort Herzfeld's, der verschiedene unseren Stadtverordneten gemachten Vorwürfe zurückwies, fand nachfolgende Resolution einstimmige Annahme:

Die Versammlung wünscht, daß unsere Vertreter in der Stadtverordneten-Versammlung alljährlich ein bis zweimal in Volksversammlungen Bericht über ihre Thätigkeit geben, überhaupt bei allen wichtigen, die arbeitende Bevölkerung interessirenden Fragen zwecks Stellungnahme hierzu öffentliche Versammlungen einberufen, um in fester Zählung mit ihren Wählern zu bleiben.

Antick ersuchte am Schluß der Versammlung, überall darauf zu achten, daß in den Verkehrsknoten der Arbeiter auch deren Presse anklingt, da in letzter Zeit viele Wirthe den „Vorwärts“ (vielleicht auf Beschluß ihrer Vereine?) abgeschafft haben.

Die Generalversammlung des Wahlvereins für den 5. Kreis wurde unter zahlreicher Beteiligung am Donnerstag im Alten Schützenhause abgehalten. An den Bericht des Vorstandes, der vom Vorsitzenden Weiß gegeben wurde, knüpfte sich eine theils persönliche, theils sachliche Auseinandersetzung zwischen dem Vorstande und einzelnen Mitgliedern, welche sich seit der Reorganisation im Kreise nach Ansicht der leitenden Genossen orientativ von jeder Parteilichkeit ferngehalten haben. Der Vorstand verwies auf die Erfolge der Reorganisation: Steigen der Mitgliederzahl und eine bedeutende Besserung nach der finanziellen Seite hin, während die Gegner derselben sich darüber beklagten, daß die Agitation nicht planmäßig betrieben sei und daß der Vorstand eigenmächtig vorgehe. Nach Erledigung dieser unerquicklichen Angelegenheit gab der Kassier Richter seinen Bericht. Es ist gegenwärtig ein Kassenbestand von 194,35 Mark vorhanden; einstimmig wurde die Rechnung ausgesprochen. Das Resultat der Vorstandswahl, die wiederum längere Diskussionen hervorrief, war folgendes: Gumpel erster, Schneider zweiter Vorsitzender; Hohlfeld erster und Maager zweiter Schriftführer; Adler erster und Krüger zweiter Kassier; Beisitzer: Schulz, Klein und Fleischer; Revisoren: Mertins, Lissauer, Reul.

Summersdorf. Am Sonntag, den 20. v. M. tagte wiederum in Summersdorf eine Volksversammlung, welche sehr gut besucht war. Genosse Zubeil referirte über die augenblickliche Lage. Im Anschlusse hieran besprach er die marxistischen Stellen aus der Gesinde-Ordnung. Genosse Köster kennzeichnet in der Diskussion, wie man uns im Gegensaß zu den bestehenden Klassen behandelt und erklärte ferner, daß die ungetheilte Zustimmung der Versammelten zu den Ausführungen des Referenten beweise, wie gut die Anwesenden begriffen haben, daß die Sozialdemokratie für die Unterdrückten eintritt. Zum Gaubium der Anwesenden erklärte Gen. Köster sein Bedenken, daß eine zufällige wandernde Musikkapelle, die fast eine Stunde um weit des Versammlungsorts spielte, nicht genug gezogen habe, um die Arbeiter von der Versammlung fernzuhalten. Man habe sich wohl den ihren Spaß erlaubt, durch die Musik die Versammlung zu führen, aber es jog nicht, die Arbeiter hielten aus. Und recht hatte er. Ein Lehrer soll, wie wir nachher in Erfahrung brachten, 10 M. für den Spaß bezahlt haben. Auf der Fahrt nach Trebbin hatten wir mehrmals Gelegenheit, für unsere Partei mit Erfolg zu wirken.

Arbeiter-Bildungsschule. Während der Ferien vom 1. bis 15. Oktober hielt der Unterricht in beiden Schulen ein. Die Schulkasse und Schulkasse sind jedes abendlich von 7-10 Uhr geöffnet. Dieselben befinden sich Bahnhofsstr. 14 und Müllerstr. 170a.

Freireligiöses Gewerbe. Sonntag, 8. Oktober, vermittags 4 1/2 Uhr, Rosenhaldenstr. 28: Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille über: „Die Grundzüge und Bestrebungen der Gemeinde.“ Um 10 1/2 Uhr vormittags ebenfalls: Vortrag des Hrn. Ida Altman über: „Der Vortriestismus in Religion und Erziehung.“

Verband der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. 11. Male Berlin i. Westend, den 7. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung der Hülfe, Andreestraße 18. Vortrag des Herrn Dr. Wilm.

Konferenz der Bremer und verwandten Berufsgenossen Berlin und Umgebung. Sonnabend, den 6. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokale von Hing u. Komp., Alte Jakobsstr. 25: Generalversammlung. Vortrag des Dr. Joel über: „Die heutige Naturforschung und der letzte Naturforschertag zu Babel.“

Theater- und Vereinigungs-Verein „Sonnenschein“. Sonnabend, den 5. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Brunnenstraße 2: Vorbereitung zu „Aufsichtsführer“. Gdne willkommen. — Mitglieder ermuntert.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgebung. Vorsitzender Ad. Neumann, Polizeiviertel 3. Alle Neuerungen im Vereinstalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Mantelstr. 49, D. 2. r. Sonnabend, abends 8-11 Uhr: Gedächtnisfeier und Aufnahme neuer Mitglieder. Gefangenenverein Germania, Köpenickerstraße 6 bei Radtkestr. — Gräve Gdne, Kirchof, Fernmanstraße 197 bei Radtkestr. — Urania, Zandberger Allee 16 bei Geckel. — Sanges-Gdne, Rannstr. 66 bei Zubeil. — Gdne zu, Polizeiviertel 3 bei Neumann. — Gdnebrüder Männerchor, Weingarten-Allee 10 bei Wegmann. — Männer-Gefangenen-Vereins-Vereinigung in Brandenburg a. d. Havel, Wegener's Wollstr. 10. — Deutsche Gdne II, Brandenburg a. d. Havel, Gdnebrüder, Wollstr. 10. — Tisch auf I, Friedrichsberg, Frenkelstr. 62 bei Wilm. — Sängerklub, Ludenstraße, Weingarten 34 bei Otto

Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Ledergalanteriewaaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen.

Montag, den 7. Oktober 1895, abends 8^{1/2} Uhr, bei Schmiedel, Alte Jakobstr. 32: **Mitgliedschafts-Versammlung.**

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen A. Failer über: „Nährungsfragen“. 2. Mitgliedschaftsangelegenheiten. 23/18
Den Mitgliedern wird bekannt gegeben, daß die Zahlstelle bei Sasse, Müllerstraße aufgehoben und zu **Gleiner**, Müllerstr. 7a (Wedding), verlegt worden ist.
Sonntag, den 6. Oktober, vormittags: **Besuch der Urania.** Zur Aufführung gelangt: „Vom Fels zum Meer“. Eröffnung des Physik-Saales 9 Uhr, Anfang der Vorstellung 10 Uhr (nicht 10^{1/2} Uhr). — Am selben Tage wird der erste **gemüthliche Abend** unter Mitwirkung des Buchbinder-Männerchors im „Königsstadt-Kasino“, Holzmarktstr. 72, abgehalten. **Anfang 6 Uhr. Eintritt inkl. Tanz 20 Pf.**

Große öffentliche Versammlung aller in der Möbelpolirerei beschäftigten Personen am Sonntag, den 6. d. M., vorm. 10 Uhr, bei Nieft, Weberstr. 17.

Tages-Ordnung:
1. Fortschritt und Armuth. Referent Genosse **Hillarg.** 2. Wie stellen sich die Kollegen zu den herausgegebenen Fragebogen? 145/15
Besonders eingeladen sind die Kollegen der Werkstätten von Zedler u. Platen, Königsbergerstraße, Gebr. Ehrlich, Kraußstraße, Rose, Mantuffelstraße 57, Scheu, Industriegebäude, Frister u. Rothmann und Rothmann. Pflicht jedes Kollegen ist es, in der Versammlung zu erscheinen.
Der Vertrauensmann.

Metallarbeiter und Tischler.

Sonntag, 6. Oktober, vorm. 10 Uhr, in Cohn's Festsälen (großer Saal), Benthstraße 20: **Große öffentliche Versammlung.**

Tages-Ordnung:
Der Streik der gesammten Arbeiter und Arbeiterinnen der Telephonbauanstalt von Welles, Engeluser 1a. Zahlreiches Erscheinen notwendig. 115/18
Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter. Otto Naether, N. Anklamerstr. 44.

Delegirten-Versammlung des Fachvereins d. Musikinstrumenten-Arbeiter

am Sonntag, den 6. Oktober, vorm. 10 Uhr, im Lokale des Herrn Schulz, Oranienstraße 51.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission. 2. Werkstattangelegenheit. NB. Dazu sind folgende Kollegen besonders eingeladen: Fabrit von Laurinat, Euterpe, Manthey u. Sohn, Schmidt u. Sommerfeld.

Montag, den 7. Oktober, im selben Lokale: **General-Versammlung.**

T.-D.: 1. Vortrag. 2. Abrechnung vom 3. Quartal. 3. Verschiedenes. (Die Versammlung wird 1/9 Uhr eröffnet.) 142/2
Sonntag, den 12. Oktober ex.: **Stiftungsfest im Louisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37.** Willets sind bei den Vorstandsmitgliedern zu haben. **Der Vorstand.**

Achtung! Vergolder und Berufsgen.

Achtung!
Große öffentliche Versammlung am Sonntag, den 6. Oktober 1895, vormittags 10 Uhr, in der Ressource, Kommandantenstr. 57.
Tages-Ordnung: 1. Bericht über die Entscheidung des Einigungsamtes vom Gewerbegericht. 2. Diskussion. 227/9
Die Vergolderinnen sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen, ebenso der Delegirte der Gewerkschafts-Kommission.
Die Lokalkommission der Vergolder.

Central-Verband der Brauer. Monats-Versammlung

am Sonntag, den 6. Oktober ex., nachmittags 1^{1/2} Uhr, bei Friz Zubeil, Lindenstraße 106.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Adolf Hoffmann über: „Glaube und Vernunft“. 2. Diskussion. 3. Innere Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht 363b **Der Vorstand.**

Rixdorf. Sozialdemokratischer Verein „Vorwärts“.

General-Versammlung am Dienstag, den 8. Oktober, abends 8^{1/2} Uhr, im Lokale des Herrn Nitschke, Steinmehlfstraße 45.
Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht. 2. Bericht des Vorstandes und des Bibliothekars. 3. Neuwahl des Gesamt-Vorstandes. 4. Vereinsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert. Um zahlreiches Erscheinen ersucht 232/4
Der Vorstand.
Die Theater-Vorstellung findet Sonntag, den 13. Oktober, statt. Meine Wohnung befindet sich vom 1. Oktober ab Erbkstraße Nr. 10, 2. Et., F. Hoppe.

Rixdorf. Große öffentliche Protest-Versammlung

der Maurer, Zimmerer, Dachdecker, Stuckateure, Maler, Klempner, Ofensetzer und Bauarbeiter gegen die Mißstände im Baugewerbe am Sonntag, den 6. Oktober ex., vormittags 11 Uhr, in den „Viktoria-Sälen“, Hermannstr. 48-50.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Carl Stehr über: „Die Mißstände im Baugewerbe und welche Schritte haben wir zu thun, um dieselben zu beseitigen?“ 2. Diskussion. — Kein Baugewerker und am Bau beschäftigter Arbeiter darf fehlen. [203/5] **Der Einberufer.**

Die Mitglieder der **Allgemeinen Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen** früher Meyer'sche Kasse

werden hierdurch zu der am **Sonntag, den 6. Oktober, vormittags 10 Uhr**, in Keller's Festsälen, Koppenstr. 28, stattfindenden öffentlichen

Mitglieder-Versammlung

eingeladen.
Tages-Ordnung: 1. Berichterstattung der Dreizehner-Kommission über ihre Bemühungen zur Wieder-Einführung der freien Arztwahl. 2. Freie oder beschränkte Arztwahl. Referent: **Dr. Heymann.** 3. Diskussion. 4. Stellungnahme zu den bevorstehenden Delegirtenwahlen.
Wenn die Mitglieder nicht gewillt sind, sich wie im vorigen Jahre, abermals über's Ohr hauen zu lassen, dann ist es ihre Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen.
555/6 Im Auftrag der Kommission: Fr. Anna Jäger, Hermannstr. 35.

Verein der Maschinisten, Feizer und Berufsgen. Berlins u. Umg.

Sonntag, den 6. Oktober, nachm. 5 Uhr, Oranienstr. 51: **Ausserordentliche General-Versammlung.**

Tages-Ordnung:
1. Vierteljährlicher Kassenbericht. 2. Antrag. 3. Wahl eines Beisitzers. 4. Verschiedenes. 139/5
Der Vorstand.

Steinarbeiter Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 6. Oktober, vorm. punkt 10 Uhr: **Grosse Versammlung im Louisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37.**

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung und Wahl des Vertrauensmanns und der Revisoren. 2. Wie stellen wir uns zur Auflösung der 10 Pf.-Kasse. 3. Der Steinbildhauer-Streik und die gemahregelten Steinmehlen. 172/8
Die Platzvertreter und Vertrauensleute werden ersucht, die statistischen Fragebogen einzusammeln und in der Versammlung abzugeben.
172/8 **Der Vertrauensmann.**

Malers-Fachschule der Filialen Berlins.

Der Kursus für das Wintersemester 1895/96 beginnt **Sonntag, den 13. Oktober, vormittags 10 Uhr.**
Das Schulkolal befindet sich in der Aula der 193./195. Gemeindefchule, Mantuffelstraße 7. 124/10
Anmeldungen werden bis zum Eröffnungstage in den Filialen und Zahlstellen angenommen, vom 13. Oktober ab nur im Schulkolal.
Die Fachschulkommission. J. A.: M. Mark, Fruchtstr. 51.

Verband der Möbelpolirer.

Sonntag, den 13. Oktober 1895: **10. Stiftungsfest**

in Keller's grossem Festsaal, Koppenstr. 29.
Auftreten der Gesellschaft Strolowicz. Feste gehalten vom Kollegen Reuter. Zum Schluß das Erwachen der Freiheit. Nach der Vorstellung: **Tanz;** Herren, welche daran theilnehmen, zahlen 50 Pf. — Willets & 25 Pf. Eröffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr.

Montag, den 7. d. M., abends 8 Uhr, bei **Babenschneider** in Rixdorf, Hermannstr. 197: **Versammlung.**

T.-D.: Die heutige Lage der Möbelpolirer. Referent Kollege Weber. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 145/16 **Der Vorstand.**

Renz' Ball-Galon (Inh.: Henke)

Nannynstraße 27.
Sonnabend, den 5. Oktober 1895: **Grosses Familien-Kränzchen,** veranstaltet vom Rangklub „Felsenfest“. Um 1 Uhr: Kaffeepause.
Nach derselben: **Fest-Polonaise.** Anfang 8^{1/2} Uhr. Ende ???
Um zahlreiches Besuch bittet Das Komitee. 562b
Willets Herren 50 Pf., Damen 30 Pf.

Große Berliner Schneider-Akademie

Berlin C., Rothes Schloß nur Nr. 1.
Seit 1880 in denselben Räumen. Größte und besuchteste Fachschule, garantiert gründlichste theoretische und besonders praktische Ausbildung in der Herren-, Damen- und Wäsche-schneiderei. Neue Kurse am 1. und 15. jeden Monats. Unentgeltlicher Stellenanweisung. Prospekte gratis. Lehrbücher zum Selbstunterricht. Man beachte genau unsere Firma u. Hausangang: **nur Nr. 1.** 3397L* **Die Direktion** (früher Kn b n).

Arbeiter Parteigenossen, nur Hüte mit Kontrollmarke.

Herren-Hüte 2.—, 2.50, 3.— u. s. w. ff. Doarhüte von 5.— an. Spinderhüte von 4.— bis 12.—. Knaben-Hüte von 1.— an. Betrag ausgeschlossen, da ich nachweislich nur Hüte mit Marke führe.
Otto Gerholdt, Dresdenerstraße 2, Ecke Phalikerstraße. Größtes Lager in Damen- u. Herrenschirmen.

Wegen ganz enormer Miethsteigerung verlege ich mein bisher Annenstr. 42 (City-Passage) belegenes **Weiß- u. Bairisch-Bierlokal** nebst Destillation nach **Rixdorf, Hermannstr. 53, Ecke Herfurthstraße.** [32892*]
Ich bitte meine werthen Gäste, daß mir entgegengebrachte Wohlwollen auch ferner zu bewahren. Achtungsvoll **Wilhelm Artner, Schankwirth.**

Pferdebucht. Gr. Schlachtfest und Wurstessen, woju ergebnis einladet 3376L* **W. Magdeburg.**

Otto Zocher, Restaurant zum Marienheim, empfiehlt sein **Weiß- und Bairisch-Bier-Lokal** Vereinen und Gesellschaften. 3286L* **Köpenick, Weg zur Pferdebut.**

Metallarbeiter und Tischler!

Sämmtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Telephon-Bauanstalt von Welles, Engeluser 7a, haben wegen Lohnunterschieden die Arbeit eingestellt. Zutug ist fernzubalten. 111/5
Der Vorstand des Verbandes aller in der Metall-Industrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Achtung! Maurer (Süd-Pr.)

Vom Sonntag, den 6. d. M., befindet sich die Zahlstelle und das Verzeichniß des Central-Verbandes der Maurer, Zahlstelle II, Berlin, bei **Emil Gröppner, Nannynstr. 65.** Die Kollegen werden ersucht, sich dort recht zahlreich einzufinden. 136/5
J. A.: **Otto Braun,** Falkensteinstraße 37, Cütergeb. 3 Et.

14 Tage auf Probe versende ich per Nachn. unter Garantie für Werth und lebende Ankunft **ff. Kanarien-Roller**

mit Porto u. Verpack. per Stück 5.50 M. Abnahme von 3 Stück 13.50 M. Weibchen 60 Pf. Auftrage mit Rückporto.
L. G. Müller, Vogelzüchterei, 33248* Nordhausen a. Harz.

Achtung! Kein Laden. Kontroll-Schuhmarke.

Nur eigene Fabrikation. 25 Zigaretten 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Phippenabak 2 Pfd. 70 Pf. 3223L* **H. F. Finolage,** Kottbusserstr. 4, Hof part.

Gardinen auch Reste

zu 1-4 Fenstern passend, spottbillig in der Gardinenfabrik v. Bruno Götter, Grüner Weg 80, part., Eing. v. Flur.

Klingbeil & Co., Grosshandlg.

Stephanstr. 39, liefern **Prima amerik. Frisch- und Galon-Petroleum** in Fässern und Kannen zu billigsten Tagespreisen. 32908*

Cigarren! M. Winkelmann, Kieferstr. 154.

Rohrtabak.

Größte Auswahl! Billigste Preise Sämmtliche Fabrikations-Utensilien. **Heinrich Franck,** Nr. 185, Prannestraße Nr. 185.

Natur-Weine von **Oswald Nier** Hauptgeschäft BERLIN ungegypsten. **Preiscurant mit Preisrebus** (500 Liter gratis) auf schriftlichem Wunsch, sowie für meine Kunden in allen meinen Geschäften gratis u. franco erhältlich.

Boltz' Festsäle, S., Alte Jakob-Strasse 75.

Dienstag u. Donnerstag: **Spezialitäten-Vorstellung.** Empfehle meine Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen. Telephon Amt I, 1092. [3294L*]

Mart. Berndt's Würfelstube

empfehle nach wie vor allen Freunden und Bekannten seinen vorzüglichen Frühstück-, Mittags- und Abendtsch. Jeden Sonnabend von 6 Uhr ab: **H. Laboine.** Für gute Biere ist selbstverständlich bestens Sorge getragen. Um zahlreichen Besuch bittet **Martin Berndt,** Oranien- u. Alexandrinenstraßen-Ecke.